

# FRAUEN & GENDER POLITIK & POLITIK

in der nationalen und internationalen Arbeit  
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Arbeitsberichte 2005 und Ausblick 2006



► Frauen in einer globalisierten Welt





**FRAUEN & GENDER**  
**POLITIK & POLITIK**

in der nationalen und internationalen Arbeit  
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Arbeitsberichte 2005 und Ausblick 2006

ISBN 3-89892-537-4

*Herausgeber:* Friedrich-Ebert-Stiftung  
Koordination  
Frauen-Politik & Gender-Politik  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn

*Verantwortlich:* Dr. Ursula Mehrländer

*Redaktion:* Renate Faerber-Husemann

*Fotos:* AdsD, FES, Liebe, picture-alliance / dpa,  
PhotoAlto: Vincent Hazat, Isabelle Rozenbaum,  
Sanna Lindberg, Gérard Launet, Eric Audras  
Sepp Spiegl

*Gestaltung:* Pellens Kommunikationsdesign GmbH

*Herstellung:* Katja Ulanowski, FES

*Druck:* Printservice von Wirth, Bergheim

Printed in Germany 2006

# Vorwort

Die Arbeitsberichte 2005 – Ausblick 2006 zeigen einmal mehr, dass die Frauen-Politik & Gender-Politik einen festen Platz in der nationalen und internationalen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung einnimmt.

Das Schwerpunktthema der diesjährigen Broschüre ist: „Frauen in einer globalisierten Welt“. Zunächst wird ein Überblick gegeben, wie die Situation der Frauen in den verschiedenen Regionen der Welt eingeschätzt werden

kann. Vorteile, aber auch Nachteile der Globalisierung für die Frauen werden aufgezeigt. Es ist ersichtlich, dass es bei der Beurteilung der Auswirkung der Globalisierung einer differenzierten Betrachtung bedarf.

„Frauen in einer globalisierten Welt“ war aber auch das Thema der zentralen Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Internationalen Frauentag 2006, die ich organisiert habe. Politikerinnen, Wissenschaftlerinnen und Frauen aus der Wirtschaft haben zu diesem Thema Stellung genommen. Ihre Überlegungen sind hier zusammenfassend dargestellt worden.

Den Überblicks-Beitrag hat Renate Faerber-Husemann verfasst. Sie zeich-



net gleichzeitig für die redaktionelle Bearbeitung der Beiträge von Anke Fuchs, Elke Ferner, MdB, Ingrid Matthäus-Maier, Dr. Angelica Schwall-Düren, MdB, Dr. Almut Wieland-Karimi, Dr. Monika Wulf-Matthies verantwortlich. Dafür gebührt ihr mein ausdrücklicher Dank.

Die einzelnen Länderberichte aus dem In- und Ausland zeigen die vielfältigen Aktivitäten der Friedrich-Ebert-Stiftung im Bereich Frauen-Politik & Gender-Politik. Danken möchte ich allen Kolleginnen und Kollegen, die über ihre Arbeit vor Ort berichtet haben. Soweit möglich haben sie das Schwerpunktthema bei ihren Berichten berücksichtigt. Strukturierung und Bearbeitung des bereit-

gestellten Materials war wiederum eine umfangreiche Aufgabe. Diese Arbeit hat dankenswerterweise ebenfalls Renate Faerber-Husemann übernommen. Herzlich danken möchte ich aber auch Anita Pellens, die wie in den Vorjahren das Layout dieser vorliegenden Broschüre gestaltet hat.

Anke Fuchs, Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung, betonte auf der zentralen Veranstaltung zum Internationalen Frauentag 2006, dass

wir Frauen wieder lernen müssen, uns zu organisieren und für unsere Ziele zu kämpfen. Was wir uns aber auch immer wieder vornehmen müssen, so erklärte sie, ist: Mut machen, mit kleinen Schritten beginnen, die später vielleicht zu großen Veränderungen führen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung wird daher weiterhin frauen- und genderpolitische Anliegen unterstützen. Unsere wissenschaftliche Arbeit, die Politische Bildung und die internationale Arbeit mit ihren Veröffentlichungen, Seminaren, Fachtagungen und Projekten trägt dazu bei, wie der vorliegende Arbeitsbericht eindrucksvoll belegt.

*Dr. Ursula Mehrländer*  
Koordination Frauen-Politik & Gender-Politik



# INHALT

## Schlaglicht

<b>Frauen in einer globalisierten Welt: Überblick</b>	6
Unsicherheit als Normalzustand?	7
Frauen als Konkurrentinnen des knappen Gutes Arbeit?	8
Die Ökonomisierung der Welt	8
Frauen investieren in Bildung und Gesundheit der Kinder	9
Ein Dollar am Tag – und manchmal noch weniger	10
Sklavenarbeit ist schlecht für das Image	11
Nichts bleibt mehr dauerhaft im Verborgenen	11
Globalisierung hilft: Frauen wehren sich und finden Helfer	11
Frauen reisen für eine Arbeit rund um die Welt	12
Frauen als Ausbeuterinnen von Frauen?	13
Mustermigrantinnen mit Kriminalitätsraten bei Null	14
Die Unsicherheit erhöht sich	14
Weltordnungspolitik statt nationaler Regeln	15
<b>Frauen in einer globalisierten Welt: Gedanken von Politikerinnen, Wissenschaftlerinnen und Frauen aus der Wirtschaft</b>	16
Anke Fuchs	16
Elke Ferner, MdB	17
Dr. Monika Wulf-Mathies	18
Dr. Angelica Schwall-Düren, MdB	20
Dr. Almut Wieland-Karimi	22
Ingrid Matthäus-Maier	23

## Wissenschaftliche Arbeit

Frauen und Genderpolitik	24
Historische Forschungsprojekte: Sozialdemokratische Parlamentarierinnen 1957–1969	26
Studienförderung: Repräsentation von Frauen	28

## Politische Bildung

Der Bonner Dialog	
Die Sicherung der Sozialen Demokratie in Schweden in Zeiten der Globalisierung	30
Forum Frauen- und Genderpolitik in Berlin	31

## Landes- und Regionalbüros

Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern	36
Landesbüro Sachsen-Anhalt	37
Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg	38
BayernForum München	39
Julius-Leber-Forum, Hamburg	39

### *Durch FES gefördert:*

Gesellschaft für Politische Bildung e.V.	
Akademie Frankenwarte, Würzburg	39

## Internationaler Frauentag 2005

Zentrale Veranstaltung am 8. März 2005: Politik und Frauen = Frauenpolitik?	40
---	----





## Internationale Arbeit

### Westeuropa

Beispiel Portugal: Wenig Interesse an Themen der Frauenpolitik 42

### Mittel- und osteuropäische EU-Mitgliedsstaaten

Polen: Kindergeld statt Gleichstellung 43

Tschechien: Von Chancengleichheit keine Spur 44

Slowakei: Feminisierung der Arbeit 45

### Ost- und Südosteuropa außerhalb der EU

Bulgarien: Globalisierung als Chance 46

Was tut sich auf dem Balkan? 48

Regionalbüro Belgad: Verbesserungen nur auf dem Papier 48

Serbien: „Frau Präsidentin, sind Sie Präsident?“ 48

Kroatien: Bessere Gewaltprävention 49

Makedonien: Ohne Absicherung in der Schattenwirtschaft 50

Bosnien und Herzegowina: 44% der Frauen sind arbeitslos 51

Rumänien: Die Angst vor Gender-Politik 51

Ukraine: Nur 21 von 450 Parlamentarierinnen sind Frauen 52

Moldau: Altes Patriarchat 52

Türkei: Netzwerke für Heimarbeiterinnen 53

### Grundsätze unserer Internationalen Entwicklungszusammenarbeit

Die Genderperspektive in der Demokratieförderung 54

Rückenwind für UN-Resolution 1325 55

## Aus den Kontinenten Amerika, Afrika und Asien

### Amerika

USA – Büro Washington: Klagen wegen Benachteiligung von Müttern 58

Ecuador: Armut und Ungleichheit nehmen zu 59

Uruguay: Entschieden gegen häusliche Gewalt 60

### Mittlerer und Naher Osten, Nordafrika

Jerusalem/Ramallah: Mit zähem Willen und dickem Fell lernen Palästinenserinnen Unabhängigkeit 61

Ägypten: Mona-Frauenkalender 2006 63

### Afrika

Ghana: Spezifisch afrikanische Gender-Konzepte gesucht 64

Uganda: Frauen als Friedensstifter 65

### Asien

Zentralasien: Frauen sind die Verliererinnen des Wandels 66

Philippinen: Zehn Jahre nach Peking 67

Kambodscha, Indonesien, Thailand, Malaysia: Die mühselige Eroberung der Männerwelt 68

Indien: Gender-Mainstreaming ist die alternativlose Strategie 70

**Die Friedrich-Ebert-Stiftung weltweit** 72

### Koordination

Frauen-Politik & Gender-Politik Ansprechpartnerinnen 74

# SCHLAGLICHT

Die Frauen in Entwicklungs- und Schwellenländern seien langfristig die Gewinnerinnen der Globalisierung, so wird immer wieder versichert. Die Arbeitsplätze, die aus den klassischen Industrieländern schon seit Jahrzehnten abwandern, hätten den Frauen in China oder Bangladesh, in Lateinamerika, in Nord- und Südafrika neue Chancen gebracht: Zum Beispiel ein berechenbares, regelmäßiges Einkommen, soziale Absicherung und deshalb besseren Zugang zu Bildung für sie selbst und ihre Kinder. Wirklich? Die Armutsberichte von UN-Organisationen und die Untersuchungen von Menschenrechtsorganisationen sprechen eine andere Sprache. Danach nimmt die Armut auch in den Zeiten der Globalisierung insgesamt zu. Betroffen sind wie eh und je in erster Linie Frauen und ihre Kinder.

Sicherlich gibt es Globalisierungsgewinnerinnen unter den Frauen, vor allem unter den gut ausgebildeten, die der weltweiten Vernetzung Karrieren oder zumindest ein besseres Leben verdanken. Es sind starke, selbstbewusste Frauen, die als Politikerinnen oder Gewerkschafterinnen auf internationalen Konferenzen Eindruck machen, die eigene Betriebe aufbauen und gerne als positive Beispiele für die Folgen der Globalisierung porträtiert werden. Doch das sind Ausnahmen.

Das Gros der Frauen in den heute boomenden Industriezentren vor allem in Südostasien und China lebt kaum anders als europäische Fabrikarbeiterinnen im 19. Jahrhundert, die den gesellschaftlichen Wohlstand erarbeiteten, ohne selbst davon zu profitieren. Käthe Kollwitz, Heinrich Zille und viele andere haben damals mit dem Zeichenstift das Elend der Menschen in den industriellen Zentren festgehalten, die man heute die „working poor“ nennt. Die Bilder erschüttern immer noch. Hungerlöhne, endlose Arbeitszeiten, fehlender Arbeitsschutz, zu viele Kinder, men-

schenunwürdige Lebensbedingungen, durch die Entbehrungen verursachte Krankheiten und Kinderarbeit – was damals von Sozialistinnen und Gewerkschafterinnen in Europa angeprangert wurde, ist heute oft die Realität in den aufsteigenden so genannten Tigerstaaten.

Viele der Chancenlosen aus Lateinamerika, Afrika, Südostasien oder Osteuropa haben sich deshalb aufgemacht in den immer noch vergleichsweise reichen Westen, schufteten unauffällig als Putz- und Küchenhilfen und ermöglichen damit ihren Kindern zu Hause den Schulbesuch oder

**Die junge Deutsche fürchtet, spätestens ab dem zweiten Kind den beruflichen Anschluss zu verlieren, abgedrängt zu werden in Minijobs, auf Zeitverträge, Teilzeitarbeit oder gar in die Arbeitslosigkeit. Sie fürchtet künftige Altersarmut, weil die beruflichen Patchwork-Biographien die notwendige Eigenvorsorge kaum zulassen.**





## Frauen in einer globalisierten Welt: Überblick

zumindest das nackte Überleben. Migration – legale und illegale – ist heutzutage weiblich. Frauen aus anderen Ländern kommen nicht mehr in erster Linie als Ehefrauen, deren Männer Arbeit gefunden haben, sondern sie kommen allein. Denn die Arbeit, die nachgefragt wird, ist überwiegend Frauenarbeit.

**Die Afrikanerin wiederum rechnet häufig gar nicht mit dem Vater ihrer Kinder. Sie zieht, unterstützt von anderen Frauen, den Nachwuchs auf und sorgt so gut sie das vermag für das gemeinsame Überleben. Phasen von Erwerbslosigkeit, ein Leben von der Hand in den Mund und künftige Altersarmut sind für viele dieser Frauen der Normalzustand.**

Wie buchstabiert man Frauensozialität in den Zeiten der Globalisierung, in der global vor allem eines ist: Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes? Kann sich die kinderlose Karrierefrau aus Deutschland hineinversetzen in die Lage der südamerikanischen Landarbeiterin mit zehn Kindern, deren Job im Zuckerrohrfeld abhängt von den Entscheidungen einer fernen Welthandelskonferenz? Kann die Europäerin am Fließband eines elektrotechnischen Betriebes, der mit Verlagerung der Arbeitsplätze droht, Verständnis auf-

bringen für die Not der Näherin in Bangladesh? Auch diese fürchtet um ihren Arbeitsplatz, der ihr einen Dollar am Tag bringt, weil ihr Chef droht, nach China weiter zu wandern, denn dort ist Frauenarbeit noch billiger.

### Unsicherheit als Normalzustand?

Wenn auch auf sehr unterschiedlichem Niveau: Die Ängste der Frauen überall auf der Welt gleichen sich. Die junge Deutsche fürchtet, spätestens ab dem zweiten Kind den beruflichen Anschluss zu verlieren, abgedrängt zu werden in Minijobs, auf Zeitverträge, Teilzeitarbeit oder gar in die Arbeitslosigkeit. Sie fürchtet künftige Altersarmut, weil die beruflichen Patchwork-Biographien die notwendige Eigenvorsorge kaum zulassen. Und sie beklagt die Verantwortungslosigkeit der gleichaltrigen Männer, denen Kinder als Einschränkung der persönlichen Freiheit erscheinen.

Die Afrikanerin wiederum rechnet häufig gar nicht mit dem Vater ihrer Kinder. Sie zieht, unterstützt von anderen Frauen, den Nachwuchs auf und sorgt so gut sie das vermag für das gemeinsame Überleben. Phasen von Erwerbslosigkeit, ein Leben von der Hand in den Mund und künftige Altersarmut sind für viele dieser Frauen der Normalzustand.



Es gibt weitere Gemeinsamkeiten in diesen auf den ersten Blick so unterschiedlichen Biographien: In den kinderarmen, schrumpfenden und alternden westlichen Gesellschaften werden vor allem die Frauen verantwortlich gemacht für den ausbleibenden Kindersegen. In den kinderreichen armen Ländern schiebt man ihnen die Schuld dafür zu, wenn sie mehr Kinder zur Welt bringen als ihre Gesellschaft verkraften kann.

### Frauen als Konkurrentinnen des knappen Gutes Arbeit?

Im „Global Village“ sind wir uns näher gerückt. Wir haben auf Urlaubs- und Dienstreisen die Hoffnungslosigkeit in den Slums der Metropolen Afrikas, Asiens oder Lateinamerikas gesehen. Wir kennen die Schicksale der illegalen Arbeitsmigrantinnen, die um den halben Erdball reisen, um Geld zu verdienen für den Schulbesuch ihrer Kinder. Wir kaufen die Billig-Jeans, die so billig nur sein

können, weil Frauen sie zu unsäglichen Bedingungen hergestellt haben und der Lohnanteil an der Produktion praktisch keine Rolle spielt.

Zur Zeit scheinen erwerbstätige Frauen auf allen Ebenen vor allem in einem Konkurrenzverhältnis zu stehen: Die indische Software-Entwicklerin kostet ein Zehntel dessen, was ihre deutsche Kollegin verdient. Mit den Preisen der in China hergestellten Hardware kann keine europäische Firma konkurrieren. Frauen in Europa verlieren ihre eigenen Arbeitsplätze auch deshalb, weil sie die Bluse für sieben Euro und die Jogginghose für zehn Euro kaufen. Zu diesem Preis kann sie nur hergestellt werden, weil am anderen Ende der Erde Frauen für fünf oder zehn Cent die Stunde schuften. So werden wir alle gleichzeitig zu Verliererinnen und Gewinnerinnen der Globalisierung. Die Billigware, die es uns erlaubt, mit weniger Geld im Monat auszukommen, vernichtet Arbeitsplätze. Die Billigarbeiterin in Bangladesh, die davon

profitiert, bezahlt mit ihrer Gesundheit – ist aber immer noch besser gestellt als eine Frau ganz ohne Job.

### Die Ökonomisierung der Welt

Schaut man in einem Lexikon unter dem Stichwort „Globalisierung“ nach, dann lautet die Definition beispielsweise so:

„Bezeichnung für zunehmende Internationalisierung des Handels, der Kapital- sowie der Produkt- und Dienstleistungsmärkte und die internationale Verflechtung der Volkswirtschaften.“

Der Spitzenmanager eines multinationalen Konzerns hat es zynisch so ausgedrückt:

„Ich würde Globalisierung als die Freiheit für meine Gruppe von Unternehmen definieren, zu investieren, wo und wann sie will, zu produzieren, was sie will, zu kaufen und zu verkaufen, wo sie will und die möglichst geringsten Restriktionen zu unterstützen, die aus Arbeitsgesetzen oder anderen sozialen Übereinkünften resultieren.“

Das heißt, Unternehmen lösen sich von ihren nationalen Standorten, wandern in die Länder mit den für sie jeweils günstigsten Produktionsbedingungen. Was nicht mitwandern kann, ist die menschliche Arbeitskraft. Die Technikerin mit Familie oder die Bandarbeiterin kann nicht heute nach Bangalore, morgen nach Singapur und übermorgen weiter nach Shanghai fliegen. Sie ist dort auch nicht erwünscht, weil zu teuer. Auch die in mehr als hundert Jahren von Gewerkschaften mühsam erkämpften Sozialstandards wandern nicht mit dem Kapital dorthin, wo es gerade zwischenlandet. Nicht nur in den Hinterhof-Produktionsstätten, häufig Zulieferer westlicher Fir-

Frauen in Europa verlieren ihre eigenen Arbeitsplätze auch deshalb, weil sie die Bluse für sieben Euro und die Jogginghose für zehn Euro kaufen. Zu diesem Preis kann sie nur hergestellt werden, weil am anderen Ende der Erde Frauen für fünf oder zehn Cent die Stunde schuften.





Frauen investieren ihr Einkommen – sobald es über das nackte Überleben hinaus reicht – vor allem in die Gesundheit der Familie und die Ausbildung der Kinder. Auch der enge Zusammenhang zwischen Bildung und Familienplanung ist längst erwiesen.

men, wird oft selbst auf den primitivsten Arbeits- und Sozialschutz verzichtet. Auch dort, wo westliche Firmen produzieren, gibt es Sozialversicherungsschutz, wenn überhaupt, nur für Angestellte und nicht für Arbeiterinnen, die sich mit so genannten „informellen Arbeitsverhältnissen“ abfinden müssen. Ursula Engelen-Kefer, die langjährige Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, hat vor einiger Zeit beschrieben, was hinter dem Begriff „informelle Arbeitsverhältnisse“ steckt. Es sind typische Frauenarbeitsplätze in der Dritten Welt, aber auch in Europa, denn das Heer von illegalen oder halblegalen Putzfrauen, Kinderfrauen, Pflegerinnen, Hilfskräften in Gaststätten ist weiblich – und absolut schutzlos. Der informelle Sektor kann in besonders armen Ländern bis zu 90 Prozent der Beschäftigten betreffen. Ursula Engelen-Kefer: „Damit werden Tätigkeiten bezeichnet, auf die die staatlichen Regeln des Arbeits-, Sozial- und Steuerrechts nicht angewendet werden. Dieser in fast allen Ländern der Welt wachsende Sektor ist von schlechter Bezahlung,

willkürlicher Behandlung, zweifelhafter Selbständigkeit, Unsicherheit und Halb- oder Vollillegalität sowie in vielen Ländern auch von Erpressung durch korrupte Aufsichtsbeamte geprägt.“ Hauptgründe für das Wachsen dieses Bereichs sind Armut und Desinteresse der Staaten am Schicksal der Armen. Während Männer die geschützten Arbeitsplätze weitgehend unter sich aufteilen, sind Frauen auf den ungeschützten Sektor angewiesen. Sie greifen nach jedem Strohalm, um wenigstens eine Mahlzeit am Tag auf den Tisch bringen zu können.

### **Frauen investieren in Bildung und Gesundheit der Kinder**

Der Deutsche Bundestag hat sich in der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“ intensiv mit der Lage der Frauen beschäftigt. Eine der Thesen – gestützt durch zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen – war: „Wirtschaftliches Wachstum befördert die Gleichstellung von Mann und Frau. Und diese

wiederum wirkt sich positiv auf weiteres Wachstum aus. Wer in Frauenbildung investiert – von Alphabetisierung bis zum Zugang zu Berufsausbildung und Universitäten – investiert damit in die Zukunft des Landes. Denn viele Untersuchungen sagen: Frauen investieren ihr Einkommen, – sobald es über das nackte Überleben hinaus reicht – vor allem in die Gesundheit der Familie und die Ausbildung der Kinder. Auch der enge Zusammenhang zwischen Bildung und Familienplanung ist längst erwiesen. Schon seit den siebziger Jahren, als noch kaum jemand von der „Globalisierung der Weltwirtschaft“ sprach, konzentrierte sich nationale und übernationale Entwicklungspolitik verstärkt auf Frauenförderpläne. Das reichte von Kleinkrediten über die Förderung von Genossenschaften bis hin zu Gesundheits- und Familienplanungsprogrammen. Viel ist seither geschehen. So wurde zum Beispiel beim Weltsozialgipfel der Vereinten Nationen im Jahre 1995 ein Aktionsprogramm verabschiedet, in dem es zu Frauenarmut und Frauenarbeit heißt:





Laut Entwicklungsbericht der Weltbank werden im Jahre 2015 rund 1,9 Milliarden Menschen unter der Armutsgrenze leben, das heißt: weniger als einen Dollar am Tage zur Verfügung haben.

„Das Aktionsprogramm empfiehlt die Ausarbeitung ganzheitlicher Strategien zur Armutsminderung. Zum ganzheitlichen Ansatz zählen die entschlossene Bekämpfung der Armut, die Selbstorganisation der Armen und ihre freie Betätigung, der ungehinderte Zugang zu produktiven Ressourcen und sozialen Diensten sowie frauengerechte Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme. Die Regierungen werden aufgefordert, stärkeres Gewicht auf staatliche Maßnahmen zur Beseitigung der absoluten Armut insgesamt zu legen.“

### Ein Dollar am Tag – und manchmal noch weniger

Dennoch ist die Armut weiter gewachsen. Globalisierungsverlierer sind die ärmsten Länder der Welt. Laut Entwicklungsbericht der Weltbank werden im Jahre 2015 rund 1,9 Milliarden Menschen unter der Armutsgrenze leben, das heißt: weniger als einen Dollar am Tage zur Verfügung haben.

Nun gibt es eine Reihe von Ländern, vor allem in Südostasien, in denen die Frauen eigentlich von der Globalisierung profitieren müssten. Denn zahllose Unternehmen haben dort Arbeitsplätze geschaffen oder kaufen die Produkte, die dann billig

in den reichen Ländern zu haben sind. Hat sich dadurch die Lage der Frauen gebessert? Die Antwort lautet: Jein. Wenn wir akzeptieren wollen, dass auch ein Hungerlohn von einem Dollar und weniger am Tag hilft, ein Essen auf den Tisch zu stellen, dann ist jede Arbeit besser als keine. Wenn wir uns aber der Tatsache stellen, dass es die ewige Schnäppchenjagd in den reichen Ländern ist, die zu Arbeitsbedingungen führt wie im Europa des 19. Jahrhunderts, dann kann man die Bluse für knappe acht Euro, das T-Shirt für fünf Euro kaum mit Freude nach Hause tragen. Ob Discounter, ob Markenhersteller: Kaum ein Unternehmen kann noch auf die billigen Lohnarbeiterinnen aus Bangladesh oder China, aus der Türkei oder Rumänien verzichten. Und wird der Konkurrenzdruck in Europa oder den USA noch größer, dann werden eben die Löhne noch weiter gedrückt. Wenn Bangladesh – die größte Schneiderei der globalisierten Welt – der Stundenlohn von zehn Cent zu hoch erscheint, dann findet man in China in einer der Hinterhof-Produktionsstätten gewiss eine Möglichkeit, den Lohn auf fünf Cent die Stunde zu drücken.

Die „Kampagne für Saubere Kleidung“ (CCC) hat vorgerechnet, dass bei der durchschnittlichen Preiszu-

sammensetzung eines T-Shirts die Lohnkosten nur ein Prozent ausmachen! Menschenrechtsorganisationen wie die CCC beklagen, dass die großen westlichen Firmen den Druck ständig erhöhen. Lag vor drei Jahren der Produktionspreis für eine Jeans noch bei sechs Dollar, so ist man jetzt bei drei Dollar angelangt. Wird eine der Großfirmen mit harten Beweisen für Kinderarbeit oder gesundheits- und sogar lebensgefährdenden Arbeitsbedingungen konfrontiert, dann weichen sie geschmeidig aus: Dann hat ein Geschäftsführer vor Ort gegen die Regeln verstoßen oder ein neuer Zulieferbetrieb hat ohne Wissen der Firmenleitung Schwangere bis zum Tag der Geburt arbeiten lassen. Frauenorganisationen klagen an, berichten von Selbstmordversuchen bei Arbeiterinnen und Arbeitern, von ruiniertes Gesundheit in den Menschenschinder-Fabriken, von Streikverboten und hohen Gefängnisstrafen für diejenigen, die es dennoch wagen, die Beschäftigten zu organisieren. Auch das kennt man aus zahllosen Berichten über die europäischen Verhältnisse im 19. Jahrhundert.

Es ist eine Spirale nach unten, die sich für arbeitenden Menschen überall auf der Welt immer schneller zu drehen scheint. Weil der Konkurrenz-

druck – nicht nur in der Modebranche – so groß ist, werden die Arbeitsplätze in lohnintensiven Bereichen ausgelagert, in immer billigere Länder. Die Menschen, die in Deutschland ihre Arbeitsplätze verloren haben oder Angst haben vor Jobverlust, sind gezwungen, sich dort einzudecken, wo es am billigsten ist. Es ist ja nicht nur peinliche „Geiz-ist-geil“-Mentalität, sondern oft genug bittere Notwendigkeit, wenn die Schuhe nicht mehr als 30 Euro kosten dürfen. Von diesem Nullsummenspiel profitieren nur die Investoren und die Besitzer der Fabriken in den ärmsten Ländern, die vom Lohn Abhängigen nicht. Dennoch warnen Menschenrechtsorganisationen vor Boykott-Aufrufen. Denn gerade für Frauen ist oft die einzige Alternative zur Sklavenarbeit an der Nähmaschine das Betteln auf der Straße oder die Prostitution.

### **Sklavenarbeit ist schlecht für das Image**

Was hilft, ist Information über die Arbeitsbedingungen, von denen der hiesige Handel und die Käufer profitieren. Alle Firmen – und das gilt auch für Discounter von Metro über Aldi bis Wal-Mart – fürchten den Image-Verlust, wenn angeprangert wird, dass ihre Arbeiterinnen und oft auch deren Kinder ohne jeden sozialen Schutz zu Hungerlöhnen beschäftigt werden. Viele Firmen haben das inzwischen begriffen. Sie halten sich an die Grundnormen der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf und lassen Inspektoren in ihre Fabriken. Andere sehen nach wie vor „keinen Grund“, zur Überprüfung der Arbeitsbedingungen Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen in ihre Fabriken einzuladen.

Wenn die Firmen argumentieren, es gäbe für sie angesichts des internationalen Konkurrenzdrucks keine Alternative zu den Billiglohn-Ländern, dann haben sie vermutlich Recht. Und – reine Ausbeuterfirmen beiseite gelassen – es stimmt wahrscheinlich sogar, dass viele Familien sich nur dank ihrer Arbeit für westliche Firmen langfristig aus der Armutsfalle befreien können.

Auch positive Beispiele, wie etwa VW in China, werden helfen, die Situation zu verbessern. Dort wird ein Mehrfaches des gesetzlichen Mindestlohnes gezahlt. Gearbeitet wird 40 Stunden in der Woche. Arbeitsschutzbestimmungen werden eingehalten. Irgendwann werden auch typische Frauenbranchen von solchen Vorbildern profitieren, zumal die Möglichkeiten, in ein immer noch billigeres Land weiterzuwandern, nicht endlos sind.

### **Nichts bleibt mehr dauerhaft im Verborgenen**

Wer beim Stichwort Globalisierung nur an die Wirtschaft denkt, an Arbeitsplatzverluste im Westen und Ausbeuterverhältnisse in Entwicklungs- und Schwellenländern, der greift zu kurz. Globalisierung, das heißt eben auch weltweiter Zugang zu Informationen über das Internet. Globalisierung bedeutet, dass nicht nur Unternehmer und Banker die Vorteile nutzen, sondern auch Menschenrechtsorganisationen sich schneller Gehör verschaffen. Kaum ein Fleck dieser Erde, auf dem nicht Flugzeuge landen. Selbst im Afghanistan von heute sichtet man von Zeit zu Zeit Touristengruppen. Wenn in Nigeria eine Frau gesteinigt werden soll oder in einem Dorf in Pakistan ehrenwerte Männer eine junge Frau vergewaltigen, um ihre Familie zu bestrafen, bleibt das nicht mehr verborgen. Zwangsheiraten von zwölfjährigen Mädchen sorgen ebenso für Schlagzeilen wie der Export von Kindern aus Nepal in Kinderbordelle.

gen, um ihre Familie zu bestrafen, bleibt das nicht mehr verborgen. Zwangsheiraten von zwölfjährigen Mädchen sorgen ebenso für Schlagzeilen wie der Export von Kindern aus Nepal in Kinderbordelle.

### **Globalisierung hilft: Frauen wehren sich und finden Helfer**

Weltweit berührt die Geschichte der pakistanischen Bauerntochter Mukhtar Mai, die sich geweigert hat zu sterben, ja, ihre Peiniger sogar vor Gericht gebracht hat. Sie wurde – nach einem Urteil des Dorfgerichts – von den Männern eines in seiner Ehre verletzten Dorfclans vergewaltigt, wie es seit Jahrhunderten schlimmer Brauch ist. Von ihr wurde erwartet, dass sie sich das Leben nahm. Dann wäre die Ehre wieder hergestellt gewesen und der Rachefeldzug beendet. Doch Mukhtar Mai machte nicht mit. Sie zeigte die Männer an und bewies damit unvorstellbaren Mut. Erst wurde ihre Geschichte von ein paar lokalen Journalisten aufgegriffen, dann von Menschenrechts-



Die gebürtige Pakistanerin Sabatina James lebt in Österreich unter diesem Decknamen, da sie vom Islam in das Christentum konvertiert ist und sich gegen die Zwangsheirat in Pakistan gewehrt hatte.



organisationen. Inzwischen reist die Analphabetin, die den ganzen Koran auswendig weiß, rund um den Globus, wurde von Kofi Annan empfangen, vom französischen Außenminister und vom Präsidenten ihres Landes. Ihre von einer Journalistin aufgeschriebene Geschichte „Die Schuld, eine Frau zu sein“ ist in vielen Ländern erschienen. Mit dem Geld hat sie viel für ihr Dorf getan, in dem sie nach wie vor lebt. Sie hat zum Unmut der Männer unter anderem eine Mädchenschule gebaut. Dort lernt sie nun selbst lesen und schreiben.

Auch das ist Globalisierung. Bis in die hintersten Winkel eines Landes erfahren Frauen, dass ihr Leid nicht schicksalhaft ist, sondern von Menschen gewollt, und sie finden Organisationen, die ihnen helfen. Seit Nachrichten in Echtzeit um den Globus rasen, ist es schwieriger geworden, junge Frauen als Ehebrecherin-

nen zu steinigen, sie umzubringen, wenn die Mitgift verbraucht ist oder wenn sie nur Mädchen zur Welt bringen. Seit Journalisten rund um den Globus darüber schreiben, dass es in Pakistan – offiziell zugegeben – in den letzten vier Jahren 4.100 so genannte Ehrenmorde an Frauen gab, ist die Regierung gezwungen, zu handeln.

In Afghanistan wird eine Kampagne gegen die Verheiratung von zwölfjährigen Mädchen sogar von den Hardlinern in der Regierung unterstützt. Menschenrechtsorganisationen sorgen dafür, dass diese regelmäßigen Verstöße gegen bürgerliches und islamisches Recht publik werden. Die Männer in der Regierung sind gezwungen zu handeln. Das alles ist ein langsamer Prozess und doch scheint die globalisierte Welt sich zu Gunsten der Frauen zu verändern.

**In Afghanistan wird eine Kampagne gegen die Verheiratung von zwölfjährigen Mädchen sogar von den Hardlinern in der Regierung unterstützt. Menschenrechtsorganisationen sorgen dafür, dass diese regelmäßigen Verstöße gegen bürgerliches und islamisches Recht publik werden.**



## Frauen reisen für eine Arbeit rund um die Welt

Die Kraft vieler Frauen gerade aus den ärmsten Ländern schlägt sich auch in den Migrationszahlen nieder: Kamen früher die Männer, um in den Bergwerken und Fabriken zu arbeiten und brachten ihre Familien mit, so machen sich heute Frauen alleine auf den Weg, um – oft auf der anderen Seite des Erdballs – das Geld zu verdienen, das ihren Familien zu Hause das Überleben ermöglicht. Die Entwicklungsexpertin Christa Wichterich hat das in ihrem Buch „Die globalisierte Frau“ so beschrieben: „Frauen im Globalisierungskarussell: Textilarbeiterinnen aus der Oberlausitz verlieren ihre Arbeitsplätze an Frauen in Bangladesh. Philippinische Mädchen putzen Küchen in Kuwait. Polinnen pflegen zu Dumping-Preisen Alte in Deutschland. Billig und flexibel, entsprechen Frauen eher als Männer den veränderten Marktbedingungen.“

Man schätzt die Zahl der illegalen Migranten in Deutschland auf etwa 1,5 Millionen. 60 Prozent von ihnen sollen Frauen sein. Sie bleiben weitgehend unsichtbar, putzen die Wohnungen berufstätiger Paare, versorgen die Kinder. Sie kommen aus Ecuador und Peru, aus der Ukraine und aus Georgien, von den Philippinen oder (seltener) aus Afrika. Sie sind für ihre Heimatländer ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, denn das Geld, das sie in den westlichen Ländern verdienen, schicken sie nach Hause. Man schätzt, dass das Heer von weitgehend unsichtbaren MigrantInnen weltweit etwa 100 Milliarden US-Dollar jährlich in die Heimatländer überweist und damit ein wichtiger Faktor der Armutsbekämpfung geworden ist.

Illegale Migrantinnen in Deutschland haben sehr unterschiedliche





Man schätzt die Zahl der illegalen Migranten in Deutschland auf etwa 1,5 Millionen. 60 Prozent von ihnen sollen Frauen sein. Sie bleiben weitgehend unsichtbar, putzen die Wohnungen berufstätiger Paare, versorgen die Kinder. Sie kommen aus Ecuador, Peru, aus der Ukraine und aus Georgien, von den Philippinen oder seltener aus Afrika.

Biographien. Ein Teil von ihnen ist als Au-pair ins Land gekommen. Was einst begann, damit junge Menschen andere Länder und Kulturen kennen lernen können, ist inzwischen zu einem versteckten neuen Arbeitsmarkt geworden. Früher kamen in der Regel junge Mädchen aus westlichen Ländern – aus Europa und Übersee –, um gegen Kost, Unterkunft und ein kleines Taschengeld gefahrlos Auslandserfahrungen machen zu können. Sie lebten in der Familie, beteiligten sich an der Hausarbeit und Kinderbetreuung, besuchten Deutschkurse. Offiziell ist das heute noch so. Doch der Markt hat sich verändert, seit die Grenzen nach Osteuropa offen sind: Für freies Wohnen, 260 Euro Taschengeld plus einiger Nebenleistungen wie Monatsfahrkarte ersetzen viele der jungen Frauen die Haushaltshilfe. Statt der vertraglich geregelten 30 Stunden Arbeit pro Woche wird oft ständige Dienstleistungsbereitschaft erwartet. Nach Ende des Au-pair-Jahres bleiben viele illegal im Land oder pendeln mit Hilfe von Touristenvisa, die immer drei Monate gültig sind, zwischen dem Heimatland und einem illegalen Arbeitsplatz in Deutschland.

Eine zweite Gruppe rekrutiert sich aus Asylbewerberinnen, die vor dem Ende ihres Verfahrens abtauchen, wenn sie sich keine Chancen auf einen legalen Aufenthaltsstatus ausrechnen können.

Die dritte Gruppe ist – oft von der anderen Seite des Erdballs – mit Touristenvisum eingereist oder mit Hilfe einer teuren Schleuserbande und schlägt sich durch mit Putz- und Küchenarbeiten. Häufig sind diese Frauen zuvor selbst Opfer der Globalisierung geworden: Weil beispielsweise die weltweite Präsenz der großen Fast-Food-Ketten für ihre kleinen Garküchen das Ende bedeutete. Oder weil die Arbeiterinnen in Mexiko ihren Job in der Fabrik verloren haben, weil der Konzern ins noch billigere Indien oder China weiter gewandert ist.

### Frauen als Ausbeuterinnen von Frauen?

Entstanden sind durch diese Globalisierung auf der unteren Ebene ganz neue Formen von Frauennetzwerken: Die berufstätige Mutter in Deutschland braucht bezahlbare Hilfe bei der Kinderversorgung und im Haus-

halt, da sie sich auf staatliche Kinderbetreuung nicht verlassen kann. Die Hoffnungen der Frauenbewegung, bei wachsender Erwerbstätigkeit der Frauen würde die Haus- und Familienarbeit zwischen Paaren gerechter verteilt werden, haben sich nicht erfüllt. Mutter muss weiterhin schauen, wie sie mit Beruf und Kindern zu Rande kommt. Oft schafft sie das nur mit Hilfe einer freundlichen Philippina oder Polin. Die wiederum bringt ihre eigenen Kinder bei Mutter oder Tante oder Schwester unter, um im Ausland Geld verdienen zu können. Finanziell rechnet sich das trotz der häufig niedrigen Löhne, weil Flüge inzwischen billig sind, weil auch Ferngespräche gegen das Heimweh nach den Kindern erschwinglich geworden sind.

Das Hauptproblem ist die totale Rechtlosigkeit dieser illegalen Migrantinnen. Sie können sich nicht wehren, wenn sie um ihren Lohn betrogen werden. Wenn sie bei einer Razzia erwischt und dann rasch abgeschoben werden, gehen ihre Ersparnisse für die Abschiebekosten drauf. Obwohl nach unterschiedlichen Studien in sieben bis elf Prozent der bundesdeutschen Haushalte Migran-

tinnen ohne gültige Papiere beschäftigt werden, wird das Thema offiziell ignoriert. Die Osteuropäerinnen, Asiatinnen oder Lateinamerikanerinnen scheinen unsichtbar zu sein. „Nicht auffallen“, ist ihre Devise. Adrett gekleidet, steigen sie morgens in den bürgerlichen Wohnvierteln aus den Bussen, betreuen die Kinder berufstätiger Frauen, putzen die Wohnungen. Viele von ihnen haben mehrere Jobs mit entsprechend langen Arbeitstagen. Die Arbeitgeber zahlen keine Sozialabgaben, bei Krankheit gibt es keinen Lohn, ohne Kündigungsfristen lassen sich die Arbeitsverhältnisse von heute auf morgen wieder lö-

sen. Forscherinnen sprechen vom „Bodenpersonal der Globalisierung“, von einer „Wiederkehr der Dienstbotengesellschaft“. Beratungsstellen für Migrantinnen haben die Erfahrung gemacht: Je schlechter der gesetzliche Status der Frauen ist, desto schlechter sind Arbeitsbedingungen und Bezahlung. Wie groß die Not vieler Frauen aus armen Ländern ist, zeigt folgende Erfahrung: Haushaltshilfen mit abgeschlossenem Studium, promovierte Dienstmädchen, deren Bildung weitaus höher ist als die ihrer Chefinnen, sind keine Seltenheit in Europa.

### **Mustermigrantinnen mit Kriminalitätsraten bei Null**


Doch selbst bei dieser Schattenseite der Globalisierung zeigt sich ein differenziertes Bild: Viele der in die Illegalität gezwungenen Arbeitsmigrantinnen erklären, trotz der ständigen Angst vor Kontrollen und Abschiebung, trotz des Heimwehs nach den Kindern sei ihr Leben besser geworden. Sie gewinnen an Selbstbewusstsein, weil ihre Arbeit der Familie zu Hause den Aufbau bescheidener Existenzen ermöglicht. Sie fühlen sich von den europäischen Arbeitgeberinnen in der Regel (von der es viele Ausnahmen gibt) besser behandelt als bei vergleichbaren Jobs in ihren Herkunftsländern. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Lale Akgün sagt sarkastisch, sie seien eigentlich die Mustermigrantinnen, die jedes Land sucht: Sie verdienen sich ihren Lebensunterhalt, sie stellen keine Ansprüche an den Staat, sie ermöglichen deutschen Frauen mit Familie eine Erwerbstätigkeit und ihre Kriminalitätsrate ist bei Null.

### **Die Unsicherheit erhöht sich**

Soziologinnen und Wirtschaftswissenschaftlerinnen beantworten insgesamt die Frage nach den Globalisierungsgewinnerinnen und -verliererinnen nur zögernd. Auch schlechte Jobs in den Hinterhof-Fabriken in Südostasien oder Mittelamerika sind besser als gar keine Arbeit. Deshalb stoßen Forderungen nach Boykotten etwa in der Textilindustrie nicht auf Zustimmung. Denn die Alternative für viele Frauen wären nicht bessere Bedingungen, sondern der Verlust der Arbeit.

Die Politik-Professorin Brigitte Young schreibt: „Globalisierung hat mehr Frauen Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnet. Gleichzeitig hat sie die existierenden Ungleichheiten und Unsicherheiten, die für Frauen aus der Zunahme informeller Arbeit und Privatisierungsprozessen erwachsen, in vielen Teilen der Welt erhöht. Für gut ausgebildete Frauen bedeutet die Globalisierung neue Chancen und höher dotierte Tätigkeiten in der formalen Wirtschaft. Andererseits zeigen Studien aus Hongkong, Singapur, Europa und Nordamerika, dass hoch bezahlte Frauen ihre reproduktiven Lasten auf niedrig bezahltes Hauspersonal und Migrantinnen aus anderen Ländern übertragen.“

Uta Ruppert, Professorin für Politische Soziologie, vermutet, dass wenigen Nutznießerinnen unzählige „Kostenzahlerinnen“ gegenüber stehen. „Ohne Diskriminierung von Frauen wären bestimmte Globalisierungstrends kaum denkbar. So gehören zum Beispiel Lohndiskriminierung, Umwandlung von mehrheitlich Frauenarbeitsplätzen in sozial ungeschützte flexibilisierte Arbeitsverhältnisse und Staatsabbau auf Kosten der unbezahlten Fürsorgearbeit von



Wie groß die Not vieler Frauen aus armen Ländern ist, zeigt folgende Erfahrung: Haushaltshilfen mit abgeschlossenem Studium, promovierte Dienstmädchen, deren Bildung weitaus höher ist als die ihrer Chefinnen, sind keine Seltenheit in Europa.



Wie also lenkt man die Globalisierung der Weltwirtschaft in Bahnen, die den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand besser verteilen? Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts gibt es die Forderung nach einer „Weltordnungspolitik“. Soziale Mindeststandards müssten formuliert – und dann auch durchgesetzt werden.

Frauen überall auf der Welt zu dem Stoff, aus dem Globalisierung gemacht ist. Ohne die extrem schlecht bezahlte, nicht einmal den Mindeststandards der ILO entsprechende Arbeit in der Exportindustrie wäre der wirtschaftliche Aufstieg der Tigerstaaten nicht machbar gewesen.“

### **Weltordnungspolitik statt nationaler Regeln**

Wie also lenkt man die Globalisierung der Weltwirtschaft in Bahnen, die den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand besser verteilen? Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts gibt es die Forderung nach einer „Weltordnungspolitik“. Soziale Mindeststandards müssten formuliert – und dann auch durchgesetzt werden. Nationale Regelungen wirken in zunehmendem Maße hilflos. Kein Einzelstaat kann den ruinösen Wettbewerb um die niedrigsten Steuern, den schnellsten Abbau von sozialen Rechten für sich gewinnen. Wenn dieser Trend nicht durchbrochen wird,

dann gibt es eines Tages nur noch Verlierer: Verarmte Staaten unter dem Diktat der „Global Players“, eine verarmende Bevölkerung, die dem Abbau sozialer Standards hilflos ausgeliefert ist. Eine weltweite soziale Marktwirtschaft wird deshalb nicht nur von Experten der Entwicklungspolitik gefordert, sondern auch von Gewerkschaftern und Sozialpolitikern, die die für Arbeitnehmer immer prekärer werdende Situation auch in den westlichen Industriestaaten genau beobachten.

Wilma Simon, ehemalige Finanzministerin von Brandenburg und stellvertretende Vorsitzende des Marie-Schlei-Vereins, setzt weltweit auf die Frauen – und ebenfalls auf ein internationales Regelwerk, zu dem Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Gleichstellungspolitik verknüpft werden müssen:

„Der Globalisierung der Weltmärkte mit ihren zerstörerischen Kräften muss eine globale Entwicklungsperspektive entgegengestellt werden, die auf Nachhaltigkeit und soziale Ge-

rechtigkeit abstellt. Und dazu können und müssen die Frauen dieser Welt beitragen. Denn sie sind sowohl von den Auswirkungen der Globalisierung am härtesten betroffen als auch Trägerinnen positiver Entwicklungsperspektiven.“





# SCHLAGLICHT

Frauen und Globalisierung: Wer gewinnt, wer verliert? Ist der Verlust der einen der Gewinn der anderen? Mit diesen und den vielen damit zusammenhängenden Fragen beschäftigten sich kompetente Frauen aus verschiedenen Lebens- und Arbeitsbereichen auf der Zentralen Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Internationalen Frauentag am 8. März 2006. Und immer wieder wurde die Frage angesprochen, was internationale Solidarität heute bedeutet. Wie hilft man beispielsweise den ausgebeuteten Frauen in der Dritten Welt, die für Hungerlöhne schuften? Wie aber hilft man auch den Verliererinnen in den klassischen Industrieländern? Und wie wird Globalisierung sinnlich begreifbar? Indem man von den Menschen

erzählt, die von den Umbrüchen in der Welt gebeutelt werden und manchmal auch von den Veränderungen profitieren.

**Anke Fuchs** (Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung):  
**„Wir müssen wieder lernen, uns zu organisieren und zu kämpfen“**

Anke Fuchs berichtete, was sie selbst während ihrer Auslandsreisen erfahren hat: „Das war ein denkwürdiger Aufenthalt in der Hauptstadt Afghanistans. Die Stadt war zerstört, und ich fühlte mich zurückversetzt ins Hamburg von 1945. Wir sahen buchstäblich nur Trümmer. Und hatten doch nach zwei oder drei Tagen schon einen optimistischeren Blick.

Wir sahen, die Straße ist schon gefegt, da ist schon ein kleiner Laden. Unser Büro in Kabul begleitet intensiv den Demokratisierungsprozess, versucht vor allem, die Frauen einzubinden, ihren Stimmen Gehör zu verschaffen. Aber erzählen will ich von einer kleinen Begegnung mit Frauen, die dank unserer Hilfe nun wieder schreiben und lesen lernen durften. Man muss es sich erst einmal auf der Zunge zergehen lassen, dass es Gesellschaften gibt, in denen es Frauen verboten ist, lesen und schreiben zu lernen. Und die Frauen waren so dankbar – übrigens auch die Schülerinnen und Schüler, die uns auf der Straße stolz zeigten, dass sie schreiben lernen durften. Und damit konnten die Frauen erste Schritte tun, die nicht nur ihre persönliche Situation verbessern konnten, sondern vielleicht auch in gesellschaftliches Engagement münden werden. Und ich denke, das ist im Grunde, was wir Frauen uns immer wieder vornehmen müssen: Mut machen, kleine Schritte begleiten, die später vielleicht zu großen Veränderungen führen. Eine Frau hat neulich mal zu mir gesagt: ‚Du kannst nicht erwarten, dass du am Ende deiner Bemühungen damit belohnt wirst, dass die Welt besser wird.‘ Manchmal ist man ja wirklich verzweifelt und fragt sich, was soll das alles, aber man muss immer wieder weitermachen. Wir Frauen haben das gelernt.



Anke Fuchs, Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung: Wir müssen wieder lernen, uns zu organisieren und zu kämpfen und nicht nur Öffentlichkeit herstellen, sondern auch in Strukturen denken.

## Frauen in einer globalisierten Welt:

### Gedanken von Politikerinnen, Wissenschaftlerinnen und Frauen aus der Wirtschaft

Ich war in Kenia bei den Gewerkschaften, dort haben wir uns die Situation in der Textilindustrie angeschaut. Die Arbeitsbedingungen waren unerträglich, extrem niedrige Löhne, ein halber Dollar am Tag oder ein Drittel Dollar oder noch weniger. Und die Gewerkschaften begannen sich zu wehren, das ist menschenrechtsfeindlich und sie wollten sich an die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) wenden. Und dann haben sie sich mit der internationalen Textilgewerkschaft zusammengetan und haben Erfolg gehabt. Dieser Betrieb musste viel verändern zu Gunsten der Frauen. Was will ich damit sagen? Wir müssen eben wieder lernen, uns zu organisieren und zu kämpfen und nicht nur Öffentlichkeit herstellen, sondern auch in Strukturen denken. Ich glaube, dann haben wir wieder Hoffnung.“

**Elke Ferner**, MdB (Stellvertretende SPD-Vorsitzende und Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen):  
**„Globalisierung: Viele Ängste, wenig Hoffnungen“**

Als vor 95 Jahren zum ersten Mal ein Internationaler Frauentag stattgefunden hat, waren die Forderungen nicht so sehr anders als heute. Das kann schon ein bisschen traurig machen, dass wir im 21. Jahrhundert noch nicht sehr viel weiter sind als



**Elke Ferner, Stellvertretende SPD-Vorsitzende und Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF): Der Prozess der Globalisierung löst bei den Menschen in erster Linie Ängste aus, weniger die Hoffnung, dass sich etwas verbessern kann.**

zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Der Prozess der Globalisierung löst bei den Menschen in erster Linie Ängste aus, weniger die Hoffnung, dass sich etwas verbessern kann. Im Mittelpunkt der Debatten stehen immer Fragen wie Abbau des Sozialstaates, Lohndumping und Arbeitslosigkeit. Merkwürdigerweise wird die Frage der Geschlechtergerechtigkeit selten aufgeworfen. Ich glaube auch, dass die Globalisierung eher dazu angeht, die bestehenden Ungerechtigkeiten und Defizite, die es für Frauen heute gibt, zu verstärken, als dass sie abgebaut werden. 70% der 1,3 Milliarden armen Menschen sind Frauen. 66% aller Analphabeten sind Frauen. Nur 1% des Weltvermögens ist in den Händen von Frauen. Nur

30% der Frauenarbeit wird bezahlt. Frauen erhalten nur 73–77% der Männerlöhne.

In Europa sieht es teilweise nicht besser aus. Nur 14% der Führungspositionen in Verwaltung und Wirtschaft sind von Frauen besetzt und 10% der Abgeordneten sind Frauen. Das sind nun wahrlich keine Zahlen, wo man von Geschlechtergerechtigkeit oder sogar von Geschlechterparität reden kann. Wir haben auch im Fortschrittsbericht zur Lage der Frauen in der Welt 2000 von UNIFEM gelesen, dass es strukturelle Defizite gibt, aber auch, wie unterschiedlich die Situation in den verschiedenen Ländern der Welt ist. UNIFEM geht davon aus, dass für die gut ausgebildeten Frauen in Westeuropa und



Dr. Monika Wulf-Mathies, Deutsche Post World Net: Deshalb sage ich, Globalisierung ist gut, wenn sie dazu beiträgt, Transparenz und den Wettbewerb der Systeme zu fördern und sicher stellt, dass Frauen aus anderen Teilen der Welt die selben Chancen haben wie wir.

in Nordamerika die Globalisierung durchaus auch neue Chancen auf höher dotierte Tätigkeiten in der Wirtschaft bringen kann. Allerdings glaube ich, dass hier Skepsis angebracht ist. Auch in Europa gibt es ein riesiges Gefälle. Man braucht sich dazu eigentlich nur die aktuellen Zahlen anzuschauen, was die Frauen in Führungspositionen anlangt. Deutschland liegt da unter dem europäischen Durchschnitt. In den Vereinigten Staaten sieht es deutlich besser aus.

Die überwältigende Mehrheit der Frauen in der Welt ist jedoch schlecht bezahlt und zum großen Teil – besonders in Afrika, aber auch in den asiatischen Ländern und in Südamerika – schlecht ausgebildet. Und ob sich deren Chancen wirklich verbessern durch die Globalisierung, ohne dass sie den Zugang zu einer besseren Bildung haben, das bezweifle ich. 70% der Kinder, die nicht Lesen und Schreiben lernen, sind beispielsweise Mädchen. Die werden dann natürlich früh zum Arbeiten geschickt, früh verheiratet und leisten wieder-

um die unbezahlte Familien- und Pflegearbeit, helfen möglicherweise noch auf dem Feld. Aus diesem Teufelskreis können sie kaum ausbrechen. Die Weltbank hat 2001 nach einer umfangreichen Studie den Schluss gezogen, dass die Länder, in denen die Rechte der Frauen gefördert werden, bei der Armutsbekämpfung schneller vorankommen als Länder, die das nicht tun. Das ist auch das, was wir aus der Entwicklungszusammenarbeit wissen. Je geringer die Kluft zwischen Männern und Frauen in Bezug auf Beschäftigung, Ausbildung und Eigentumsrechte ist, desto höher ist auch das Wirtschaftswachstum. Nach Einschätzung der Weltbank ließe sich in Afrika die Produktivität in der Landwirtschaft um rund 20% steigern, wenn Frauen besser ausgebildet wären. Die Bildung von Frauen und Mädchen ist der Schlüssel zu einer nachhaltigen Entwicklung.

Nach dem Weltbevölkerungsbericht haben gebildete Frauen in den Entwicklungsländern nicht nur gesündere Kinder, sondern bekommen

im Schnitt auch weniger Kinder als Frauen ohne Schulausbildung. Und Mütter, die selber zur Schule gegangen sind, bemühen sich auch darum, dass ihre eigenen Kinder eine gute oder sogar bessere Schulausbildung erhalten als sie selbst. Nach Schätzung der Weltbank ergibt 1% Anstieg der Sekundarschulbildung von Frauen eine 0,3-prozentige Steigerung des Wirtschaftswachstums. Klar ist also, die Investition in Bildung von Frauen bringt einen direkten wirtschaftlichen Nutzen, von dem individuellen Nutzen durch mehr Bildungsgerechtigkeit gar nicht erst zu reden. Nur informierte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen können ihre Situation mit der in anderen Ländern vergleichen, kennen ihre Rechte und können sie auch einfordern. Es ist sicherlich nicht möglich, unser Sozialstaatsniveau auf die ganze Welt zu übertragen. Aber es müssen – so wie wir das in der Europäischen Union ja auch haben – Mindeststandards definiert werden, die garantieren, dass es bei den Veränderungen im Rahmen der Globalisierung auch fair zugeht.

#### Dr. Monika Wulf-Mathies

(Deutsche Post World Net, Leiterin des Zentralbereichs Politik und Nachhaltigkeit):

**„Wer qualifizierte Mitarbeiter aus dem Ausland möchte, muss moderne Frauenpolitik machen“**

Ich finde es ganz faszinierend, wie in der Deutschen Post World Net, einem Unternehmen, das aus einem deutschen Beamtenapparat entstanden ist und sich global aufstellt, die Transparenz wächst. Man erfährt, wie woanders das Thema Antidiskriminierung gehandhabt wird. Nicht nur eng bezogen auf das Thema Mann/



Frau, sondern Hautfarbe, unterschiedliche sexuellen Neigungen, unterschiedliche Religionen. Durch diese Transparenz ergeben sich Diskussionen, die wir früher nicht gehabt haben. Und über diese Diskussionen hinaus auch Veränderungen.

Wenn wir einige statistische Angaben betrachten, dann wird man feststellen, dass es bei der Gleichstellung von Mann und Frau Nachholbedarf gibt. Wir haben, wie bekannt, keine Frau im Vorstand, während es in den USA 30 Unternehmen gibt, in denen mindestens zwei Frauen im Vorstand sind. Es ist gerade kürzlich eine Statistik veröffentlicht worden über die 25 Top-Business-Frauen in Europa. Da war keine aus Deutschland dabei, aber Frauen aus Spanien, aus Italien, aus der Türkei, die meisten aus Großbritannien, aus den Niederlanden und aus Skandinavien. Das zeigt, wo wir stehen und da ist die Deutsche Post leider keine Ausnahme.

Aber Veränderungen gibt es auch bei uns, angeregt teilweise durch fortschrittlichere Frauenpolitik in anderen Ländern. Ein Beispiel: Ich

wollte unbedingt eine Kollegin aus Schweden einstellen, die im Bereich Umwelt hervorragend qualifiziert ist. Eine Kollegin, die zwei Kinder hat; und immerhin haben wir es geschafft, ich glaube, das erste Mal im Unternehmen, dass der Mann einen Einkommensausgleich dafür erhält, dass er sich für einen bestimmten Zeitraum um die Kinder kümmert. Toll, ein schwedischer Mann tut so was, ein deutscher täte es ganz, ganz selten – oder nie. Das fand ich ein echtes Zeichen von Emanzipation. Aber dass wir diesem Herrn jetzt erst mal für ein Jahr ein Einkommen zahlen, damit er sich um die Kinder kümmern kann, ist für viele bei uns eine Sensation gewesen. Aber wir haben es hinbekommen. D.h. also, wenn man Qualifikation will, muss man in globalen Unternehmen, die Menschen zum Arbeiten nach Deutschland holen wollen, flexible Regelungen anbieten. Ähnlich ist das mit denjenigen, die aus Brüssel kommen. In Belgien lässt sich Vereinbarkeit von Beruf und Familie wegen der sehr viel besseren Kinderkrippen, Kindergärten und Ganztags-

schulen verwirklichen. Auch hier mussten wir ganz andere Angebote machen, als wir es in Deutschland üblicherweise gewohnt waren. Deshalb sage ich, Globalisierung ist gut, wenn sie dazu beiträgt, Transparenz und den Wettbewerb der Systeme zu fördern und sicher stellt, dass Frauen aus anderen Teilen der Welt die gleichen Chancen haben wie wir.

Wir sind alle ein Stück schizophren, wenn wir über die Lage in den Entwicklungsländern diskutieren. Wie ist das denn, wenn irgendwo billig produziert wird und hier Arbeitsplätze verloren gehen? Dann sind natürlich die Gewerkschaften auf Seiten derer, die hier ihren Arbeitsplatz verlieren, aber am ersten Mai tragen sie Spruchbänder mit der internationalen Solidarität. Dieses Stück Schizophrenie muss man einerseits verstehen, denn wir leben hier, und wir brauchen hier Arbeit. Auf der anderen Seite, wenn es um die eine Welt geht, die nun mal allen Menschen zur Verfügung steht, haben wir auch nicht das Recht zu sagen: Ihr dürft euren komparativen Vorteil nicht wahrnehmen, denn




Es ist gerade kürzlich eine Statistik veröffentlicht worden über die 25 Top-Business-Frauen in Europa. Da war keine aus Deutschland dabei, aber Frauen aus Spanien, aus Italien, aus der Türkei, die meisten aus Großbritannien, aus den Niederlanden und aus Skandinavien.

das könnte ja zu Lasten von Arbeitsplätzen bei uns gehen. Da gibt es, glaube ich, nur zwei Möglichkeiten, etwas Sinnvolles zu bewirken: Das ist einmal die Veränderung einer protektionistischen Agrarpolitik, die verhindert, dass Entwicklungsländer mit eigener Kraft durch Nahrungsmittelimporte sich ihre Entwicklung selber finanzieren können. Dann müssen wir aber auch akzeptieren, dass da, wo Arbeitskraft billig ist, Massenproduktion sehr wohl erfolgen darf und muss. Und das bedeutet andererseits, dass wir auf unsere ureigensten Vorteile sehen müssen, und das sind Bildung und Innovation. Also die Konsequenz muss sein, mehr in Bildung/Ausbildung zu investieren. Und dann gehört dazu sicher noch als drittes Element die Zusammenarbeit weltweit, das bedeutet, dass zumindest schrittweise die ILO-Normen überall anerkannt werden. Und das bedeutet natürlich auch, darauf zu achten, dass wir in Vereinbarungen – wie sie zum Beispiel bei der Welthandelsorganisation getroffen werden – auch für die Geltung weltweiter Standards sorgen.

Was multinationale Unternehmen fürchten, ist eine schlechte Presse wegen miserabler Arbeitsbedingungen bei ihren Unternehmen in Dritte-Welt-Ländern. Wir haben lange über Standards für unser Unternehmen diskutiert und weltweit gültige Verhaltensmaßregeln festgelegt. So etwas ist relativ einfach, z. B. in Deutschland: Wir achten Menschenrechte, und wir sind gegen Kinderarbeit, auch wenn es die zum Teil sogar auch hier gibt. Und dann haben wir mit Managern aus unterschiedlichen Teilen der Welt diskutiert. Kollegen aus Asien sagen, das ist aber fast üblich, dass zumindest Kinder zum Lebensunterhalt beitragen, es hilft auch den Familien. Diese Diskussion ging eine Weile hin und her, sie endete damit, dass ich gesagt habe: Glaubt ihr denn, dass wir das als Unternehmen durchstehen, wenn irgendwo Kinderarbeit bei einem Subunternehmer vorkommt, und es heißt, die Deutsche Post World Net macht das in Afghanistan oder wo auch immer? Glaubt ihr denn, dass wir das durchstehen können, politisch und auch gegenüber unseren

Kunden, die zunehmend auch ihre eigenen gesellschaftspolitischen Raster haben, nach denen sie zum Beispiel ihre Dienstleister aussuchen? Daraufhin haben alle gesagt, nein das würden wir wohl nicht durchstehen. Also steht jetzt auch in unserem Verhaltenskodex, dass wir gegen Kinderarbeit sind. Aber wir haben hinzugefügt, dass dabei unterschiedliche Kulturen zu berücksichtigen sind, und das heißt, wie das auch im Global Compact zum Ausdruck kommt, dass wenn Kinder arbeiten müssen, zumindest ihre Möglichkeiten zum Schulbesuch dadurch nicht eingeschränkt werden dürfen. Insgesamt glaube ich, öffentliche Kritik ist wirkungsvoller als Boykott-Maßnahmen. Kein Unternehmen kann sich heute leisten, wenn in der Weltpresse steht – eben nicht nur in der FAZ – sondern auch in der Financial Times und im Wallstreet Journal, dass dieses Unternehmen gegen ethische Grundsätze verstößt.

**Dr. Angelica Schwall-Düren, MdB** (Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion):  
**„In Osteuropa einerseits gute Chancen für Frauen, andererseits konservative Rückfälle“**



Dr. Angelica Schwall-Düren, MdB: In Polen können wir feststellen, dass in Zukunft die Männer die Probleme haben werden. Sie sind wenig mobil, die am wenigsten Fähigen, die am wenigsten Cleveren. Zwar haben die Frauen im Augenblick noch große Schwierigkeiten, in die Führungsfunktionen zu kommen. Aber sie haben auf die Dauer die besseren Chancen.

Die Löhne zwischen uns und unseren östlichen Nachbarn werden sich mit Sicherheit angleichen. Wenn wir in unser Nachbarland Polen schauen, sehen wir das deutlich. Wir haben vor 10 Jahren ein Lohngefälle von 1 zu 10 gehabt, jetzt können wir schon im Schnitt von 1 zu 2 sprechen. In Ostpolen ist das Gefälle natürlich noch sehr viel stärker, dort sind die Löhne niedriger. In Westpolen sind die Löhne schon höher. Dennoch gilt: Wir müssen entspre-



chende Strukturen einziehen, damit nicht dieser Wettbewerb zu einer Harmonisierung nach unten führt. Deswegen müssen wir auch unseren Nachbarn sagen, selbst wenn ihr jetzt darauf pocht, dass ihr im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit zu uns kommen wollt, könnt ihr eines nicht ernsthaft wollen: Dass ihr eure Lohn- und Sozialstandards mitbringt, weil nicht nur bei uns dadurch Lohn- und Sozialstandards und letztendlich Arbeitsplätze gefährdet werden. Es ist klar, dass Frauen in dieser Situation wiederum diejenigen sind, die zunächst einmal noch die größten Schwierigkeiten haben, weil sie in ihren Heimatländern in der Vergangenheit eben auch an der unteren Skala standen. Wir haben in den ehemaligen sozialistischen Staaten zwar mehr Frauenbeschäftigung gehabt, aber diese Frauen haben auch

dort die Arbeitsplätze inne gehabt, bei denen sie weit weniger als die Männer verdient haben.

Ich will aber auch für Ost- und Mitteleuropa, trotz aller Probleme, einen positiven Ausblick versuchen. Was wir beobachten können, ist, dass die Frauen die besseren Bildungsabschlüsse und dann auch die besseren Examina haben, und zwar auf allen Ebenen. In Polen können wir feststellen, dass in Zukunft die Männer die Probleme haben werden. Sie sind wenig mobil, die am wenigsten Fähigen, die am wenigsten Cleveren. Zwar haben die Frauen im Augenblick noch große Schwierigkeiten, in die Führungsfunktionen zu kommen. Aber sie haben auf die Dauer die besseren Chancen.

Wir haben allerdings in manchen osteuropäischen Ländern durch nationalkonservative Veränderungen noch

ein zusätzliches Problem: Dort gibt es einen Rückfall zu traditionellen Frauenbildern. Die Frauen sollen zurück an den Herd geholt werden. Dramatisch ist auch der Rückzug der Frauen aus der Politik. Vor der Wende waren sehr viel mehr Frauen in den Parlamenten, aber auch in einigen Regierungsämtern vertreten. Seit tatsächlich Machtfunktionen mit solchen Ämtern verbunden sind, hat man die Frauen zurückgedrängt.



**Dr. Almut Wieland-Karimi**

(Leiterin des FES-Büros Washington, DC., vorher Landesvertreterin der FES in Afghanistan):

**„Der westliche Lebensentwurf ist kein Vorbild für alle Kulturen“**

Ich habe mein Studium als Reiseleiterin verdient, bin sehr viel durch orientalische, arabische Länder gereist und war mit einer Reisegruppe in Ägypten. Und dann sind wir mit einem Schiff auf dem Nil gefahren. In meiner Reisegruppe waren etwa 20 Personen, von denen waren mehr als die Hälfte alleinstehende, gut aussehende, gut ausgebildete deutsche Frauen, die sich eine solche Reise nach Ägypten leisten konnten. Wir sind auf dem Nil gefahren und haben am Ufer angehalten, dort saß eine Gruppe von ägyptischen Frauen. Die wuschen die Wäsche im Nil, waren umgeben von Scharen von Kindern und die deutschen Frauen haben gesagt: „Die armen Ägypterinnen, die müssen im Nilwasser waschen. Die Bedingungen sind hart, die haben so viele Kinder, wie schrecklich ist ihr Leben.“ Und dann haben wir ein Gespräch angefangen, und die deutschen Frauen haben gefragt, wie viel Kinder habt ihr denn? 10 Kinder, 12 Kinder, 15 Kinder, 8 Kinder! Und die deutschen Frauen waren entsetzt. Dann haben die Ägypterinnen zurück gefragt, wie viele Kinder habt ihr denn? Wir haben keine Kinder. Oh, um Gottes willen und habt ihr auch keinen Mann? Nein, Mann haben wir auch nicht. Um Gottes willen! Lebt ihr ganz alleine? Oh wie schrecklich!

Die ägyptischen Frauen waren glücklich. Sie haben eine Familie, und sie haben viele Kinder, sie haben eine soziale Absicherung im Alter, weil sie ja so viele Kinder haben.

Letztendlich war man übereinander entsetzt. Langer Rede kurzer Sinn: ich glaube, dass eben die Perspektiven unterschiedlich sind. Ist man bei uns in der Gesellschaft sozialisiert, dann hat man natürlich die Vorstellungen und Wertvorgaben, Lebenswelten, Lebensformen, von denen wahrscheinlich 99% der emanzipierten Frauen überzeugt sind.

Auch bei den Frauen in Afghanistan gibt es nicht die eine Sichtweise, aber es gibt sicherlich den Wunsch, dass die Frauen in dem Kontext, wie sie ihn kennen, leben möchten. Aber dennoch haben sie bestimmte Forderungen. Der Zugang zu Bildung ist existenziell. Der Zugang zur Gesundheitsvorsorge ist wichtig. Man muss sich vorstellen, Afghanistan hat eine der höchsten Müttersterblichkeitsquoten auf der Welt. Die Kindersterblichkeit ist immens hoch, jedes vierte Kind erreicht auf Grund der mangelnden medizinischen Versorgung nicht das fünfte Lebensjahr. Das sind so die Grundpfeiler. Wenn man diese Grundbedürfnisse – Bildung, Zugang zu Me-

dizin – befriedigen kann, dann kommen weitere Wünsche wie z.B. Partizipation am politischen Leben. Aber dieses kann nur Schritt für Schritt erfolgen. Das heißt, das Wichtigste für die afghanischen Frauen ist nicht die Quote der Frauen im Parlament. Es sei angemerkt, dass diese höher ist als in vielen europäischen Gesellschaften: Sie liegt nämlich bei 25%. Das Wichtigste sind Bildung und Gesundheitsvorsorge. Man muss sehen, dass im Friedensprozess in den letzten vier Jahren viele Frauen große Chancen bekommen haben. Es hat sich etwas entwickelt, wenn auch langsam, es gibt viel mehr Schulen, viele Mädchen gehen wieder zur Schule, es gibt mehr Kliniken. Aber natürlich haben wir noch nicht mal 50% der Bevölkerung erreicht.

Es ist ein langer, langer Weg, bis man in einer Gesellschaft, die nicht nur wenig entwickelt war, sondern auch noch 20 Jahre Konflikte hinter sich hat, alle Menschen und vor allem auch Frauen erreichen wird, denn die Frauen haben unter dieser Situation besonders gelitten.



Dr. Almut Wieland-Karimi, FES: Auch bei den Frauen im Afghanistan gibt es nicht die eine Sichtweise, aber es gibt sicherlich den Wunsch, dass die Frauen in dem Kontext, wie sie ihn kennen, leben möchten.

### Ingrid Matthäus-Maier

(Mitglied des Vorstandes der KfW Bankengruppe, Vorsitzende des Kuratoriums der FES):

#### „Mikrofinanzierung – wirkungsvolle Hilfe auch für Frauen“

Mikrofinanzierung ist nicht etwas spezifisches für Frauen, aber ich glaube, dass Frauen spezifisch davon profitieren. Die KfW ist mittlerweile praktisch die Nr. 1 in dieser Finanzierungsart mit über einer halben Milliarde Euro auf der Welt, zum Teil aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, zum Teil aber investieren wir auch unser eigenes Geld. Wir finanzieren in Südamerika, im Kaukasus, auf dem Balkan, in Asien und in Afrika. Begonnen hat das in Ländern wie Indien. 50 Euro oder 100 Euro umgerechnet bekommen die Frauen jeweils als Kredit.

Eine Frau möchte zum Beispiel einen Marktstand eröffnen. Sie braucht dafür 800 Euro oder 1200 Euro, da sagen wir, ach du lieber Gott, das kriegt man doch von Bekannten oder Verwandten – das gibt es da aber nicht. Die Banken sind darauf nicht eingestellt. In diesen Ländern war es so: Wenn ein großer Betrieb Kredit brauchte, dann kriegte der das vom Staat, ob das sinnvoll war oder nicht. Mit minimalen Beträgen, die aus den Geldern aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit kommen, haben wir angefangen, solche Minibanken aufzubauen.

Oder, wenn irgendwo Nichtregierungsorganisationen (NGOs) vorhanden waren, die das schon machten, haben wir die unterstützt. Übrigens, die Laufzeiten für einen Kredit sind da ein halbes Jahr. Und die Frauen



Ingrid Matthäus-Maier, KfW Bankengruppe: In vielen Fällen z.B. in Südafrika bauen Frauen sich etwas auf, die Kinder können in die Schule gehen, die Gesundheitsvorsorge nimmt zu.

zahlen nach einem halben Jahr alles zurück, und die Zinsen sind auch nicht schlecht. Wir haben fast keine Ausfälle. Nach einem halben Jahr sagte die Frau mit dem Marktstand, ich möchte noch einen Stand dazu kaufen mit Obst und Gemüse oder so was. Im Kaukasus habe ich mir vergleichbare Projekte angeschaut. Da sind die Frauen besonders aktiv. Eine Frau kaufte für ihre Firma in einer alte Halle die erste Nähmaschine, dann kaufte sie, nachdem sie das Geld zurückgezahlt hatte, drei Nähmaschinen. Als ich dort war, standen da inzwischen 30 Nähmaschinen, also ein großer Erfolg.

Meine Erfahrung ist: Gebt das Geld nicht den Männern! In vielen Ländern versaufen sie es, oder die Familien sind kaputt, da fühlen sich die Männer überhaupt nicht verantwortlich. In vielen Fällen z.B. in Südafrika bauen Frauen sich etwas auf, die Kinder können in die Schule gehen, die Gesundheitsvorsorge nimmt

zu. Die Ausfälle für die kleinen Banken, die wir da gegründet haben und die wir mit technischer Hilfe unterstützen, sind minimal. Wir haben eine Rückzahlungsquote von 99%. Herrgott wie wäre ich glücklich, wenn wir in Deutschland eine 99-prozentige Rückzahlungsquote hätten! Also wir können in diesen Ländern etwas tun, um den Frauen mit geringem Einsatz wirkungsvoll zu helfen. Übrigens, es gab noch einen Nebeneffekt auf dem Balkan: Durch die Transformation haben auch viele Frauen ihre Jobs verloren. Und in diesen kleinen Banken haben wir jetzt über die Hälfte weibliches Personal.

# WISSENSCHAFTLICHE ARBEIT


## Frauen- und Genderpolitik

Für viele Organisationen ist die Strategie des Gender Mainstreaming immer noch ein unbekanntes Feld, dem sie sich vorsichtig, skeptisch oder kritisch nähern. Nicht zuletzt wegen der vielen Missverständnisse oder bewussten Verkehrungen des Konzeptes – will es doch weder die Frauenpolitik überflüssig machen, noch ist es eine Form des *managing diversity* – ist der Informations- und Beratungsbedarf gestiegen. Bundes- und Landesministerien, Kommunen und Verbände, Gewerkschaften und Kirchen, alle öffentlichen Institutionen sind in die Pflicht genommen, ihre eigene Arbeit nach dem Ziel der Gleichstellung der Geschlechter aus-

zurichten. Die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt sie dabei mit Expertisen und Beratung vor Ort.

Bisher liegen sechs Expertisen aus der Frauenforschung zum Thema Gender Mainstreaming vor, zum Teil in Englisch, Slowakisch, Rumänisch, Koreanisch und Spanisch.

Als letzte erschien in diesem Jahr von Dr. Barbara Stiegler: „*Antidiskriminierung, Erschöpfung in der Geschlechterpolitik?*“, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik, Bonn. In dieser Expertise geht es um den Stellenwert einer Antidiskriminierungspolitik im Rahmen der Geschlechterpolitik. Der horizontale



Bundes- und Landesministerien, Kommunen und Verbände, Gewerkschaften und Kirchen, alle öffentlichen Institutionen sind in die Pflicht genommen, ihre eigene Arbeit nach dem Ziel der Gleichstellung der Geschlechter auszurichten. Die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt sie dabei mit Expertisen und Beratung vor Ort.



Ansatz der europäischen Antidiskriminierungspolitik wird unter der Frage diskutiert, ob die Gleichsetzung von Geschlecht mit anderen Diskriminierungsmerkmalen zu einer Verwässerung der Geschlechterpolitik führt.

**Am Beispiel der Lohndiskriminierung wird gezeigt, dass ein Antidiskriminierungsgesetz bei weitem nicht ausreicht und wie viele und welche geschlechterpolitischen Strategien notwendig sind, um die Lohndiskriminierung zu beseitigen.**

Darüber hinaus unterstützte die Genderexpertin der FES Organisationen in ihrem Bemühen, Gender Mainstreaming einzuführen, durch vielfältige Aktivitäten: Direkte Beratungen, Workshops, Seminare, Vorträge und Informationsveranstaltungen. International war sie zum Beispiel in der Tschechischen Republik, Südkorea, Österreich, Schweiz, Indien und Spanien tätig und lieferte Beiträge zu Themen wie

- Gender und demographische Entwicklung,
- Familie und Gender,
- Equal pay,
- Gender und Sozialstaat.

Die Netzwerkarbeit in drei verschiedenen Netzwerken wird fortgesetzt. Der Sinn von Netzwerken ist der Erfahrungsaustausch, die gegenseitige Information, die kritische Diskussion und ab und zu auch eine öffentliche Stellungnahme.



**Veröffentlichungen  
von Barbara Stiegler**  
(Auswahl)

- *Gender in Relations. Ideas for Gender Mainstreaming Processes*, hg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, September 2005
- *Genderpolitik ist innovativ! Von der Frauenförderung zu Gender Mainstreaming*. In: Bsirske, Frank; Endl, Hans-L.; Brandl, Karl Heinz; Schröder, Lothar (Hrsg.), *Menschen machen Innovationen* Hamburg 2005 S. 34–44
- *Geschlechterfrage – Die Herausforderung der Zukunft*. Bericht über einen Kurzzeitexpertinnen-Einsatz in Seoul. *Zweiwochendienst Frauen und Politik*, 223, 11.10.2005, S. VI–VII
- *Antidiskriminierung. Erschöpfung in der Geschlechterpolitik?* Hg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik, September 2005
- „*Gender Mainstreaming – den Ausdruck kenne ich nicht*“. In: Borchard, Christiane; Doetsch, Brigitte; Neumann, Karl: „*Der Zeit einen Schritt voraus: gender konsequent*“. *Qualitätssteigerung der Hochschulentwicklung durch Gender Mainstreaming*. Münster 2005, S. 24–47
- *Chancen und Risiken von Gender Mainstreaming*. In: Lüdke, Dorothea; Runge, Anita; Koreuber, Mechthild (Hrsg.), „*Kompetent und/oder Zuständigkeit. Zum Verhältnis von Geschlechtertheorie und Gleichstellungspraxis*“. Wiesbaden 2005, S. 163–181

## Historische Forschungsprojekte: Sozialdemokratische Parlamentarierinnen 1957–1969

Im Anschluss an das Forschungsprojekt über die politische Arbeit der SPD-Parlamentarierinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag 1948/49–1957 werden im laufenden Forschungsprojekt 12 weitere Portraits von den neu hinzugekommenen Frauen der 3. bis 5. Wahlperiode (1957–1969) des Deutschen Bundestags erstellt. Ausgehend von einer Beschreibung der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik Deutschland während dieses Zeitraums, wird anhand konkreter Biografien ein Stück Zeitgeschichte der 50er und 60er Jahre dargestellt.

Die portraitierten Frauen sind: Elfriede Eilers, Dr. Ilse Elsner, Brigitte Freuyh, Ingeborg Kleinert, Edith Krappe, Dr. Ursula Krips, Dorothea Lösche, Hedwig Meermann, Hilde-

gard Schimschock, Elfriede Seppi, Helene Wessel und Else Zimmermann. Daneben werden auch Kontinuitäten und Brüche verschiedener frauenpolitisch brisanter Politikbereiche, wie zum Beispiel die Umsetzung des im Grundgesetz verankerten Gleichberechtigungsparagrafen, die Auseinandersetzung um die Atompolitik in der Bundesrepublik Deutschland und die Überarbeitung des Ehe- und Familienrechts verfolgt.

Die Hauptfragestellungen beziehen sich auf die parlamentarische Arbeit der Frauen, ob und wie sie für „Fraueneinfluss“ in Politik, Verwaltung und Wirtschaft sorgen konnten, welche Rolle frauenpolitische Aspekte spielten und welche Barrieren Frauen zu überwinden hatten bzw. wo und durch wen sie Unterstützung und Solidarität fanden. Für

die Parlamentarierinnen dieser „zweiten Runde“ ist die Beteiligung an der „großen Politik“ schon selbstverständlicher. Einige haben bereits Hochschulabschlüsse und ihr Weg war weniger steinig als der der ersten Generation. Die Zeit des Nationalsozialismus haben sie meist als junge Frauen erlebt.

**Sie wollten mit den Genossinnen dafür arbeiten, dass die neu geschaffene Bundesrepublik Deutschland ein Land bleibt, in dem Unrecht, Ungerechtigkeit, Faschismus und Krieg ein für alle Mal der Boden entzogen werde.**

Es werden sowohl Interviews mit dem Schwerpunkt auf Leben und Arbeit in den 1950er und 1960er Jahren mit noch lebenden ehemaligen

**Ausgehend von einer Beschreibung der politischen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik Deutschland von 1957–1969 wird anhand konkreter Biografien ein Stück Zeitgeschichte der 50er und 60er Jahre dargestellt. Hier einige der portraitierten Frauen:**



Edith Krappe



Brigitte Freuyh



Ingeborg Kleinert



Elfriede Eilers



Dr. Ilse Elsner

Abgeordneten, Familienangehörigen und anderen ZeitzeugInnen geführt, als auch vorhandenes Archivmaterial aus verschiedenen Archiven sowie biographische und Sekundärliteratur ausgewertet. Das Buch zum Projekt wird im Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger in Bonn erscheinen.

### Krieg und sexualisierte Gewalt – eine Fachtagung

Am 2. Juni 2005 fand in Zusammenarbeit mit medica mondiale e.V. eine Fachtagung des Gesprächskreises Geschichte zu „60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Sexualisierte Gewalt als Kriegserfahrung von Frauen damals und heute“ in Bonn statt. Das Thema ist auch 60 Jahre nach Kriegsende immer noch ein Tabu. Auf allen Seiten der Fronten waren sehr viele Frauen – zusätzlich zu anderen traumatischen Kriegserfahrungen – Vergewaltigungen und anderen Formen sexualisierter Gewalt ausgesetzt. Aus Scham und wegen des gesellschaftlichen Drucks haben betroffene Frauen jahrzehntelang geschwiegen – genauso wie Frauen in heutigen Kriegsgebieten oft schweigen.

Beeindruckend waren die Beiträge von Regina Mühlhäuser vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Monika Hauser, Gründerin und Geschäftsführerin vom medica mondiale und Gynäkologin, Marijana Senjak, Geschäftsführerin von medica Zenica in Bosnien und Psychologin, Helke Sander, Autorin und Filmemacherin sowie Martina Böhmer, die



### Publikationen von Gisela Notz (Auswahl)

- *Arbeit – Mehr als eine Beschäftigung, die Geld einbringt*, Berlin ver.di, Perspektive der andere Blick 3, 2005
- *Zur politischen Teilhabe von Frauen in der Bundesrepublik Deutschland*. In: Johanna Ludwig (Hrsg.): *George Sande und Louise Otto-Peters. Wegbereiterinnen der Frauenemanzipation*, Leipzig 2005, S. 207–230
- *Pauline Staegemann, (1838–1909) – Wegbereiterin der sozialistischen Frauenbewegung*. In: *JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 2005/III, S. 134–145
- *„Ich habe Spuren hinterlassen, die andere weiter beschreiten werden“*. Zum 70. Geburtstag von Eva Rühmkorf. In: *profamilia magazin*
- *Grundeinkommen gegen Ungleichheit und Armut? Anmerkungen aus feministischer Sicht*. In: *Widerspruch*, H. 49/2005, S. 115–126

sich mit dem Thema als Altenpflegerin auseinandersetzt.

### Vorträge

Im Rahmen der sozial- und zeitgeschichtlichen Frauen- und Geschlechterforschung wurden auch im Jahr 2005 zahlreiche Vorträge gehalten. So zum Beispiel der Hauptvortrag

anlässlich der ersten großen Frauenkonferenz der Internationalen Metallarbeitergewerkschaft (IMB) am 21. Mai 2005 in Wien: „Die Auswirkung der Globalisierung auf Frauen.“



### Anteil von Frauen:

#### Auswahlausschuss:

42 Mitglieder, davon 16 Frauen  
= 38,1% (2004: 35,6%)

#### Vertrauensdozenten:

370, davon 38 Frauen = 10,3%  
(2004: 10,1%)

#### Beirat:

23, davon 5 Frauen = 21,7%  
(2004: 12,0%)  
(ehem. Stipendiatinnen und  
Stipendiaten)

An den Hochschulorten sind  
von 117 Vertretern der  
Stipendiatinnen und Stipendiaten  
53 Frauen = 45,3%  
(2004: 50,5%)

## Studienförderung Repräsentation von Frauen

Begabtenförderung gehörte von Anfang an zu den Schwerpunkten der Stiftungsarbeit. Friedrich Ebert selbst war vom einfachen Handwerker in das höchste Staatsamt aufgestiegen. Seine Herkunft und sein Werdegang inspirieren auch heute die Arbeit der Abteilung Studienförderung: jungen, überdurchschnittlich begabten und gesellschaftspolitisch engagierten Menschen durch Stipendien den Zugang zu Studium und Forschung zu ermöglichen. Rund 1.700 Studierende und Promovierende werden jährlich von der Friedrich-Ebert-Stiftung gefördert.



### Veranstaltungsprogramm 2005

Von 67 Seminaren wurden 29 Seminare von Frauen geleitet bzw. mitgeleitet.

### AK Gender – Ein Arbeitskreis zu Geschlechterfragen

Der AK Gender bietet:

- Jährliches Seminar zur Gender-Thematik,
- Foren, Publikationen und lokale Treffen,
- Netzwerk.

### Förderung im Rahmen des Hochschulsonderprogrammes III (BMBF-Programm):

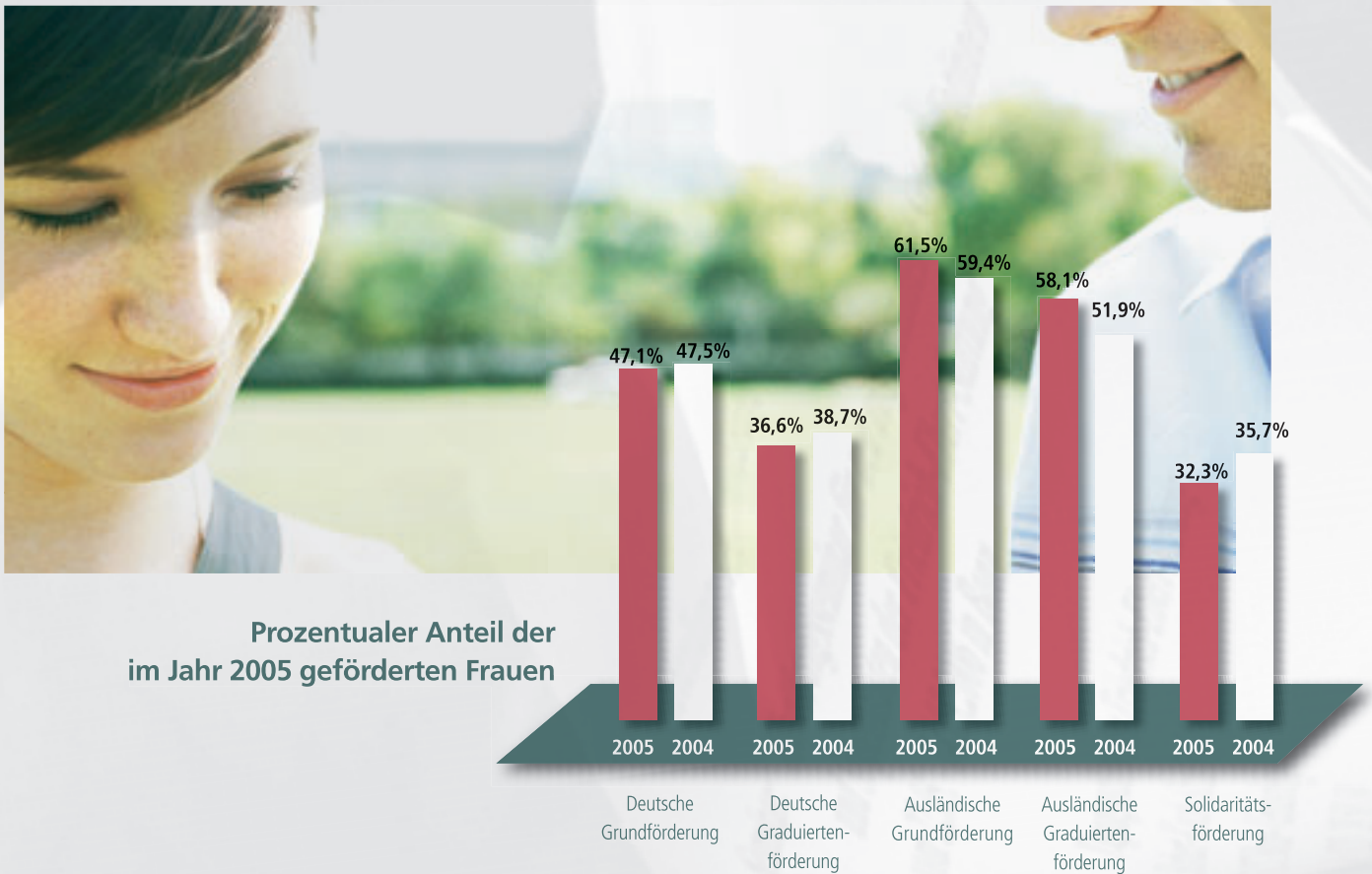
Die Förderung von Frauen als wissenschaftlicher Nachwuchs soll durch das Hochschulsonderprogramm (HSP) gestärkt werden.

Als Förderelemente sind die Kinderbetreuungszuschläge eingeführt worden sowie die Möglichkeit, bei der Geburt eines Kindes die Förderung auf Antrag um ein Jahr zu verlängern. Ferner besteht die Möglichkeit, bei Vorliegen besonderer familiärer Gründe ein Teilzeitstipendium in halber Höhe zu beantragen.

Im vergangenen Jahr nutzten 14 Frauen die Möglichkeit des Kinderbetreuungszuschlags.

Von der Möglichkeit, die Förderung um ein Jahr zu verlängern, machten im Jahre 2005 fünf Frauen Gebrauch.





Prozentualer Anteil der im Jahr 2005 geförderten Frauen

### Förderung frauenspezifischer bzw. Gender-Themen im Rahmen der Graduiertenförderung Auswahl:

- Heredia, Matilde. Soziologie, Sozialwissenschaften, Universität Hamburg:  
*Subjektkonstituierung von Frauen, die während der argentinischen Militärdiktatur (1976-1983) in Gefangenschaft gelebt haben*
- Kramer, Nicole. Geschichte, Universität München:  
*Frauen an der „Heimatfront“. Die NS-Kriegsgesellschaft in geschlechtergeschichtlicher Perspektive*
- Romanova, Natalia. Medienwissenschaften, Universität Bonn:  
*Das Frauenbild in den Medien der 80er Jahre. Einfluss der sowjetischen Berichterstattung auf die Frauenpolitik der DDR*
- Shanneik, Yafa. Englische Literatur- und Kulturwissenschaften, Universität Würzburg:  
*Transkulturalität, Transformationsprozesse und Genderforschung. Das Bild der arabisch-muslimischen Frau in der deutsch- und englischsprachigen „interkulturellen Literatur“*
- Markard, Nora, Rechtswissenschaften, Humboldt-Universität Berlin:  
*Herausforderungen an die Flüchtlingskonvention: Neue Kriege und geschlechtsspezifische Verfolgung*

# POLITISCHE BILDUNG



Carin Norberg und der schwedische Botschafter Carl Tham sprachen im Bonner Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung über die Sicherung der Sozialen Demokratie in Schweden.

## Bonner Dialog

### Die Sicherung der Sozialen Demokratie in Schweden in Zeiten der Globalisierung

Grundlagen und Erfolgsbedingungen des schwedischen Sozialstaates, die Folgen der Globalisierung in Schweden und die internationale Dimension des schwedischen Modells – auch was die Politik der Gleichstellung von Mann und Frau in Schweden dazu beiträgt – standen im Mittelpunkt eines Vortrags des schwedischen Botschafters in Deutschland, Carl Tham und seiner Ehefrau Carin Norberg im Rahmen des Bonner Dialogs der Friedrich-Ebert-Stiftung.

In ihren Vorträgen gingen beide insbesondere auf Unterschiede zwischen dem schwedischen und dem deutschen Sozialstaats-Modell ein. Dabei handele es sich nicht nur um Unterschiede technischer Natur, sondern um tief greifende Unterschiede,

die in der Geschichte und in den Wertvorstellungen der beiden Länder verankert sind. Ein sehr wichtiger Teil der schwedischen Wohlfahrtspolitik sei es, eine Gesellschaftsordnung zu schaffen, die die Gleichstellung der Geschlechter fördere und es Männern wie Frauen ermögliche, Berufstätigkeit mit Familie und Kindern zu vereinbaren:

„Die Besteuerung ist individuell, die Ehe bringt keine steuerlichen Vorteile, die öffentliche Förderung ist auf die Kinder ausgerichtet, durch stark subventionierte Kindertagesstätten, die den gesamten Bedarf abdecken und durch Kindergeld und andere Leistungen. Die Erwerbsquote der Frauen ist ebenso hoch wie die der Männer, etwa 77%.“

Die Verschlechterung der sozialen Verhältnisse in vielen europäischen Ländern ist nach Ansicht des schwedischen Paares keine Folge der Globalisierung, sondern einer nationalen Politik. Hohe Steuern, Umverteilung, soziales Schutznetz, hohe Qualität in Gesundheitswesen und Ausbildung, Gleichheit zwischen Mann und Frau hätten keine negativen Auswirkungen auf Wachstum und hohe Produktivität. Eher wäre das Gegenteil der Fall: Die Fähigkeit des schwedischen Modells, ökonomische Offenheit mit einem Wohlfahrtssystem zu verbinden, habe dem Land strategische Vorteile verschafft.



## Forum Frauen- und Genderpolitik in Berlin

### Ausgewählte Veranstaltungsberichte

#### Zehn Jahre nach Peking

Aus Anlass des zehnten Jahrestages der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 schlossen sich im Jahre 2005 der Deutsche Frauenrat, die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Heinrich-Böll-Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Rosa-Luxemburg-Stiftung, WOMNET/NRO-Frauenforum und die Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen zu einem Aktionsbündnis Peking+10 zusammen. Ziel war es, eine breite Öffentlichkeit für die Bedeutung der Weltfrauenkonferenz zu sensibilisieren, sie über aktuelle frauen- und genderpolitische Themen zu informieren und Bilanz zu ziehen: Wie ist der Stand der Umsetzung der Pekinger Aktionsplattform?

Die Bündnispartnerinnen gaben ein Aktionshandbuch heraus, das vor allem zivilgesellschaftlichen Organisationen neue Impulse geben soll. Neben ausführlichen Informationen zu den verschiedenen Schwerpunkten der Pekinger Aktionsplattform, sind zum Beispiel methodische Anregungen für Veranstaltungen, Aktionen, Vorschläge für mögliche Öffentlichkeitsarbeit enthalten. Organisiert wurden gemeinsame Konferenzen zwischen den Bündnispartnerinnen: „Peking+10 Check“.



Seit vor 10 Jahren die „Pekinger Aktionsplattform“ verabschiedet wurde, die Zielvorgaben und Handlungsleitlinien zur Erreichung der Geschlechtergerechtigkeit enthält, haben viele Länder durch Gesetzesänderungen die Situation von Frauen verbessert. Frauenrechtlerinnen aus Asien und Deutschland haben die Veränderungen seit Peking genauer unter die Lupe genommen.

Die veränderte Gesetzgebung führt in vielen Ländern zu einer hohen Quote von Frauen in den Parlamenten. In Ruanda sitzen mehr Frauen im Parlament als in den skandinavischen Ländern und die Regierung wird dort paritätisch besetzt. Auch werden Ehrenmorde und Vergewaltigung in der Ehe in vielen Ländern bereits strafrechtlich verfolgt. Neun afrikanische Länder haben bereits Gesetze gegen Genitalverstümmelung verabschiedet.

Die Armutsbilanz hingegen ist Besorgnis erregend. In den meisten Ländern sind Frauen heute ärmer als





Heide Simonis, ehemalige Ministerpräsidentin Schleswig-Holsteins und Vorsitzende von UNICEF-Deutschland, wies auf soziale Ungerechtigkeit in Deutschland hin. Kinder aus armen Familien werden ausgegrenzt, schlecht ernährt und sind häufiger Schulabbrecher.

1995. Laut Berichten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind noch immer 60% der „working poor“ weiblich, da Frauen zum großen Teil niedrig entlohnten Beschäftigungen nachgehen und häufig in Teilzeit beschäftigt sind. Auch werden – so die Referentinnen – die Arbeitsbedingungen auf Grund des erhöhten Wettbewerbsdrucks auf den globalisierten Märkten immer prekärer und die Feminisierung der Beschäftigung habe keinen Einfluss auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, so dass Frauen vermehrt einer Doppelbelastung ausgesetzt seien.

Trotz der Erfolge ist das größte Problem der Peking-Plattform, dass 80% aller Ziele die Regierungsebene betreffen und die Wirtschaft sich der Verantwortung entziehen kann. Die Debatte um das Gleichstellungsgesetz für die deutsche Privatwirtschaft bewies die große Bereitschaft der Regierung, den Interessen der Arbeitgeber nachzugeben. Denn das Ergebnis ist lediglich eine unverbindliche Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Spitzenverbänden.

## Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut

**Die Ergebnisse verschiedener Studien zur wirtschaftlichen Situation von Familien in Deutschland sind alarmierend: Jedes 10. Kind in Deutschland lebt in relativer Armut, in Sachsen-Anhalt gar jedes vierte. Überdurchschnittlich stark betroffen sind Kinder von Alleinerziehenden und aus Familien mit Migrationshintergrund.**

Bei einem Fachdialog zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut stellten WissenschaftlerInnen, VertreterInnen aus Bundes- und Landesministerien sowie PolitikerInnen Handlungsansätze zur Armutsprävention und -bekämpfung in Familien und bei Kindern vor.

Familien- und Kinderarmut in Deutschland ist nicht eine Frage des Überlebens, sondern eine der Gerechtigkeit. Heide Simonis, ehemalige Ministerpräsidentin Schleswig-Holsteins und Vorsitzende von UNICEF Deutschland, wies in ihrer Eröffnungsrede auf die soziale Ungerechtigkeit in Deutschland hin. Kinder

aus armen Familien werden ausgegrenzt, schlecht ernährt und sind häufiger Schulabbrecher. Nach den Untersuchungen von Dr. Michael Fertig vom RWI Essen, der die Teilstudie Deutschland der internationalen UNICEF-Vergleichsstudie erarbeitet hat, liegen im Vergleich der OECD-Länder die deutschen Kinderarmutsraten im Mittelfeld. Er betonte die Bedeutung von staatlichen Transferleistungen, ohne die die Kinderarmut in allen Ländern deutlich höher wäre. Gleichzeitig sei aber eine pauschale Zuwendung an alle Familien keine Lösung, sondern die Mittel müssten auf diejenigen konzentriert werden, die sie wirklich brauchen!

Im Laufe der Tagung wurde deutlich, dass den Kommunen bei der Bekämpfung und Prävention von Kinderarmut die Hauptrolle zufällt. Professor Uta Meier-Gräwe, u.a. Mitglied der Sachverständigenkommission zur Erstellung des 7. Familienberichts der Bundesregierung, kritisierte, dass Eigeninitiative von Familien tendenziell zu einem „Rückzug“ professioneller Hilfesysteme führt und somit das Konzept vom aktivierenden Sozialstaat konterkariert.

## Elternversicherung, Elterngeld, Elternzeit – Erfahrungen aus Skandinavien

Neben dem notwendigen Ausbau der Kinderbetreuung, der familienfreundlichen Unternehmenspolitik und der frühkindlichen Förderung ist ein weiteres wichtiges Element der Familienpolitik die finanzielle Unterstützung. Finanzielle Transferleistungen an Eltern können dazu beitragen, die Entscheidung für Kinder zu erleichtern und den Verdienstausschlag abzufedern.

Trotz vieler familienpolitischer Fortschritte in Deutschland schauen wir auch bei diesem Thema neidisch nach Skandinavien. Denn dort existiert praktisch flächendeckend eine Lohnersatzleistung, auch Elternversicherung oder Elterngeld genannt. Schweden und Dänemark haben hier besonders interessante Modelle und Erfahrungen, vor allem auch, was die Einbindung von Vätern in die frühkindliche Fürsorge betrifft.

Diese Modelle wurden unter familien-, gleichstellungs- sowie bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten diskutiert. Hierzu wurden zwei renommierte Expertinnen eingeladen: Aus Schweden Anna Hedborg, Sozialministerin a.D., Generaldirektorin im Gesundheitsministerium und Vorsitzende des Schwedischen Sozialversicherungskomitees sowie Dr. Tine Rostgaard, Mitglied des Nationalen Dänischen Instituts für Sozialforschung.

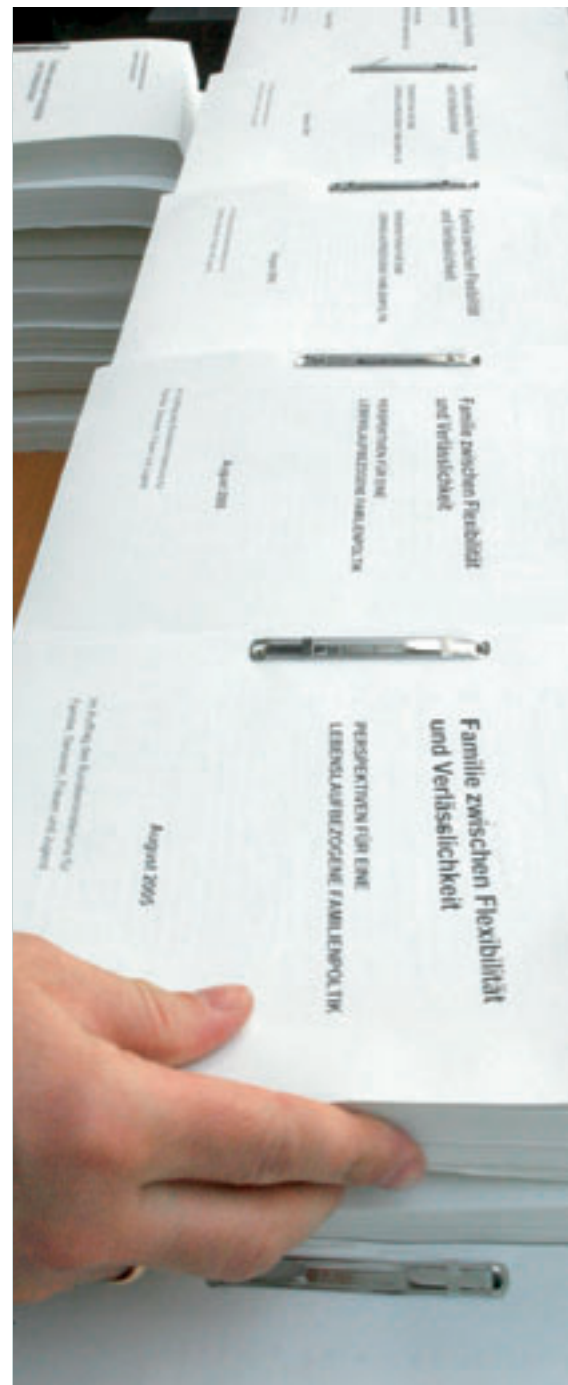
Das Schwedische Modell, ausdrücklich auf Individualförderung und nicht auf Familien ausgerichtet, funktioniert ähnlich einer Grundversicherung. Seit 1974 bereits gibt es den bezahlten Elternurlaub. 80% des letzten Bruttoeinkommens werden gezahlt. Ursprünglich auf 180 Tage begrenzt, kann die Elternversi-

cherung nunmehr 480 Tage lang in Anspruch genommen werden. Wichtig dabei: 60 Tage davon müssen auf alle Fälle vom Vater genommen werden, 360 Tage sind flexibel von beiden Elternteilen nutzbar. Ca. 19% aller Väter nehmen diese Möglichkeit in Anspruch. Zusätzlich gibt es Leistungen für kurzfristigen Elternurlaub bei erkrankten Kindern; dieser wird zu 36% von Männern genutzt.

In Dänemark – einem Land mit einer der international höchsten Frauenerwerbsquote (62%) und im EU-Vergleich hohen Geburtenraten (1,8) – zahlen Gemeinden ein ergänzendes Betreuungsurlaubsgeld, sofern kein Betreuungsplatz zur Verfügung steht. Neben dem Mutterschutz (4 Wochen vor, 14 Wochen nach der Geburt) gibt es eine zweiwöchige Vaterschaftszeit sowie darüber hinaus eine Elternzeit von 32 Wochen mit einem Elterngeld von bis zu 395 € wöchentlich. Diese Elternzeitoptionen werden von 70% aller Väter für durchschnittlich 3,2 Wochen genutzt.

### „Suchen Sie sich eine Frau als Partnerin und stellen Sie einen Mann ein“ ...

... empfahl Gisela Erler, Unternehmensberaterin von pme Familienservice, den Gästen der Podiumsdiskussion, zu der das Forum Politik und Gesellschaft in Kooperation mit dem Bundesverband der Frau im freien Management (B.F.B.M.) und dem European Women's Management Development International Network (EWMD) eingeladen hatte. Denn Selbständigkeit sei gerade auch für Frauen ein attraktives Lebensmodell, um Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen. Um jedoch ein



Professor Uta Meier-Gräwe, unter anderem Mitglied der Sachverständigenkommission zur Erstellung des 7. Familienberichts der Bundesregierung, kritisierte, dass Eigeninitiative von Familien tendenziell zu einem „Rückzug“ professioneller Hilfesysteme führt und somit das Konzept vom aktivierenden Sozialstaat konterkariert.





Die geringe Beteiligung von Frauen in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen hat Auswirkungen auf die Forschungs- und Entwicklungsprozesse sowie auf die Arbeitskultur dieser Berufe.

erfolgreiches Unternehmen mit Familienleben vereinbaren zu können, sei es enorm wichtig, PartnerInnen und MitarbeiterInnen zu haben, auf die man sich verlassen kann. Dies sei gerade für eine Kinderpause enorm wichtig.

Auch Berit-Sandra Kübler, selbstständige Unternehmerin seit etwa fünf Jahren und Mutter von zwei Kindern, hat durch private Coachings den Mut entwickelt, sich selbständig zu machen. Zu einer guten Unternehmensplanung gehörten eine genaue Finanzkalkulation, Absprachen mit dem Partner bezüglich Aufgabenverteilung im Beruf und im Privatleben, das Einbinden von MitarbeiterInnen oder KooperationspartnerInnen, und gegebenenfalls die Suche nach Tagesmüttern und Betreuungsplätzen.

Mit einem gut durchdachten Businessplan könnten die Motivationen, die zu einer Unternehmens-

gründung führen, auch gelebt werden: Entscheidungsfreiheit über Zeit, Arbeitsumfang und Ausgestaltung der Arbeit. Trotz der Vorzüge, die die Selbständigkeit mit sich bringen kann, ist der Anteil selbständiger Frauen an den Erwerbstätigen mit 6% noch immer sehr niedrig. Nur 28% der Unternehmen werden von Frauen gegründet.

### Netzwerke – da steht Frau drauf, da ist Frau drin

Das Forum Politik und Gesellschaft nahm zusammen mit dem Deutschen Frauenrat Netzwerkstrukturen unter die Lupe. Denn gerade in den letzten Jahren haben Netzwerke im Vergleich zu klassischen Verbandsorganisationen an Bedeutung gewonnen. In Frauennetzwerken kann eine lebendige BürgerInnenbeteiligung realisiert werden. Viele Frauen lehnen heute

den Alleingang ab. Für die berufliche Entwicklung suchen sie statt dessen die Solidarität Gleichgesinnter und setzen vor allem auf das, was für den Aufstieg ebenso wichtig ist wie die Leistung: Kontakte, die dem Zufall auf die Sprünge helfen können. Die Netzwerke bieten Vorträge, Seminare, Kongresse und nützliche Verbindungen. Viele dieser Netzwerke agieren auf europäischer oder gar internationaler Ebene. Die Devise „Global denken – lokal handeln“ ist heute für Netzwerke der Frauenbewegungen so aktuell wie nie zuvor.

### Frauen in Naturwissenschaften und Technik: Das Interesse von Mädchen wecken!

Das Berufs- und Studienwahlverhalten von Mädchen und Frauen ist nicht optimal. Obwohl junge Frauen in Deutschland im Durchschnitt bessere Schulabschlüsse vorweisen und im Vergleich zu ihren männlichen Altersgenossen über bessere kommunikative Fähigkeiten verfügen, entscheiden sie sich noch immer häufig für Berufe mit schlechteren Zukunftsaussichten und Verdienstmöglichkeiten. In den technischen und naturwissenschaftlich-mathematischen Berufen sind sie sehr stark unterrepräsentiert, obwohl es gerade in den zukunftsorientierten Berufsfeldern unserer Informationsgesellschaft an gut ausgebildetem Fachpersonal mangelt.

Durch Initiativen wie Girls' Day, Initiative D21, soll das Interesse für technisch-naturwissenschaftliche Berufe bei Mädchen und jungen Frauen geweckt werden. Denn die geringe Beteiligung von Frauen in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen hat Auswirkungen

auf die Forschungs- und Entwicklungsprozesse sowie auf die Arbeitskultur dieser Berufe. Eine höhere Beteiligung von Frauen bringe eine ergänzende Sichtweise ein und führe so zu besseren wirtschaftlichen Erfolgen, betonte Anastasia Reiners-Logothetidou, Geschäftsführerin des Fachbereichs Physik der Universität Duisburg-Essen.

### Prostitution und Frauenhandel in Europa

Das Prostitutionsgesetz – „Ende der Diskriminierung“ oder „löchrig wie ein Sieb“? Die Bewertung des im Januar 2002 verabschiedeten Gesetzes zur Verbesserung der rechtlichen und sozialen Situation der Prostituierten, das die Sittenwidrigkeit aufhebt und eine soziale Absicherung ermöglicht, könnte kontroverser kaum sein. Trägt das Gesetz tatsächlich dazu bei, den Beruf der Sexarbeiterin aus der Illegalität zu holen oder öffnet die Legalisierung dem internationalen Frauenhandel Tür und Tor?

Die Boulevardpresse hat vor dem Hintergrund verschiedener Affären in der letzten Zeit viel zu Prostitution und Frauenhandel geschrieben. Die zumeist reißerische Berichterstattung im Zusammenhang mit der Visa-Affäre, der Friedman-Äffäre oder den so genannten „Lustreisen“ bei VW bedient dabei nicht nur alte Klischees, sondern trägt zunehmend dazu bei, dass Prostitution und Frauenhandel in einem Atemzug genannt werden. Dem Verständnis von

#### „Prostitution = Frauenhandel = Zwangsprostitution“

entgegenzutreten, war deshalb ein Ziel der gemeinsamen Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung und ver.di



Plakat einer Ausstellung von November 2005 in Hamburg, in der Exponate aus der Zeit von 1850 bis 2005 zu sehen waren.

„Prostitution und Frauenhandel in Europa“, die im Dezember 2005 in Berlin stattfand. In Workshops stellten Referentinnen aus sechs verschiedenen Ländern die Situation von Prostituierten und die Bemühungen im Kampf gegen den Frauenhandel vor. Einig waren sich alle, dass es zur Eindämmung des Frauenhandels eines koordinierten Vorgehens auf europäischer Ebene bedarf. Auch das Prostitutionsgesetz kann nur die Arbeitssituation von Prostituierten verbessern; auf die Bekämpfung des Frauenhandels hat es keinen Einfluss. Frauenhandel muss als eine internationale Form des organisierten Verbrechens angesehen und grenzüberschreitend bekämpft werden. Notwendig ist neben einer engeren Zusammenarbeit der Polizei und der Justizbehörden vor allem eine Verbesserung der Lage der aus der Zwangsprostitution befreiten Frauen. So forderten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz beispielsweise ein einheitliches vorüberge-

hendes Aufenthaltsrecht für ausländische Frauen und eine Verbesserung des Opferschutzes.

Frauenförderung und Gendermainstreaming sind bei allen politischen Entscheidungen zu berücksichtigen. Aber noch immer können wir nicht davon ausgehen, dass die Gleichberechtigung der Geschlechter verwirklicht ist. Im Seminar wurde gefragt, welchen Spielraum Frauen in der Politik tatsächlich haben. Warum sind sie immer noch unterrepräsentiert? Und was ist notwendig, um dies zu ändern? Zu Beginn des frauenpolitischen Seminars gab es einen historischen Einblick in die Entwicklung der Politik als Männerdomäne. Die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Margret Seemann wertete die Frauen- und Gleichstellungspolitik im Land und sprach von ihren persönlichen Erfahrungen als Frau in der Politik.

## Landes- und Regionalbüros

Ausgewählte Veranstaltungsberichte



### Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern

#### Interkulturelles Training Polen/Deutschland

Im Landkreis Ostvorpommern und in der polnischen Grenzregion um Świnoujście hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf vielen Gebieten schon begonnen. Das Deutsch-Polnische und das Polnisch-Deutsche Frauen-Forum wollen, dass Menschen dies- und jenseits der Grenze sich kennen lernen und dabei ihr Be-

wusstsein für das Alltagsleben der Nachbarn schärfen. So können Ängste und Vorurteile ab- und Toleranz sowie gegenseitiger Respekt im gleichberechtigten Umgang miteinander aufgebaut werden. Die TeilnehmerInnen des Seminars kamen aus Vereinen, Verbänden und Gruppen der deutsch-polnischen Grenzregion des Landkreises Ostvorpommern und der Stadt Świnoujście.

#### Wege aus der Gewalt: Gesellschaftliche Wurzeln für Gewalt gegen Frauen

Wo fängt Gewalt eigentlich an? Welche Formen von Gewalt gibt es? Wie reagiere ich auf Gewalt? Und warum erleben, erleiden und erdulden in unserer Gesellschaft überwiegend Frauen immer wieder Gewalt? Warum ist das so? Antworten auf diese Fragen wurden während eines Seminar-Wochenendes gesucht. Jedes zweite Gewaltdelikt gegen Frauen und Mädchen findet im häuslichen und familiären Umfeld statt. Die Opfer von häuslicher Gewalt sind zu 96% weiblich. Immer wieder sind Kinder direkt und indirekt betroffen. Die Gewaltbeziehung beherrscht zumeist die gesamte Familienstruktur. Es handelt sich nicht um Einzelfälle und auch nicht um besonders betroffene soziale Schichten: Allein im ersten Halbjahr 2004 waren in Mecklenburg-Vorpommern nachweislich 540 Frauen und 594 Kinder von häuslicher Gewalt betroffen.

**Allein im ersten Halbjahr 2004 waren in Mecklenburg-Vorpommern nachweislich 540 Frauen und 594 Kinder von häuslicher Gewalt betroffen.**





## Albtraum Arbeitsplatz: Strategien contra Mobbing

Mit der Herausgabe des „Mobbing-Reports“ der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit im Jahr 2002 ist das Thema Unternehmenskultur verstärkt in den Fokus des öffentlichen Interesses gerückt. Diese hat laut der genannten Studie entscheidenden Einfluss auf die Art des Umganges mit Konflikten am Arbeitsplatz und stellt somit die Weichen dafür, ob sich die Rahmenbedingungen für Mobbing in einem betrieblichen System bilden können oder nicht. Während in der freien Wirtschaft Folgekosten von Mobbing offen zu Buche schlagen, werden in Verwaltungen und Organisationen die Auswirkungen oft eher subtil spürbar. Gestörte Kommunikation und verlorenes Vertrauen „verpesten“ hier die Atmosphäre und behindern Verwaltungsabläufe. Ansehen und Ruf von EntscheidungsträgerInnen werden so nachhaltig beschädigt und nicht selten bleibt die Menschenwürde auf der Strecke.

Um Mobbingprozesse möglichst frühzeitig zu erkennen und diese aktiv und konstruktiv beeinflussen zu können, bedarf es einiger grundlegender Kenntnisse und Fähigkeiten, die ein Seminar in Zinnowitz vermittelte. Das waren die Fragen, mit denen sich die TeilnehmerInnen auseinandergesetzt haben:

- Was unterscheidet Mobbing von „normalen“ Konflikten?
- Was fördert, was verhindert Mobbing-Geschehnisse?
- Wie entstehen TäterInnen- und Opferrollen?
- Wie können Sie als LeiterIn/BeraterIn prophylaktisch tätig werden?
- Welche rechtlichen Fragen verdienen Beachtung?
- Frauen in der Politik – Fortschritt für die Gleichstellung?

## Landesbüro Sachsen-Anhalt

### Veranstaltungen im Überblick:

- Die Hartz-Gesetze: Auswirkungen auf arbeitslose Frauen in Sachsen-Anhalt (Podiumsdiskussion in Merseburg)
- „Hinsehen. Handeln. Helfen!“. Gewalt gegen Kinder in Sachsen-Anhalt – Hilfsmöglichkeiten und Rechtslage nach der Strafrechtsreform. (Fachtagung in Magdeburg)
- Ohne Familien ist keine Stadt zu machen! Halle an der Saale – eine familienfreundliche Großstadt? (Forum in Zusammenarbeit mit den Franckeschen Stiftungen und der Stadt Halle)
- Frauen gehört die halbe Welt!?: Geschlechtergerechtigkeit 10 Jahre nach der Weltfrauenkonferenz von Peking. (Forum in Halle)

### Die Hartz-Gesetze: Auswirkungen auf arbeitslose Frauen

Knapp zwei Monate nach In-Kraft-Treten von „Hartz III und IV“ versuchten Expertinnen aus Bund, Land

und Landkreis, Unsicherheiten bei Betroffenen abzubauen. Ministerialrätin Dr. Rose Langer vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit erläuterte die Chancen, die sich für Frauen ergeben können. Anschließend schilderten Expertinnen aus unterschiedlichen Bereichen ihre bisherigen Erfahrungen bei der Umsetzung der Arbeitsmarktrefor-men in Sachsen-Anhalt. Die Landtagsabgeordnete Eva von Angern kritisierte dabei beispielsweise die Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln und die gegenwärtige Praxis der so genannten Ein-Euro-Jobs.

In der lebhaften Diskussion betonten zahlreiche Teilnehmerinnen ihre Qualifikation und ihre hohe Motivation, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Angesichts früherer Fehler bei der Qualifizierung und insbesondere der derzeit zu geringen Zahl von Angeboten, sei eine Vermittlung in Ostdeutschland allerdings äußerst schwierig.

Podium und Plenum kamen daher zu dem ernüchternden Ergebnis: „Frauen sind immer noch schlechter gestellt als Männer.“



## Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg

### Globalisierung und Frauenrechte

„Mit der Globalisierung hat sich eine neue Welt von Arbeitsteilung ergeben. Ein deutliches Wachstum von weiblicher Lohnarbeit ist zu verzeich-

nen“. Mit dieser Feststellung leitete Elisabeth Michel-Alder, Geschäftsführerin der Züricher Unternehmensberatung EMA Human Potential Development, die Podiumsdiskussion des Fritz-Erler-Forums um das Thema „Globalisierung und Frauenrechte – Sind Frauen Gewinnerinnen oder Verliererinnen der Globalisierung?“ ein. Die Schweizerin sieht vor allem flexible Frauen als Gewinnerinnen der Globalisierung: „Man darf emotional, mental und geographisch nicht ‚beziehungsbehindert‘ sein und muss den Job als eine Art Campingplatz sehen. Man darf sich nicht zu stark daran binden“. Frauen, die über ausreichende Qualifikation und Kommunikationsfähigkeiten verfügen und „permanent lernbereit“ seien, hätten dabei hohe Erfolgchancen.

Prof. Dr. h.c. Christa Randzio-Plath stellte fest, dass „alle Regierungen der Welt unter Druck geraten“, wenn es um die Lage der Frauen gehe. Die Vorsitzende des Marie-Schleiervereins betonte die Bedeutung der Weltfrauenkonferenzen. „Man muss die Armut der Frauen in den finanzschwachen Ländern bekämpfen, um ihnen zu helfen. Es gibt zwar globale Erfolge, doch die sind sehr bescheiden“, erklärte Randzio-Plath. So sind Frauen „mehr bei Entscheidungsprozessen beteiligt“ und auch die Ge-

walt gegen Frauen ist zurückgegangen, doch dies sei nur durch die „globale Öffentlichkeit“ erfolgt.

Christa Stolle, Bundesgeschäftsführerin von „Terre des Femmes“, ging in ihrem Statement auf ein weltweit wachsendes kriminelles Geschäft ein: den Frauenhandel. Dieses Verbrechen sei „einträglicher als Drogen – und Waffenschmuggel“. Ist die wirtschaftliche Lage schlecht, fördere dies die Entstehung von organisierter Kriminalität. Dies zeigte Stolle dem Publikum am Beispiel Osteuropas auf. „Siebzig Prozent der Prostituierten in Deutschland kommen aus Ost- und Südosteuropa“.

### „Die Verantwortung hat mich härter gemacht“

„Anfangs habe ich versucht, mich in das System der Männer einzupassen“, sagte Ute Vogt, SPD-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, während einer Diskussion im Rahmen der Stuttgarter Buchwochen. Bei „Frauen – Männer – Management“ waren sich Buchautor Claus von Kutzschenbach mit Ute Vogt und der Daimler-Chrysler Managerin Isolde Scheer-Pauli einig, dass mehr Frauen in die oberen Managementtagen aufrücken sollten. Ute Vogt kritisierte, dass Politikerinnen in der öffentlichen Wahrneh-

### Veranstaltungen im Überblick

- Interkulturelles Lernen. Frauen aus verschiedenen Kulturkreisen begegnen sich
- Globalisierung und Frauenrechte. (Podiumsgespräch mit Ausstellungsbesuch)
- Frauen in der Kommunalpolitik – Riten der Macht in der Politik. (Seminar in Sinsheim-Rohrbach)
- Kinder oder keine?! – Die Zukunft von Familie und Schwangerschaft. (Podiumsdiskussion in Freiburg)
- Familienforum: Karriere, Kinder oder Kompromiss. (Tagung in Stuttgart)
- Was erwarten Frauen von der Politik? (Podiumsdiskussion in Stuttgart)
- „Um Gottes Willen, Lea. Mein Einsatz für die Frauen in Not“. (Lesung in Freiburg)
- Frauen und die Hartz-Gesetze. Ein Jahr Hartz-IV – wir ziehen Bilanz. (Podiumsdiskussion in Stuttgart)



mung häufig auf ihr Äußeres reduziert würden. „Als ich mir die Haare schneiden ließ, habe ich mehr Mails bekommen, als nach einer schwierigen politischen Entscheidung.“ Frauen, so Vogt, seien gezwungen, ihre Kompetenz permanent neu unter Beweis zu stellen.

### Was erwarten Frauen von der Politik?

Eine große Runde war es, die im November 2005 in Stuttgart über Forderungen, Erwartungen und Wünsche diskutierte, die Frauen an die Politik haben. Vertreterinnen aus den Bereichen Kirche, Kunst, Politik, aus Verbänden und Stiftungen formulierten ihre Vorstellungen. Dr. Helga Breuninger von der Breuninger-Stiftung etwa forderte: „Auch private Haushalte müssen wie kleine Betriebe behandelt werden und das heißt in der Konsequenz, dass sämtliche anfallenden Kosten dann auch steuerlich absetzbar sein müssen.“ Damit erhalte die Hausarbeit einen anderen Stellenwert und vor allem eine andere Wertschätzung. Marianne Wonnay, MdL, wies darauf hin, dass der „Stellenwert der Frauenthemen auch damit zu tun habe, wie viele Frauen in der Politik vertreten sind.“ Mit einer Quote von nur 22,7% Vertreterinnen im Landtag sei Baden-Württemberg Schlusslicht in Deutschland. Gabriele Bartsch von der Agentur Mehrwert GmbH war sich sicher, dass das Patriarchat in zehn Jahren zu Ende sein werde. Dem stimmte auch Nesteren Inci-Bergemann, Vertreterin der Deutsch-Türkischen Gesellschaft, zu: „Wir werden von der leidenden zur leidenden Türkin“ betonte sie und bedauerte, dass diese Entwicklung in der Öffentlichkeit immer noch kaum wahrgenommen werde.

## BayernForum München

### Veranstaltungen im Überblick

- „Freier“ bald ein Fall für den Staatsanwalt? Maßnahmen zum Schutz von Frauen gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution, mit Manfred Paulus, Autor des Buches: „Frauenhandel und Zwangsprostitution“ und Nina Herwig-Bockhorni, Referentin in Bayerischen Landtag.
- „Alltagsleben der Frau in der Türkei“, mit Ayse Tekin, WDR; Ines Berber, Journalistin; Songül Demren, BMW München.
- Qualifizierung für ehrenamtlich tätige Frauen: „Wo bleibt die Zeit“, Tagesseminar mit dem Frauenforum Pfaffenwinkel.
- Unternehmerinnen Roundtable: „Gender-Studies“ in Ingenieurwissenschaften, Referentin: Prof. Dr. Susanne Ihlen, TU-München, Lehrstuhl für Elektrotechnik und Informationstechnik
- Qualifizierung für ehrenamtlich tätige Frauen: Problembetrachtungen und Konfliktmanagement, Tagesseminar in Zusammenarbeit mit der Frauenbeauftragten des Landkreises Weilheim Schongau.

## Julius-Leber-Forum Hamburg

„Mehr Frauen in die Politik“ – Mit diesem Ziel unterstützt das Julius-Leber-Forum das Cross-Mentoring-Projekt des LandesFrauenRats Schleswig-Holstein e.V.

Dabei begleiten weibliche Polit-Profis Nachwuchspolitikerinnen auf ihrem Weg in politisches Engagement und verantwortliche Positionen. Die Qualifizierung findet unter anderem durch Kurzseminare zu politischen Themen statt. Im November 2005 wurde ein Kurzseminar zur Kommunal- und Landespolitik durchgeführt, an dem zehn Frauen aus verschiedenen Parteien teilnahmen. Einige der Teilnehmerinnen sind bereits politisch aktiv, andere stehen am Anfang ihres Weges.

Es wurden unter der Leitung von zwei erfahrenen Politik-Trainerinnen vor allem kommunalpolitische Themen theoretisch und praxisbezogen erarbeitet, ein Schwerpunkt waren Finanz- und Haushaltsfragen.

## Gesellschaft für Politische Bildung e.V. Akademie Frankenwarte

### Veranstaltungen im Überblick

- Was nun Frau Hartz? Podiumsdiskussion zum Intern. Frauentag
- Familien zwischen Tradition und Utopie – Von Geschichte und Zukunft von Familienformen
- Füreinander, miteinander – gegeneinander? Für Frauen mit und ohne Behinderung
- Quo vadis, Gender Mainstreaming?
- Fachtag Häusliche Gewalt
- Frauen in Beruf, Familie und Politik: 1968 – 1990 – heute
- Bürgermut macht kreativ – Zivilcourage im Alltag
- Gender Mainstreaming für Führungskräfte
- Was nun, Frau Hartz? Vertiefende Fachtagung



# INTERNATIONALER FRAUENTAG

## Politik und Frauen = Frauenpolitik?



## Zentrale Veranstaltung zum Internationalen Frauentag

Sehr viel mehr Frauen als früher mischen mit in der Politik und zwar längst nicht mehr nur bei den so genannten weichen Themen. Hat diese überall sichtbare weibliche Präsenz in Parteien und Regierungsämtern dazu geführt, dass Frauenpolitik einen höheren Stellenwert bekommen hat als früher? Sind die Frauen ihrem Ziel „Die Hälfte des Himmels – die Hälfte der Macht“ ein Stück näher gerückt? Die Bilanz der kompetenten Frauen auf dem Podium und im Plenum während der zentralen Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Internationalen Frauentag am 8. März 2005 in Berlin fiel gemischt aus. Lebhaft und nicht ohne ironische Untertöne wurde während der Gemeinschaftsveranstaltung von Deutschem Gewerk-

schaftsbund und FES diskutiert. In der nachdenklichen Begrüßung von Dr. Ursula Engelen-Kefer, Stellvertretende DGB-Vorsitzende, zeigte sich Skepsis. Auch die gut ausgebildete Frauengeneration von heute muss immer noch um jeden Fortschritt kämpfen, wenn es um die berufliche und politische Gleichstellung geht.

Elke Ferner, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, erinnerte daran, dass Frauen zwar rechtlich in allen Bereichen gleichgestellt sind, dass sie aber in Politik und Gewerkschaften, in Wirtschaft und Wissenschaft noch einen langen Weg vor sich haben.

Beim Blick zurück auf die Anfänge der Frauenbewegung sind die inzwischen erkämpften Fortschritte groß.

## ZENTRALE VERANSTALTUNG ZUM INTERNATIONALEN FRAUENTAG

Als der erste internationale Frauentag im Jahre 1911 stattfand, da waren Frauen absolut rechtlos, dem Ehemann, dem Vater, dem Fabrikherrn untertan. Inzwischen ist die Gleichstellung von Mann und Frau seit fast sechzig Jahren in der Verfassung verankert. Dennoch, so das Fazit während der Diskussionen, ist die weibliche Hälfte der Bevölkerung in Spitzenpositionen immer noch eine Minderheit.

Ob die Gleichung „Politik und Frauen = Frauenpolitik“ aufgeht? Die SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Lale Akgün und Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, und Margrit Wendt, Vorsitzende des Gewerkschaftsrates ver.di, zogen eher eine gemischte Bilanz. Einerseits bestreitet heute niemand mehr die hohe Qualifikation von Frauen in praktisch allen Bereichen. Andererseits verdienen Frauen nach wie vor deutlich weniger als Männer, sind auch bei voller Erwerbstätigkeit überwiegend für Haus- und Familienarbeit zuständig, werden eher abgedrängt in Minijobs und Teilzeitarbeit und haben durch ihre beruflichen Patchwork-Biographien sehr viel geringere Renten als gleichaltrige Männer.

Tagungsleitung hatte Dr. Ursula Mehrländer, Koordinatorin Frauenpolitik & Gender-Politik der FES. Und für gute Laune vor und nach den inhaltlichen Debatten sorgte Maha Rindermann mit ihrem „Avenue Swingtet“.





# INTERNATIONALE ARBEIT



## Westeuropa

### Beispiel Portugal: Wenig Interesse an Themen der Frauenpolitik

Grundsätzlich versucht die Friedrich-Ebert-Stiftung in Portugal, bei Veranstaltungen den Gender-Aspekt zu berücksichtigen. Frauen als Rednerinnen zu gewinnen, gelingt nicht in dem Maße, wie es wünschenswert wäre. Einer der Gründe liegt darin, dass in dem Netzwerk, in dem wir inhaltliche Gespräche führen und nach Fachleuten suchen, Männer die Mehrheit bilden. Ein weiterer Grund ist, dass Portugal auf dem Gebiet der Geschlechtergleichstellung ein sehr schwieriges Terrain darstellt. Zur Illustration sei hier die ehemalige Vorsitzende der Kommission für Gleichheit und Rechte der Frauen, Lígia Amâncio, zitiert:

**„Hier in Portugal hatten wir nie eine starke feministische Bewegung, aber den Backlash haben wir durchaus zu spüren bekommen.“**

Im Jahr 2005 wurde von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Portugal eine Veranstaltung zum Schwerpunktthema „Frauen und Globalisierung“ durchgeführt. Thema war „Globalisierung und Frauenerwerbstätigkeit – Die Zukunft der Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie in Europa“.

Bei der Veranstaltung ging es in erster Linie um Verteidigungsstrategien für die mehrheitlich weiblichen Beschäftigten in der portugiesischen Textil-, Bekleidungs- und Schuhin-

dustrie, also um die Frage, wie Frauen es vermeiden können, Verliererinnen der Globalisierung zu werden. Es war bezeichnend, dass von portugiesischer Seite keine einzige Frau als Rednerin benannt worden war.

Bei der Internationalen Konferenz „Bildung für die Wissensgesellschaft“ ging es um die besonderen Problemen der älteren Generation im Umgang mit den neuen Wissens- und Lernformen. In Zusammenarbeit mit dem portugiesischen Forschungszentrum CESIS wurde dieses Thema unter dem Blickwinkel der Chancengleichheit zwischen Generationen und Geschlechtern bearbeitet.



## Mittel- und osteuropäische EU-Mitgliedsstaaten

### Polen: Kindergeld statt Gleichstellung

Die polnischen Parlamentswahlen im Herbst 2005 endeten mit dem Sieg der rechtskonservativen politischen Kräfte und einer bisher beispiellosen Niederlage der Linken, die im Sejm nur 11 Prozent der Mandate bekommen hat. Solchen Wandel nach rechts gab es schon zweimal seit der Wende von 1989, niemals aber war er so stark wie jetzt, nie war auch die linke Opposition so schwach. Der Sieg der rechten Parteien bedeutet für die polnische Frauenszene die reale Gefahr, dass die seit 15 Jahren dauernden Anstrengungen um die Gleichstellung begraben werden können.

In den vergangenen Jahren gelang es den Polinnen, ihre Repräsentanz in den führenden politischen und wirtschaftlichen Gremien zu vergrößern, die Position auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, ihre gesellschaftliche Stellung zu stärken. Im Parlament vergrößerte sich die Zahl der weiblichen Abgeordneten von 9 Prozent nach der Wende auf gegenwärtig 20 Prozent. Vor einigen Jahren führten die Mitte-Links-Parteien Quoten ein, immer mehr Frauen werden in lokalen Selbstverwaltungen gewählt. Der 2001 erfolgten Berufung einer Gleichstellungsbeauftragten der Regierung folgte bald die Amtseinführung von Gleichstellungsbeauftragten in jeder polnischen Wojewodschaft (größte Verwaltungsstruktur des Landes). Die Regierungsbeauftragte stellte ein Aktionsprogramm zur Frauen-

förderung auf, das die einzelnen Ministerien zu gezielten, die Gleichstellung von Mann und Frau fördernden Maßnahmen verpflichtete.

In der Wirtschaft fanden sich die Polinnen unter den neuen marktwirtschaftlichen Bedingungen ganz gut zurecht und stellen 45 Prozent der Firmenbesitzer. Trotz der im Durchschnitt besseren Ausbildung verdienen die Frauen in Polen allerdings ca. 15 Prozent weniger als die Männer.

Obgleich in den vergangenen 15 Jahren in der Frauenszene sehr viel geleistet wurde, sind die Defizite in der Gleichstellung immer noch groß. Selbstverständlich gab es auch Misserfolge. Zu den größten zählt die Ablehnung der Vorlage eines Gleichstellungsgesetzes durch das Parlament. Das Gesetz sollte das Prinzip der Gleichstellung verankern und obligatorisch machen sowie ein unabhängiges Gleichstellungsamt einführen. Statt dessen willigten die Abgeordneten in die Schaffung eines ständigen Sejmausschusses für Gleichstellung von Frauen und Männern ein. Mit einem Misserfolg endeten auch die Versuche, das in Polen sehr restriktive Abtreibungsgesetz zu mildern.

Seit den Parlamentswahlen im September 2005 hören die Polinnen von den siegreichen konservativen Politikern nur noch Appelle, sie mögen am besten zu Hause bleiben, Kinder gebären und die Sonntagsmesse besuchen.

Der Sejmausschuss zur Gleichstellung wurde in einen Ausschuss für Familie und Frauenrechte umgebildet, das Amt der Regierungsbeauftragten wurde abgeschafft, die Aufgaben übernahm eine Vizeministerin für Arbeit, die sich aber vorrangig für Alimentenzahler interessiert, die ihren Unterhaltsverpflichtungen nicht nachkommen. Das Parlament und die Regierung haben Kindergelder eingeführt. Sie planen, den Mutterschaftsurlaub zu verlängern. Sie machen alles, damit sich die Frauen nur in der Mutterrolle einrichten. Kein Thema ist für sie eine gesicherte Rückkehr zum Arbeitsplatz nach dem Mutterschaftsurlaub, eine flexible Arbeitszeit oder die Kinderbetreuung.





**Tschechische Frauen heiraten heute im Durchschnitt im Alter von 28 Jahren, die Männer mit 31. Die Geburtenrate liegt in Tschechien im Durchschnitt nur bei 1,4 Kindern.**

## Tschechien: Von Chancengleichheit keine Spur

Obwohl die tschechischen Medien Fragen der Gleichstellung häufiger und auch deutlich objektiver als in der jüngeren Vergangenheit aufgreifen, ist und bleibt Chancengleichheit auch in Tschechien ein schwer erreichbares Ziel. Weiterhin sind tschechische Frauen in der Politik deutlich unterrepräsentiert und stoßen auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor auf besondere Hürden – in Form von Lohnunterschieden, geringeren Karrierechancen, weniger Möglichkeiten für eine zusätzliche Qualifikation sowie vor allem durch eine überproportional höhere Arbeitslosigkeit. Zum Ende 2005 betrug die Arbeitslosenquote von Frauen 10,5%, die von Männern dagegen nur 7,6% bei einem Landesdurchschnitt von 8,9%. Weiterhin hoch sind die Unterschiede in den Gehältern zwischen Männern und Frauen. Die Differenz, die sog. „pay gap“, beträgt hier 26% und steigt mit höherer Ausbildung und Position bis zu 55%.

Gleichzeitig zeigt sich zunehmend ein Prozess des Wertewandels. Vor allem bei jüngeren Frauen bestimmen individuelle Interessen, eine gute Ausbildung, Karriere und materielle Sicherheit die Lebensplanung. Angesichts unzureichender sozialer und ökonomischer Rahmenbedingungen vor allem bei jungen Paaren, einer zu geringen staatlichen Familien- und Kinderunterstützung sowie anhalten-

der Probleme bei der Vereinbarkeit des Arbeits- und Familienlebens führt die reale Lebenssituation vieler Frauen in der Tschechischen Republik zu zeitlichen Verschiebungen bei der Familiengründung, niedrigen Geburtenraten und hohen Scheidungsraten. Tschechische Frauen heiraten heute im Durchschnitt im Alter von 28 Jahren, die Männer mit 31. Die Geburtenrate liegt in Tschechien nur bei 1,4 Kindern.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Friedrich-Ebert-Stiftung in Prag im vergangenen Jahr besonders mit folgenden Frauen-Themen beschäftigt:

- Junge Frauen in der Politik,
- Frauen in den Entscheidungsprozessen und auf dem Arbeitsmarkt
- Demographischer Wandel und seine Auswirkungen auf die Lebenssituation von Frauen.

Der demographische Wandel wird noch nicht als politische und gesamtgesellschaftliche Herausforderung erkannt. Die Diskussion über seine sozialen Auswirkungen hat in Tschechien noch nicht wirklich begonnen. Mit dem internationalen Workshop griff die Friedrich-Ebert-Stiftung Prag daher erstmals in der Tschechischen Republik dieses Thema öffentlich auf. Grundlage der Diskussion war eine von der Friedrich-Ebert-Stiftung Prag in Auftrag gegebene Studie zur demographischen Entwicklung und ihren Auswirkungen auf die Lebenssi-

tuation tschechischer Frauen, die in tschechischer und deutscher Sprache vorliegt. Ein weiteres Projekt zielte auf die Qualifizierung junger Frauen in der Politik zu den Themen Genderproblematik und Medien.

Aus Anlass der 49. Frauenrechtskommission der UN in New York („Peking + 10“) im März 2005 veranstaltete die Friedrich-Ebert-Stiftung Prag einen deutsch-tschechischen Gesprächskreis zum Thema Chancengleichheit in der Tschechischen Republik und in Deutschland, zu dem die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, Brigitte Triems, referierte. An dieser Veranstaltung nahmen führende Vertreterinnen tschechischer Frauen-NGOs sowie tschechische Politikerinnen teil. Radio Prag berichtete in einer Sondersendung.

Bei den FES-Diskussionsveranstaltungen zum Thema politische Partizipation von Frauen diskutierten Vertreterinnen tschechischer und deutscher Frauenverbände und Organisationen über länderspezifische Ansätze und Möglichkeiten einer stärkeren Repräsentanz von Frauen in demokratischen Entscheidungsprozessen. Als Diskussionsgrundlage lag ein neues Working Paper der FES Prag zum Thema Frauen und Frauenpolitik in der Tschechischen Republik vor.

## Slowakei: Feminisierung der Arbeit

Seit Anfang der 90er Jahre hat sich die Gesellschaft in der Slowakischen Republik stark verändert. Vor allem die Frauen bekommen die Folgen zu spüren: Langzeitarbeitslosigkeit, die Feminisierung von Armut, sozioökonomische Benachteiligung von älteren Frauen und Roma-Frauen und die unzureichende politische Partizipation von Frauen sind nur einige Stichworte. Die Ergebnisse von empirischen Untersuchungen zeigen, dass in der Slowakei weiterhin folgende Probleme bestehen:

- Die ungleiche Entlohnung von Frauen für gleiche Arbeit,
- die Konzentration von Frauen in Berufsgruppen im Niedriglohnsektor,
- enorme regionale Unterschiede in Bezug auf Chancengleichheit,
- ein Mangel an zugänglichen (finanziell und örtlich) Dienstleistungen für Familien mit Kleinkindern, alten, kranken und behinderten Familienmitgliedern,
- geringe Teilnahme von Frauen am öffentlichen und politischen Leben,
- mangelhafte institutionelle Gewährleistung von Geschlechtergleichheit im politischen Bereich und im sozialen Dialog, mangelhafte Erziehung zur Geschlechtergleichheit, Fixierung von traditionellen Stereotypen und Vorurteilen.

In der vergangenen Periode ergriff die Regierung bestimmte Maßnahmen, um das Ziel – die Verbesserung der Stellung von Frauen in einem Zeitraum von ca. 10 Jahren – zu erreichen. Im Jahre 2000 verabschiedete die Regierung den Nationalen Beschäftigungsplan, in welchem ein gesonderter Teil zur Stärkung der Chan-

cengleichheit von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt enthalten ist. Bisher besteht jedoch weiterhin ein Widerspruch zwischen der formal deklarierten Gleichberechtigung und dem realen Zustand der Geschlechterverhältnisse. Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen ist zwar in der Legislative explizit festgeschrieben, in der Praxis werden diese Normen allerdings oft nicht eingehalten oder umgangen.

Es ist also notwendig:

Auf allen Ebenen Kontrollmechanismen im Bereich von Verantwortung, Koordination und Monitoring zu schaffen, angemessene finanzielle und personelle Ressourcen sicher zu stellen, in allen Ressorts gebührende Kapazitäten für die Einhaltung der Geschlechtergleichstellungspolitik zu garantieren, ein Organ mit einem transparenten Rechtsstatus und klar definierten Kompetenzen zu schaffen, das die Aktivitäten der staatlichen Genderpolitik koordinieren würde; inklusive der Berichterstattung über die Einhaltung von

Verpflichtungen der EU und internationaler Organisationen gegenüber öffentlichen Informationskampagnen über wichtige Fragen der Geschlechtergleichheit und der Bekämpfung der Diskriminierung zu initiieren.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltete zum Thema Gender-Politik ein fünftägiges Fachseminar für junge Doktoranden mit dem Titel „Gleichstellung und Gleichberechtigung“. Außerdem wurde die Kurzstudie der Soziologin Sylvia Porubanova „Realität und Herausforderungen der Gendergleichheit in der Slowakei“ herausgegeben, die auch bei den Maßnahmen im nächsten Jahr genutzt werden soll. Bei mehreren Veranstaltungen der FES zu sozialen Themen wurden konkrete Probleme der Gleichstellung, sowie der Stellung der Frauen in der Gesellschaft, behandelt. Zudem befasste sich das Seminar „Zusammen leben“ des Frauenverbands Zvolen mit den Roma Frauen, der am stärksten diskriminierten Frauengruppe in der slowakischen Gesellschaft.

**Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen ist zwar in der Legislative explizit festgeschrieben, in der Praxis werden diese Normen allerdings oft nicht eingehalten oder umgangen.**







## Ost- und Südosteuropa außerhalb der EU

### Bulgarien: Globalisierung als Chance

Bulgarien ist wirtschaftlich noch zu schwach, um von Globalisierungsprozessen zu profitieren und doch sehen vor allem gut ausgebildete Frauen auf lange Sicht die Chancen. Zur Zeit allerdings überwiegen negative Daten: Der Lebensstandard ist in den letzten Jahren gesunken, die Einkommen sind niedrig, die Arbeitslosigkeit ist hoch.

**Nach dem jüngsten Bericht der Weltbank über die wirtschaftliche Lage des Landes ernährt in Bulgarien ein Beschäftigter 2,5 Menschen, die arbeitslos, lernend und studierend oder Rentner sind.**

Die Frauenerwerbstätigkeit ist hoch. Die nicht erwerbstätige Frau wird bis heute als Ausnahme empfunden, ob-

wohl sie es schon lange nicht mehr ist. Vor 1989 hatte die Globalisierung sich positiv für die Frauen, die Hochschulbildung hatten und Fremdsprachen beherrschten, ausgewirkt. Einerseits hatte Bulgarien Zugang zu den neuesten Computertechnologien, andererseits konnten ausländische Firmen das „Kopieren“ von Technologien und Programmen in Bulgarien nicht kontrollieren. Viele Frauen, die in staatlichen Handelsfirmen und Betrieben mit Beziehungen zu ausländischen Firmen arbeiteten, wurden nach der Wende Vertreterinnen oder Beraterinnen von ausländischen Firmen, die Waren nach Bulgarien importieren, oder sie übernahmen Aufgaben als Managerinnen in Niederlassungen großer ausländischer Konzerne.

Nach der Wende reagierten die Frauen deutlich flexibler und wechselten ihre Arbeitsstellen fast doppelt so schnell wie ihre männlichen Kollegen. Viele Frauen, die keinen neuen Arbeitsplatz fanden, gründeten eigene Unternehmen. Zahlreiche Männer zwischen 35 und 50 verloren ihre Arbeitsplätze und wurden langfristig arbeitslos, was zur Folge hatte, dass in vielen Familien noch heute nur die Frauen das Geld für den Lebensunterhalt verdienen. Bei Einstellungen werden meistens Frauen den Männern vorgezogen, weil diese in der Regel größeres Engagement bei der Arbeit zeigen und Männer zu hierarchisch ausgerichtet sind.

Eine Folge der Globalisierung ist die Schaffung so genannter Freier Produktionszonen und Weltmarktfabri-

ken, in denen unter betriebswirtschaftlich sehr günstigen Bedingungen, also bei sehr niedrigen Arbeitskosten, für den Export produziert wird. Frauen produzieren die Massenkonsumwaren wie Kleider, Schuhe, Nahrungsmittel in den multinationalen Unternehmen. 80% dieser Arbeit in den Exportindustrien wird von Frauen verrichtet. Einerseits begrenzt das die Möglichkeiten für Beschäftigung und ruft starke Strukturarbeitslosigkeit hervor. Andererseits werden viele Frauen, die für Lieferanten von internationalen Firmen, wie Nike, Adidas, Hugo Boss und andere arbeiten, ausgebeutet. Sie arbeiten unter sehr schlechten Arbeitsbedingungen und sind bereit, (fast) alles zu erdulden, um ihren Arbeitsplatz nicht zu verlieren. Sogar bei Todesfällen, wie vor kurzem beim Tod von zwei Frauen in einer italienischen Schuhfabrik wegen fehlerhafter Belüftung, haben die Arbeitnehmerinnen Angst, offen vor den Medien und vor der Arbeitsinspektion über die Verletzungen ihrer Arbeitsrechte zu sprechen. Wenn ihre Arbeitskraft nach kurzer Zeit nicht mehr gefragt ist oder sie zu ausgelaugt sind, um die geforderten Nor-

men zu erfüllen, bleibt kaum die Möglichkeit, in die traditionelle Dorfökonomie zurückzukehren.

In Bulgarien existieren hinsichtlich der Ausbildung zwei äußerst gegensätzliche Gruppen. Die erste Gruppe umfasst Frauen, die über ein abgeschlossenes Universitätsstudium verfügen. In dieser Gruppe sind mehr als die Hälfte der Frauen sehr gut auf dem Arbeitsmarkt und insbesondere in multinationalen Firmen platziert. Unter den gut Verdienenden sind auch die niedergelassenen Ärztinnen und Zahnärztinnen, deren Einkommen sich den westeuropäischen annähern. Es gibt aber auch akademisch ausgebildete Frauen über 50, die ihre Arbeit verloren haben und die in Kleiderfabriken oder in schlecht bezahlten Dienstleistungsjobs arbeiten müssen. Leider sind in der Gruppe der schlecht verdienenden Frauen auch die Lehrerinnen, die ohne private Unterrichtsstunden von ihren Gehältern kaum leben könnten. Eine Lehrerin verdient in Bulgarien derzeit im Monat etwa 140,- €. Die zweite Gruppe umfasst Frauen, die mit 16 Jahren nur einen Pflichtschulabschluss gemacht haben. Unter ihnen ist die Arbeitslosigkeit am höch-

ten. Sie sind besonders gefährdet, Opfer sexueller Ausbeutung zu werden.

Für Frauen und Männer in Bulgarien kommen die Bedrohungen (seien es importierte ausländische Waren, die den eigenen Konkurrenz machen, seien es Immigranten, die die bulgarischen Arbeitnehmer verdrängen), aber auch die Hoffnungen von außen. Ausländische Betriebe sind willkommen, wenn sie viele Arbeitsplätze schaffen, aber ausländische Waren und Arbeitskräfte will man möglichst nicht ins Land lassen. Deutlich mehr als die Hälfte (67,1%) der Frauen verbinden die Globalisierung des Arbeitsmarktes in Bulgarien mit mehr Arbeitsplätzen, besseren Arbeitsbedingungen und besserem Arbeits-einkommen. Sie sind aber skeptischer als die Männer in Bezug auf einen Beitritt zur EU. Während 64,1% der Männer glauben, dass Bulgarien von einem EU-Beitritt profitieren werde, glauben dies nur 52,1% der Frauen. Für fast die Hälfte der bulgarischen Frauen gehört ein EU-Beitritt nicht zu den Prioritäten des Landes. Die wichtigste Aufgabe sei, für mehr Beschäftigung zu sorgen und den Verarmungsprozess zu stoppen.

**Frauen arbeiten unter sehr schlechten Arbeitsbedingungen und sind bereit, (fast) alles zu erdulden, um ihren Arbeitsplatz nicht zu verlieren.**

**Wenn ihre Arbeitskraft nach kurzer Zeit nicht mehr gefragt ist oder sie zu ausgelaugt sind, um die geforderten Normen zu erfüllen, bleibt kaum die Möglichkeit, in die traditionelle Dorfökonomie zurückzukehren.**





## Was tut sich auf dem Balkan?

### Regionalbüro Belgrad: Verbesserungen auf dem Papier

Im Wesentlichen hat sich an der Situation der Frauen in der Arbeitswelt und ihre Bedeutung für die Gewerkschaftsarbeit im Vergleich zum Vorjahr wenig verändert: Die Gesetzeslage wird auf dem Papier besser – die Realität folgt nur sehr zögerlich. Die Situation auf den Landesebenen stellt sich folgendermaßen dar:

#### Serbien

Bislang nur wenig Unterstützung seitens der Führungen erfuhr die Förderung der Frauen- und Jugendarbeit. Nur die Nezavisnost hat sich entschlossen, zugunsten von mehr Rechten für Frauen in der Gewerkschaft Satzungsänderungen im Kongress vorzuschlagen. Die Frauensektionen haben kein eigenes Budget und sind somit ohne auswärtige Hilfe kaum handlungsfähig. Dennoch gibt es eindeutig graduelle Unterschiede bei den beiden Organisationen. Während es bei der SSSS nur sporadisch auf regio-

naler oder einzelbetrieblicher Ebene Aktivitäten gibt, verweisen Branchengewerkschaften der Nezavisnost auf eine schon funktionierende Arbeit. In einer Region, in der in dieser Hinsicht die Einäugige schon fast Königin ist, spielen die Frauensektionen Serbiens aber durchaus eine führende Rolle in regionalen Netzwerken. Das Regionalprojekt wird daher auch in den kommenden Jahren sowohl nationale, als auch regionale Gewerkschaftsfrauenarbeit unterstützen. Dabei muss es auch um die Werbung von neuen weiblichen Mitgliedern gehen.

#### Kroatien

Es existiert eine Frauensektion im Dachverband. Sie arbeitet aktiv in den regionalen Netzwerken mit, hat auf der Landesebene aber eher eine untergeordnete Rolle. Lediglich in einigen Branchengewerkschaften arbeiten Frauen innerhalb ihrer Organisation an spezifischen Themenstellungen.

#### Bosnien-Herzegowina

In beiden Dachverbänden existieren Frauenorganisationen, die im kommenden Jahr vor Neuwahlen stehen. Mit der Wahl der Vorsitzenden der Frauenorganisation der SSRS (Republika Srpska) zur Dachverbandsvorsitzenden mag eine Aufwertung der Frauenarbeit einhergehen; dies bleibt abzuwarten. In den Branchengewerkschaften existieren keine Frauensektionen. Wegen der vielen Kongresse lag die Frauenarbeit aber brach.

#### Ungarn

In zweien der sechs Konföderationen gibt es separate Frauenorganisationen (MSZOSZ, Arbeiterräte), hier besonders in den Branchen: Metall, Eisenbahn, Handel und Bergbau. Die Frauenvertreterinnen sind auf der internationalen Ebene im Rahmen des IBFG-Frauennetzwerkes aktiv.

### Serbien: „Frau Präsidentin, sind Sie Präsident?“

Sprache als Mittel zur Stärkung der Rolle der Frauen ist ein wichtiges Thema in der serbischen Gesellschaft. Hier leistet die Friedrich-Ebert-Stiftung einen Beitrag. Zum einen soll die Benutzung von Titeln und Berufsnamen in der weiblichen Form normiert werden. Zum zweiten soll die Sensibilisierung der Sprache für das Femininum die Rolle der Frauen in der modernen serbischen Gesellschaft stärken. In der letzten Dekade wurde international die Notwendigkeit der Benutzung einer politisch korrekten Sprache herausgestellt, die alle Formen der Diskriminierung und des Hasses vermeidet. Die Benutzung ei-


ner solchen Sprache in der öffentlichen und amtlichen Sphäre ist auch eine der vielen Bedingungen für den Anschluss an die EU.

Psycholinguistische Forscherinnen haben Seminare veranstaltet, auf denen das Problem der Diskriminierung der Frauen durch die Sprache erläutert wurde. Die Ergebnisse dieser vielfältigen Diskussionen wurden in Kooperation mit dem Belgrader Büro der FES als Publikation „Frauen versteckt durch die Mediensprache“ veröffentlicht. Ziel dieser Aktivitäten war die Sensibilisierung der akademischen und professionellen Elite (Journalisten, Politiker, Professoren)

für diese Änderungen in der serbischen Sprache. Gleichzeitig mit dem Druck der Publikation startete auch eine Reihe von Podiumsdiskussionen zum Titel: „Frau Präsidentin, sind Sie Präsident?“ Ziel ist die Aufmerksamkeit eines breiteren Publikums sowie ein Lobbying für eine gerechte Darstellung der Rolle der Frauen in Serbien.

Schließlich wurden in diesem Jahr vier Seminare zur Ausbildung der Journalisten aus ganz Serbien über die politisch korrekte Benutzung der Sprache in den Medien und die Sensibilisierung der Sprache für das weibliche Geschlecht organisiert.





Durch Änderungen des Strafgesetzes wurde Gewalt in der Familie stärker kriminalisiert, und es wurden Mittel zur besseren Prävention geschaffen. Die Lage von gleichgeschlechtlichen Gemeinschaften wurde verbessert und im neuen Mediengesetz wurde der Rahmen geschaffen, um negative Geschlechtsvorurteile zu registrieren und zu sanktionieren.

## Kroatien: Bessere Gewaltprävention

Die Präsenz der Frauen in der Politik und im öffentlichen Leben hat sich verbessert, die Regierung und das Parlament traten in einen Dialog mit Frauenorganisationen aus der zivilen Gesellschaft. Im Jahr 2003 wurde das Gesetz über die Gleichstellung der Geschlechter angenommen und das Amt der Ombudsperson für Frauenrechte wurde geschaffen, das vor allem für folgende Aufgaben zuständig ist:

- Monitoring der Gesetzesverletzungen und der Diskriminierung von Personen auf Grund ihres Geschlechts durch staatliche Organe,
- Empfehlungen von Gesetzen und Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter.

Durch Änderungen des Strafgesetzes wurde Gewalt in der Familie stärker kriminalisiert, und es wurden Mittel zur besseren Prävention geschaffen. Die Lage von gleichgeschlechtlichen Gemeinschaften wurde verbessert und im neuen Mediengesetz wurde der Rahmen geschaffen, um negative Geschlechtsvorurteile zu registrieren und zu sanktionieren. Ein Regierungsbüro für die Gleichstellung der Geschlechter wurde ebenfalls ins Leben gerufen. Schließlich zeigt sich die erhöhte öffentliche Sensibilität für Gender-Themen und für die Ab-

wehr von Gewalt in der Familie in größeren finanziellen Zuwendungen lokaler Einheiten für Organisationen und Schutzeinrichtungen, die den Opfern von Gewaltakten in den Familien helfen.

**Als besonders positiv ist anzusehen, dass auch nach der Regierungsübernahme durch die konservative HDI das Bewusstsein für die Problematik der Gender-Gleichstellung nicht verlorengegangen ist.**

Auch im neuen Parlament liegt der Anteil der Frauen über 20 Prozent, was höher ist als der europäische Durchschnitt und deutlich über dem Anteil der Frauen in den 90er Jahren liegt. Andererseits darf nicht übersehen werden, dass Kroatien immer noch eine sehr konservative, durch einen traditionalistischen Katholizismus geprägte Gesellschaft ist und die Gender-Gleichstellung nur langsam vorankommt.

Die Arbeitslosigkeit unter Frauen steigt konstant an, da Frauen auf dem Arbeitsmarkt, auf Grund frauenspezifischer Lebensläufe, oft als konkurrenzunfähig eingeschätzt werden. Besonders von der Arbeitslosigkeit gefährdet gelten Frauen ab dem 45. Lebensjahr. Sie gehören zu der Ar-

beitslosengruppe, die eine sehr geringe Chance auf eine Wiederbeschäftigung hat, so die Vertreter der Vereinigung der Unabhängigen Gewerkschaften Kroatiens (SSSH). Die Gewerkschaften kritisieren unzureichende Entwicklungen im Bereich der Teilzeitbeschäftigung, die insbesondere für Frauen mit Kindern attraktiv ist. Derzeit sind nur 8% aller Arbeitsverträge Teilzeitverträge.

Die Vereinigung der Unabhängigen Gewerkschaften rügt immer häufiger, dass schwangere Frauen am Arbeitsplatz verbal beleidigt oder sogar entlassen werden. Ebenso wird auf die zunehmende sexuelle Belästigung von Frauen am Arbeitsplatz hingewiesen. Die kroatische Rechtspraxis hat nach Angaben des Gewerkschaftsbundes noch keine funktionierenden Mechanismen gefunden, um solche und ähnliche Taten zu sanktionieren.

### Publikationen

In Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Frauenstudien wurde im Jahr 2005 ein Buch mit dem Titel „Begleiter für Gleichstellungspolitik: Herausforderungen und Möglichkeiten“ herausgegeben.

## Makedonien: Ohne Absicherung in der Schattenwirtschaft

Makedonien, im Süden des Balkan gelegen, eine ehemalige Republik des Vielvölkerstaates Jugoslawien, hat wegen der Kriege in der Region erst verspätet auf die Globalisierung reagieren können. Erst 15 Jahre nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens hat das Land wieder das Bruttosozialprodukt von 1989 erreicht.

**Für die Frauen in Makedonien ist die Entwicklung der vergangenen Jahre in der Regel nachteilig verlaufen. Die schnell ansteigende Arbeitslosigkeit hat die Frauen auf den ersten Blick weniger stark getroffen (42,1% der registrierten Arbeitslosen sind Frauen, 57,9% Männer).**

Diese Zahl verdeckt aber, dass sie häufig in der Schattenwirtschaft,

meist im Dienstleistungssektor und ohne soziale Absicherung nur ein Zubrot zum familiären Einkommen verdienen oder sich schlicht nicht registrieren lassen. Daneben müssen sie im Niedriglohnsektor des produzierenden Gewerbes (insbesondere Textilindustrie) mit asiatischen Arbeiterinnen konkurrieren und erhalten deshalb nur Minimallöhne von weniger als 100 € monatlich.

Das traditionell hohe Bildungsniveau unter Frauen sorgt aber andererseits dafür, dass Frauen in Wissenschaft und Politik mitunter prominent vertreten sind. Die geringe Präsenz von Frauen im Parlament (ca. 8,9%), höher auf kommunaler Ebene (ca. 22,7%), spiegelt jedoch noch die patriarchalisch beherrschten Strukturen wider. Bei Wahlen werden

insbesondere in albanischen Familien die Stimmen mitunter durch den Familienvorstand für die gesamte Familie abgegeben. Aber auch in den anderen Volksgruppen herrscht vor allem im ländlichen Raum ein traditionelles Rollenverständnis vor. Im städtischen Milieu stellen junge Frauen allerdings den motiviertesten und engagiertesten Teil der Bevölkerung dar. Sie scheinen am stärksten auf die Zukunft zu bauen und nicht im Blick auf die schwierige Vergangenheit zu verharren. In Nichtregierungsorganisationen spielen Frauen eine wichtige Rolle und haben dort häufig Führungspositionen inne.

Im weltweiten Netzwerk des Menschenhandels spielt Makedonien primär die Rolle eines Transitstaates auf der berühmten „Balkanroute“. Der makedonische Gesetzgeber hat 2002 darauf reagiert.

Die FES in Makedonien hat bei der Auswahl von Seminarteilnehmern besonderen Wert auf die Teilnahme von Frauen gelegt. Daneben wurden aber auch Projekte umgesetzt, die sich ausschließlich an Frauen wandten. Diese umfassten sowohl rechtsberatende Seminare für Frauen aus ländlicher Umgebung als auch die Fortbildung von Kommunalpolitikerinnen. Es wurden Konzepte zur Selbstorganisation erarbeitet und Hilfestellungen bei der Etablierung von Gender-Kommissionen auf lokaler Ebene gegeben, die ihnen die aktive Teilnahme am politischen Leben in ihren Gemeinden erleichtern sollen. Neben der Qualifizierung der Frauen spielte der Vernetzungsaspekt eine wesentliche Rolle für die durchgeführten Maßnahmen.

**Aber auch in den anderen Volksgruppen herrscht vor allem im ländlichen Raum ein traditionelles Rollenverständnis vor. Im städtischen Milieu stellen junge Frauen allerdings den motiviertesten und engagiertesten Teil der Bevölkerung dar.**



## Bosnien und Herzegowina: 44 % der Frauen sind arbeitslos

In April 2003 wurde das Gesetz über die Gleichstellung der Geschlechter vom Parlament verabschiedet. Seitdem bemühen sich viele Frauengruppen, das Wissen darüber in der Öffentlichkeit zu verbreiten. Eine sehr aktive Rolle auf der lokalen Ebene haben die Frauenorganisation Vesta und Vesta Radio aus Tuzla. Durch eine Radiobrücke, die Radio Vesta mit Radio TNT Travnik und Radio Kontakt Banja Luka verbunden hat, wurden zwölf Radiosendungen zum Gleichstellungsgesetz produziert.

Frauen bilden heute ca. 51% der Bevölkerung. Die Arbeitslosigkeit bei Frauen beträgt ca. 44%. Armut sowie wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten betreffen in der bosnischen

Gesellschaft in erster Linie die Frauen und Kinder. Durch die Arbeitsgesetze sind Frauen und Männer bei der Beschäftigung zwar gleichberechtigt, aber in der Praxis sieht die Situation ganz anders aus. Die Arbeitslosigkeit hat auch starke Auswirkung auf den Krankenschutz und Sozialversicherung der Frauen. Zu diesem Thema hat die FES zusammen mit Frauenorganisationen vier Runde Tische in Zenica, Mostar, Sanski Most und Sarajewo organisiert. Dabei wurden die Ergebnisse der Studie über die soziale Lage der Frauen präsentiert. Bosnien hat keine einheitliche Gesundheits- und Sozialpolitik und auch keine Institution mit Zuständigkeit für das Gesundheits- und So-

zialwesen auf gesamtstaatlicher Ebene. Wegen der hohen Arbeitslosigkeit sind fast 50% der Frauen im Krankheitsfall nicht versorgt und haben keine soziale Absicherung.

Die Beteiligung der Frauen an politischer Macht liegt noch weit hinter der in anderen Ländern zurück. Traditionelle Verhaltensweisen bestimmen den Alltag der Frauen auch in der Familie, sie bestimmen die Geschlechterrollen und verhindern die Gleichberechtigung.

## Rumänien: Die Angst vor Gender-Politik

Die Verfassung garantiert Chancengleichheit und das neue Arbeitsrecht von 2003 verbietet genderbezogene Diskriminierung. Außerdem gibt es seit 2002 ein spezielles Gesetz, zu dem die Einrichtung einer Nationalen Agentur für Chancengleichheit gehört. Auf der legislativen, institutionellen Ebene ist viel getan worden. Wie in vielen Politikfeldern Rumäniens liegt der Haken in der mangelnden Umsetzung.

Im postkommunistischen Rumänien erlebten Frauen einen freien Fall an politischem Einfluss, von dem sie sich nur sehr langsam erholen. Ihr Anteil im Parlament und Senat liegt

weit hinter dem westlichen und deutlich hinter dem Standard der Nachbarländer. Nach den Wahlen im Herbst 2004 waren wiederum nur gut 10% der gewählten Abgeordneten weiblichen Geschlechts.

Die Erwerbsquote von Frauen kommt der der Männer durchaus nah. Sie sind auch nicht stärker von Arbeitslosigkeit getroffen. Allerdings liegen die Gehälter von Frauen im Durchschnitt 20% unter denen von Männern. Dies liegt hauptsächlich daran, dass sie in Niedriglohnssektoren wie Textil beschäftigt sind, wo ein Minimallohn von derzeit etwa 85 Euro im Monat bezahlt wird. Von

der allgemeinen Lohnentwicklung profitieren die Frauen in viel geringerem Maße als Männer. Durch ihre ungünstige Spezialisierung sind sie auch deutlich schlechter gewerkschaftlich organisiert.

Gewerkschaftliche oder parteiinterne Frauenorganisationen traten auch 2005 kaum als eigenständige Organisationen in Erscheinung. Zum modernen Gesicht einer Partei gehören Frauen in Rumänien noch nicht. Ohnehin wird das Konzept von Gender in weiten Strecken von den Männern noch immer als Einführung eines Matriarchats missverstanden.





## Ukraine:

### Nur 21 von 450 Parlamentariern sind Frauen

Die Ukraine zählt zu den wenigen Ländern, in denen Frauen über 50% der Arbeitskräfte stellen. Dennoch erreichen Männer weitaus häufiger Führungspositionen und sie erzielen höhere Einkommen.

**Frauen verdienen etwa 30% weniger. Je nach Wirtschaftsbereich liegt der Führungsanteil von Frauen nur zwischen 10% bis 20%. Schon bei Überschreiten einer Altersgrenze von 35 Jahren treten erhebliche Anstellungsprobleme auf.**

Schwerpunktsektoren für Frauenarbeit sind der Dienstleistungsbereich und der Handel mit tendenziell niedrigeren Löhnen als die klassischen, teilweise noch protektionistisch geschützten und von Männerarbeit geprägten Industrien.

In der Politik zeigt sich in der Repräsentanz von Frauen kein besseres Bild. Die Selbstinszenierung von Yulia Tymoschenko als Ministerpräsidentin hat nach der Orangen Revolution bis zu ihrer Entlassung

im September 2005 für viele verdeckt, dass neben ihr keine weitere Frau ein Ministeramt hatte. Lediglich 21 der insgesamt 450 Parlamentarier in der Ukraine sind Frauen.

In der staatlichen Genderpolitik gab es bereits vor der Orangen Revolution positive Ansätze, zum Beispiel im Nationalen Aktionsplan für Gleichberechtigung 2001–2005. Insgesamt ist die Rechtslage verhältnismäßig gut entwickelt, wobei es einen eklatanten Gegensatz zwischen Anspruch und Realisierung gibt. Ein bereits ins Parlament eingebrachter Entwurf für ein Gleichstellungsgesetz wurde nicht verabschiedet, weil darin enthaltene Quotenregelungen keine Zustimmung finden konnten.

Bereits seit 2002 gibt es dagegen ein Gesetz zur Verhinderung häuslicher Gewalt. Nach neueren wissenschaftlichen Untersuchungen war mehr als die Hälfte der ukrainischen Frauen bereits mit Gewalt in der Familie konfrontiert und etwa 20% der Betroffenen leiden dauerhaft an den Folgen.

## Moldau:

### Altes Patriarchat

Frauen haben auch in der Moldau deutlich geringere Chancen, in Positionen zu gelangen, die mit Einkommen oder gar höherem Einkommen, Selbstbestimmung, Macht oder gesellschaftlicher Anerkennung verbunden sind. Die sozio-ökonomische Situation vieler Frauen hat sich seit der Unabhängigkeit deutlich verschlechtert – wie in anderen postkommunistischen Ländern auch. „Frauenspezifische“ Berufe sind besonders schlecht entlohnt. Die Löhne liegen oft unterhalb des Existenzminimums und eignen sich nur als Zubrot zum Familieneinkommen.

**Und obwohl Frauen weitgehend die gleiche Ausbildung genossen haben wie Männer, stellen sie drei Viertel der Arbeitskraft in den Jobs für gering Qualifizierte.**

Die Attribute einer „machistisch“ geprägten Welt (Gewalt in der Familie, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, Reduzierung auf eine „Playmate-Rolle“ in der Werbung) treten auch in der Moldau deutlich zu Tage. Dabei mischt sich traditionsbedingte Unterordnung („Patriarchat“) mit modernen Anomiesymptomen wie Auflösung der Familiensolidarität und erhöhte Anfälligkeit für kriminelle Ausbeutung.

Aber mit der Auflösung alter Sicherheiten und Rollenmuster gehen auch verstärkte Emanzipationsbestrebungen einher. Immerhin waren etwa ein Drittel der Kandidaten bei den Parlamentswahlen vom März 2005 weiblich. Im neuen Parlament sind nur 22% der Abgeordneten Frauen (in der vorangegangenen Legislaturperiode waren es 16%). Zwei der 18 Minister sind weiblich.

## Türkei: Netzwerke für Heimarbeiterinnen

Sie basteln Spielzeuge, reihen Glasperlen aneinander, knüpfen Teppiche und stricken Pullover in der Zeit, die ihnen nach der Erledigung der Arbeit im Haushalt und für die Familie bleibt. Sie haben keine Arbeitsverträge, keine rechtliche Absicherung und keine soziale Sicherheit. Die Statistik und die öffentliche Politik erkennen sie nicht als Erwerbstätige an. Auch sie selbst sehen oft das, was sie tun, nicht als „Arbeit“ an.

Projekt „Heimarbeit“ ist eine Fraueninitiative, die sich für die Anerkennung der Heimarbeit durch Gewerkschaften, staatlicher Behörden, Wissenschaftler und selbstverständlich auch seitens der Heimarbeiterinnen selbst einsetzt. Sie strebt an, die Heimarbeiterinnen zur Gründung ihrer Selbstorganisationen zu ermutigen und ein landesweites Netzwerk aufzubauen. Die FES hat diesen Prozess von Anfang an begleitet.

Es wird geschätzt, dass in der Türkei 52,1% aller Beschäftigten unregistriert, d.h. im informellen Sektor arbeiten. 95,2% der Heimarbeiter sind Frauen. Die Heimarbeiterinnen sind entweder selbständige Produzenten und vermarkten ihre Handarbeiten selber oder sie produzieren als Teil einer Produktionskette im indirekten Auftrag verschiedener Firmen. Dabei erhält der Vermittler als „Auftraggeber“ den Großteil des Lohnes, die Frauen am Ende der Kette bekommen nur einen Hungerlohn. Oft kommt es vor, dass eine Heimarbeiterin gleichzeitig als Lohnabhängige und Selbstständige arbeitet.

Die Projektinitiative „Heimarbeit“ arbeitet seit 1999 und hat bisher in mehr als 15 Provinzen des Landes Kontakte zu Heimarbeiterinnen geknüpft. Sobald in einer Provinz Kontakte bestehen, veranstaltet die Projektinitiative dort einen Workshop.

In diesen Workshops stellen die Heimarbeiterinnen ihre Arbeits- und Lebensbedingungen vor und lernen anhand von Bildmaterialien die Heimarbeit in anderen Ländern und die ILO-Konvention über Heimarbeit kennen. Mit dem Werkzeug „Workshop“ zielt die Projektinitiative darauf ab, dass sich in der Provinz eine sich regelmäßig treffende Gruppe formt. Die FES unterstützt diese Workshops sowohl finanziell, als auch mit Materialien. In Avcılar, einem Viertel von Istanbul, wurde die erste Heimarbeiterinnengenossenschaft des Landes gegründet. Ihr folgte eine zweite Genossenschaft in Istanbul/Kustepe. Heute existieren bereits in Antalya und Çanakkale als Vereine organisierte feste Gruppen. Die Projektinitiative veranstaltete in 2004 die erste nationale Konferenz der Heimarbeiterinnen, an der die Selbstorganisationen und Gruppen aus der ganzen Türkei teilgenommen haben.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt diesen schwierigen Prozess mit Bildungsseminaren über mögliche Organisationsformen und insbesondere über Gründung und Betreiben von Genossenschaften.

Die Projektinitiative veranstaltete im Dezember 2005 in der Stadt Aydın und im Februar 2006 in Ankara/Çentepe zwei regionale Workshops. In Aydın bestanden seit langem Kontakte zu einzelnen Heimarbeiterinnen, aber ein gemeinsames Treffen der Betroffenen mit der Projektinitiative und anderen Projektpartnern fand zum ersten Mal statt. Die bisherige Organisationsarbeit der Heimarbeiterinnen landesweit, die internationalen Organisationen und die ILO-Konvention über Heimarbeit wurden diskutiert, mit der Hoffnung, dass auch in Aydın eine feste Gruppe von Heimarbeiterinnen sich formt. Der Workshop in Çentepe befasste sich mit möglichen Organisationsformen.

**In Avcılar, einem Viertel von Istanbul, wurde die erste Heimarbeiterinnengenossenschaft des Landes gegründet.**





# Grundsätze unserer internationalen Entwicklungszusammenarbeit

## Die Genderperspektive in der Demokratieförderung

Förderung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit ist die zentrale Aufgabe unserer entwicklungspolitischen Arbeit. Ohne gleiche Rechte und Chancen und die Beteiligung von Frauen und Männern ist dieses Ziel nicht zu erreichen.

In den meisten Ländern zieht sich jedoch nach wie vor die gesellschaftliche Diskriminierung von Frauen durch alle gesellschaftlichen Bereiche und trägt dazu bei, dass der Zugang zu Ressourcen und politischer Teilhabe zwischen Frauen und Männern extrem ungleich verteilt ist. So arbeiten Frauen erheblich länger, verdienen und besitzen aber deutlich weniger als Männer. An politischen und wirtschaftlichen Weichenstellungen sind sie oftmals so gut wie nicht beteiligt. Führungspositionen in diesen Bereichen sind fast ausschließlich in Männerhand.

Traditionelle Vorstellungen über die Rechte und Pflichten von Frau und Mann verhindern in vielen Fällen die Teilhabe von Frauen am poli-

tischen und öffentlichen Leben. Zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklungspolitik werden aber das Wissen, der Einblick und die Erfahrungen von Frauen und Männern gleichermaßen benötigt. Ebenso müssen die Interessen und Bedürfnisse beider Geschlechter berücksichtigt werden, wenn Politik langfristig erfolgreich sein soll.

Deshalb unterstützen wir Frauen auf ihrem Weg in die Politik oder in die Führungsebenen von Organisationen und Verbänden.

Das Gender-Mainstreaming, eine Methode, mit der Aspekte des gesellschaftlichen Geschlechts (Gender) in jede Phase der Arbeit integriert und die Ergebnisse evaluiert werden, ergänzt die spezifische Förderung von Frauen. Für die Friedrich-Ebert-Stiftung heißt Gender Mainstreaming:

- nach unterschiedlichen Bedürfnissen und Interessen von Frauen und Männern fragen,
- die geschlechtsspezifischen Auswirkungen einer Politik, z. B. der

Wirtschafts-, Sozial- oder Sicherheitspolitik analysieren,

- Ausgleichsmechanismen in Gang setzen und
- die Partizipation von Frauen in Institutionen anstreben, besonders die Beteiligung an Führungspositionen.

Mit der Einführung des Gender-Ansatzes hat die Friedrich-Ebert-Stiftung ein Genderteam damit beauftragt, den Prozess zu begleiten. Zu seinen Aufgaben gehören das Monitoring, die konzeptionelle Weiterentwicklung und die Beratung der Kolleginnen und Kollegen in den Projekten weltweit. Eine Reihe von Instrumenten sind seitdem entwickelt und erprobt worden, um Genderaspekte in den Projektmanagementprozess zu integrieren und die Ergebnisse zu überprüfen. Zahlreiche Konferenzen und Publikationen in den Projekten und in Deutschland leisten ebenso einen Beitrag zum Wissensmanagement über Gender.







## Rückenwind für die UN-Resolution 1325

Am 31. Oktober 2000 hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einstimmig die UN-Resolution 1325 verabschiedet. Seitdem stehen zum ersten Mal Frauen als Friedensakteurinnen im Mittelpunkt: An der Prävention, der Konfliktlösung, bei den Friedensverhandlungen und beim Wiederaufbau müssen sie angemessen beteiligt sein. Außerdem müssen alle Akteure dem besonderen Schutz und den Bedürfnissen von Frauen und Mädchen während der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedersiedlung Rechnung tragen. Die

Resolution fand weltweit eine große Resonanz, aber die praktische Umsetzung in die Politik der einzelnen Länder lässt zu wünschen übrig.

Am 19.5.2005 veranstalteten die Friedrich-Ebert-Stiftung, das deutsche Komitee von UNIFEM und das sicherheitspolitische Netzwerk „Frauensicherheitsrat“ eine Konferenz in der FES Bonn, um für mehr Rückenwind für 1325 zu sorgen. Internationale Expertinnen berichteten aus ihren Arbeitsbereichen: Bjarney Fridriksdottir aus dem UNIFEM-Büro in Prishtina/Kosovo kritisierte den fehlenden poli-

tischen Willen der Akteure zur Umsetzung von 1325 auf dem Balkan.

Auch auf der Frauenrechtskonferenz „Peking +10“ im März 2005 in New York wurde Sicherheits- und Friedenspolitik kaum thematisiert. Gitti Henschel, Geschäftsführerin des feministischen Instituts der Heinrich-Böll-Stiftung: „Es fehlt der internationalen Frauenbewegung trotz eines hohen Expertenwissens an einer systematischen Strategiedebatte. Die Forderungen und Kritikpunkte finden weder in den UN-Gremien noch bei den nationalen Regierungen Gehör.“ Christine Nkulikiyinka, 2. Botschaftsrätin der Botschaft von Ruanda, berichtete von den positiven Entwicklungen durch die Beteiligung von Frauen beim Wiederaufbau ihres Landes. Mit Einführung einer Frauenquote von 30% für alle öffentlichen Verwaltungsebenen sind Frauen jetzt in allen politischen Gremien vertreten. Der Frauenanteil im Parlament liegt bei 49%, das ist weltweiter Rekord! Fazit der abschließenden Podiumsdiskussion: „Die Resolution ist zu schwach formuliert. Es fehlen Umsetzungsfristen, Frauenquoten und Sanktionen bei Verstoß gegen die Resolution.“



**Broschüre im Internet:**  
[www.fes.de](http://www.fes.de)

## Die „Handy-Mutter“, eine Folge weiblicher Migration

Nach Schätzungen der Vereinten Nationen leben weltweit 175 Millionen Menschen nicht mehr in ihrem Heimatland. „Nur“ 16 Millionen davon sind Flüchtlinge, so Petra Dannecker von der Universität Bielefeld auf der Tagung „Frauen wandern aus – weibliche Migration aus den Ländern des Südens“ im Bonner Haus der FES. Über die Hälfte der Migranten ist inzwischen weiblich. Frauen aus Asien hüten Kinder und halten Häuser in den Golfstaaten sauber. Arme Frauen aus Bangladesh emigrieren aber auch in die reicheren Nachbarländer Malaysia und Singapur. Der Aufenthalt ist auf einige Jahre beschränkt, Familiennachzug nicht vorgesehen. Das führt zu einem neuen Phänomen, der „Handy-Mutter“, berichtete Ranjini Manuelpillai, ehemalige stellvertretende Generaldirektorin der Bank of Ceylon. Mütter nehmen Stellen im Ausland an, um bei Arbeitslosigkeit der Männer das Haushaltseinkommen zu erwirtschaften oder die Ausbildung ihrer Kinder zu finanzieren. Oft entfremden sie sich dabei aber der Familie, weil ihr einziger Kontakt über Jahre nur noch über das Handy stattfindet. Das kann in der Folge zu einer zweiten Emigration führen, z. B. wenn der Ehemann sich von dem überwiesenen Geld eine neue Ehefrau zugelegt hat. Auch wenn die Emigrationsbilanz für die Frauen selbst oft überwiegend negativ ist, ist das Interesse der entsendenden Länder an der weiblichen Emigration groß, denn die Überweisungen der Migranten machen in einigen Ländern den größten Anteil an den Deviseneinnahmen aus. Im Interesse der Migrantinnen wurden folgende Bedingungen gestellt:



**Phänomen: „Handy-Mutter“: Ranjini Manuelpillai, ehemalige stellvertretende Generaldirektorin der Bank of Ceylon. Mütter nehmen Stellen im Ausland an (...) Oft entfremden sie sich dabei aber der Familie, weil ihr einziger Kontakt über Jahre nur noch über das Handy stattfindet.**

Migration muss freiwillig sein und kein Resultat von Frauenhandel. Medien sollen stärker zur Aufklärung vor der Ausreise eingesetzt werden. Die Auslandsvertretungen der Entsendeländer müssen Schutz und Klagemöglichkeiten für misshandelte oder ausgebeutete Migrantinnen bereitstellen. Die Empfängerländer sollen Mindeststandards des Arbeitsrechts garantieren. Nichtregierungsorganisationen in den Gastländern sollten sich auch verstärkt um den Schutz und die Einhaltung der Rechte der Migrantinnen kümmern.

### Verbrechen im Namen der Ehre

Jährlich werden nach offiziellen Statistiken etwa 5000 Frauen und Mädchen im Namen der Ehre ermordet, die Dunkelziffer dürfte jedoch wesentlich höher liegen, da die wenigsten Fälle vor Gericht verhandelt werden. Auch in Deutschland geschehen solche Verbrechen. Die FES und ihre

Partnerorganisationen amnesty international und Terre des Femmes wollten mit ihrer Veranstaltung der deutschen Fachöffentlichkeit einen Rahmen bieten, sich an der Entwicklung von Strategien und Konzepten zu beteiligen. Über 300 Experten und Expertinnen aus den Bereichen Politik, Forschung, Sozialarbeit, Polizei und Justiz, nationale und internationale Presse, haben an der Konferenz teilgenommen.

Die Ergebnisse einer Fallstudie aus Jordanien wurden von Dr. Hani Jashan, einem Gerichtsmediziner, vorgestellt, der die Opfer von Tötungsdelikten aus Motiven der Ehre untersucht. Fazit der Studie: Ehrenmorde sind eine kulturelle und geschlechtsbezogene charakteristische Verhaltensform von Männern gegenüber weiblichen Angehörigen für angebliches oder tatsächliches Fehlverhalten im moralischen oder sexuellen Bereich. Ehrenmorde betreffen alle Schichten und Altersgruppen. Die Angeklagten erhalten meist geringe Strafen, wenn ihre Opfer alleinstehend oder schwan-

ger sind. Corinna ter Nedden, Mitarbeiterin einer anonymen Kriseneinrichtung für Migrantinnen in Berlin, ging auf die Situation in Deutschland ein. Angesichts der Tatsache, dass allein in Berlin innerhalb eines Jahres offiziell sechs Ehrenmorde an jungen Frauen passiert sind, forderte sie ein stärkeres Problembewusstsein auf allen Ebenen. Dazu sei besonders die Fortbildung bestimmter Berufe wie Polizei, Justiz, Schule, Jugendämter und Medizin, aber auch ein öffentliches Bewusstsein, vermittelt über die Medien, erforderlich. Auch Migrantenorganisationen seien in der Verantwortung, sich deutlich gegen häusliche Gewalt zu stellen. Es bedürfe einer stärkeren Kooperation aller Einrichtungen und Behörden, um den Opfern von Gewalt zu helfen.

**Publikationen:**

- *Lessons from Gender-focused. International Aid in Post-Conflict Afghanistan.* Publikationsreihe der Abteilung Internationalen Entwicklungszusammenarbeit, Heft 7.

Mit dieser Studie macht die Friedrich-Ebert-Stiftung den Versuch, das Thema „Geschlechtergleichstellung“ für ihre nationalen Partner und die internationalen Netzwerke in Afghanistan aufzubereiten. Dies erschien notwendig, da nach Ansicht ihrer afghanischen PartnerInnen viele Gender-Programme konzeptionell daran gescheitert sind, dass sie als reine Frauenförderprogramme Männer vom Diskussions- und Entscheidungsprozess ausgeschlossen haben.



- *Mädchen stark machen. Strategien gegen Diskriminierung und Gewalt.*

Bericht zur Konferenz von Friedrich-Ebert-Stiftung und UNICEF, in der auf die alltäglich Benachteiligung von Frauen und Mädchen aufmerksam gemacht wurde. Fachleute haben in einem „Manifest für Mädchen“ gemeinsam Strategien formuliert, um gegen diese Menschenrechtsverletzungen vorzugehen.





## Aus den Kontinenten Amerika, Afrika und Asien

### Amerika

#### USA – Büro Washington: Klagen wegen Benachteiligung von Müttern

Im Jahre 2005 wurde der transatlantische Dialog zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie fortgesetzt. Angesichts der geringen Aussichten in den USA auf eine familienfreundliche Arbeitszeitregelung durch den Gesetzgeber stellt sich die Frage, wie der Anspruch auf flexible Arbeitszeitregelung, die insbesondere Erziehungs- und Pflegeaufgaben von ArbeitnehmerInnen berücksichtigt, über den Rechtsweg erreicht werden kann.

Ausgangspunkt für die Diskussion bildete das seit Mitte der 90er Jahre beobachtbare Phänomen des *opting out*: Immer mehr gut ausgebildete, hoch qualifizierte Frauen entscheiden sich, aus dem Arbeitsleben auszuscheiden, um sich ausschließlich der Familie zu widmen. Der erste Eindruck, dass Frauen bewusst mehr Zeit für die Erziehung ihrer Kinder verwenden möchten, täuscht. Bei näherer Betrachtung wird deutlich, dass die Frauen in den meisten Fällen gerne weitergearbeitet hätten und nie vorhatten, über einen längeren Zeitraum zu Hause zu bleiben. Während die Regelungen der Arbeitgeber für den Mutterschutz meistens gut waren, ergaben sich beim Wiedereinstieg in den Beruf meist Probleme: Anträge auf Teilzeitarbeit wurden abgelehnt oder sie wurden befürwortet bei nur geringer Senkung des Arbeitsvolumens; Absprachen

über flexible Arbeitszeiten waren abhängig vom Vorgesetzten und wurden null und nichtig mit dem Wechsel des Vorgesetzten; Zuständigkeiten wurden auf andere Kollegen verteilt, um die Frauen zu „entlasten“.

In vielen Fällen erlebten die Frauen den Wiedereinstieg als Degradierung und Ausgrenzung und gelangten zu der Überzeugung, dass es besser sei, den Job ganz aufzugeben. Es stellt sich daher die Frage, ob der Begriff *opting out*, der ja eine Wahl suggeriert, in diesem Zusammenhang richtig ist, oder ob es sich hier nicht eher um ein *pushing out* handelt?

Europäische und amerikanische Rechtswissenschaftler, Anwälte und Gewerkschafter erörterten die jeweilige Situation in ihrem Land. Dabei zeichnen sich die europäischen Länder vor allem dadurch aus, dass es eine Vielzahl von Gesetzen gibt, die den Anspruch auf flexible Arbeitszeiten regeln. Die amerikanischen TeilnehmerInnen sehen ihre Chance hingegen in Gerichtsverfahren.

**In den USA sind inzwischen mehr als 200 Rechtsfälle dokumentiert in denen Frauen, und teilweise auch Männer, geklagt haben, weil sie aufgrund ihrer Erziehungs- und Pflegeaufgaben an ihrem Arbeitsplatz benachteiligt waren.**

Zum einen zeigten die Fälle, dass Frauen direkt diskriminiert werden, weil die Arbeitsplätze von männlichen Normen bestimmt sind. Zum anderen wiesen sie Diskriminierung durch Stereotypie nach. Damit ist die familienfreundliche Arbeitszeitregelung noch lange nicht erreicht, aber es ist ein erster Schritt, um das Existieren einer *maternal wall*, die den beruflichen Aufstieg von Müttern verhindert, zu dokumentieren und aufzuzeigen.



Ein besonderes Problem sind Fragen der Gendergerechtigkeit und der Gleichberechtigung. Die Vernachlässigung dieser Themen fördert die Armut insgesamt.

## Ecuador: Armut und Ungleichheit nehmen zu

In den Diskussionen rund um die Globalisierung werden immer wieder die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der zahlreichen nationalen Struktur-Anpassungsprogramme hinterfragt. Eines gilt als gesichert: In der derzeitigen Phase der Globalisierung mit der kräftigen Ausweitung von Handels- und Finanzströmen nehmen Armut und Ungleichheit zu. Ein besonderes Problem sind Fragen der Gendergerechtigkeit und der Gleichberechtigung.

Die Vernachlässigung dieser Themen fördert die Armut insgesamt. Mit dieser Thematik beschäftigen sich inzwischen nicht nur viele Nichtregierungsorganisationen, soziale Bewegungen und internationale Entwicklungsagenturen sondern selbst internationale Finanzorganisationen.

Bei den aktuellen Verhandlungen der Länder Ecuador, Peru und Kolumbien über ein bilaterales Freihandelsabkommen mit den USA spielen Genderfragen allerdings keine wesentliche Rolle. Es wird deshalb gefordert, dass Gender-Themen bereits während der Verhandlungen berücksichtigt werden müssen, denn es sind die Frauen, die später von den Auswirkungen des Freihandelsabkommens am meisten betroffen sein werden.

Exemplarisch kann dies am Beispiel der ecuadorianischen Landwirtschaft aufgezeigt werden. Besonders betroffen von der Öffnung des Handels sind diejenigen, die in familiären Subsistenzbetrieben und kleinen Produktionseinheiten wirtschaften und sich dem Anbau landestypischer Kulturpflanzen widmen. In Ecuador werden 25,4% der landwirtschaftlichen Produktionseinheiten von Frauen geleitet, im ländlichen Hochland sogar über 30%. Fast zwei Drittel aller ecuadorianischen Agrarbetriebe produziert direkt für den Eigenbedarf, der Anteil liegt bei von Männern geleiteten Betrieben bei etwa 50%. Diese Betriebe gibt es besonders im Hochland, wo ein großer Teil der indigenen Bevölkerung direkt oder indirekt vom Anbau traditioneller Mais- und Kartoffelsorten lebt und ihn zur Nahrungsmittelproduktion nutzt. Auch viele der Saisonarbeiterinnen im Hochland arbeiten in kleinen Agrarbetrieben mit traditionellen Anbaumethoden und Produkten. Etwas anders sieht die Situation bei den festangestellten Arbeiterinnen aus. Sie arbeiten mehrheitlich in landwirtschaftlichen Betrieben, die sich dem Anbau von Pflanzen mit Zukunftspotenzial, also beispielsweise Blumen, widmen.

Diese Ausführungen beschreiben nur die Anfälligkeit eines einzigen Sektors. Sie zwingen uns zum Nachdenken über die Folgen von Freihandelsabkommen, wie sie zur Zeit zwischen Ecuador und den USA verhandelt werden. Es ist offensichtlich, dass es einer nationalen Strategie bedarf, um die Herausforderungen der Globalisierung zu bewältigen – oder zumindest zu mildern. Eine solche „interne Agenda“ muss Maßnahmen enthalten, die die besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen auf die Veränderungen vorbereiten. Ganz besonders gilt das für Frauen. Über eine gleichberechtigte Teilhabe am Produktionsprozess sind die geschlechtsspezifischen Ungerechtigkeiten bei den Einkommens- und Lebensbedingungen zumindest zu mildern. Ein nachhaltiger nationaler Politikansatz, der den Strukturwandel begleitet, ist ohne eine soziale und genderspezifische Dimension nicht denkbar.

Es muss auf Mindeststandards bei ethischen, arbeitsrechtlichen und soziokulturellen Aspekten geachtet werden. Gleichberechtigte und gendersensitive Verhandlungen bei Handelsabkommen sollten daher auf die Aufhebung ineffizienter und ungerechter Handelsbeschränkungen oder über-

zogener Patentschutzbestimmungen abzielen. Denn diese behindern die Exporte aus Ländern der so genannten Dritten Welt, sind mitverantwortlich für die Rückständigkeit vieler ländlicher Gebiete und für die fehlende Teilhabe ganzer Bevölkerungsschichten – und ganz besonders der Frauen.

## Gender-Lohngleichheit

Zusammen mit Partnern aus Ecuador setzt sich die Friedrich-Ebert-Stiftung intensiv für die Rechte von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen ein, ganz besonders wenn es um Fragen der Lohngleichheit geht. Unter anderem wurde ein Seminar zum Thema „Arbeitsplatzbewertung ohne Gender-Benachteiligung“ veranstaltet. Es wurden Instrumente für eine gerechte Arbeitsbewertung bei der Umsetzung einer öffentlichen Beschäftigungspolitik entwickelt.

Mit Hilfe einer kanadischen Expertin wurde eine Strategie diskutiert, die zur Aufwertung weiblicher Arbeitsplätze und zu mehr Gendergleichberechtigung führen soll. Die seit 2003 regelmäßig entwickelten Aktivitäten haben große Wirkung gehabt und nicht nur zu einem besseren Verständnis der ungleichen Lohnpolitik geführt, sondern auch die Bewertungs-Grundlagen für einen Genderansatz geschaffen. Besonders wichtig ist, dass durch die gemeinsamen Diskussionen eine Vertrauensbasis zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Organisationen und dem Staat geschaffen werden konnte.

## Uruguay:

### Entschieden gegen häusliche Gewalt

Gewalt innerhalb der Familie ist ein weltweites Phänomen. Das Spektrum der Aggression reicht von verbalen Attacken und Einschüchterungen bis hin zu massiver physischer Bedrohung, Vergewaltigung und Mord. Häufig steigen die Fälle häuslicher Gewalt in wirtschaftlichen Krisen und bei wachsender Arbeitslosigkeit noch an. So auch in Uruguay, das sich nur langsam von der schweren Wirtschaftskrise erholt. Trotz der langen demokratischen Tradition und der relativ frühen formalen Gleichberechtigung finden Frauen nur unzureichend Zugang zu politisch und gesellschaftlich einflussreichen Ämtern. Auch aus diesem Grunde wird häusliche Gewalt noch weitgehend tabuisiert. Die FES engagiert sich in diesem Bereich.

Die Rahmenbedingungen haben sich mit dem Amtsantritt der Mitte-Links-Regierung unter Präsident Tabaré Vázquez erheblich verbessert. In enger Zusammenarbeit mit dem politisch aufgewerteten „Institut der Frauen“, das zusätzliche Kompetenzen erhielt, wurden in zwei Ministerien Pilotprojekte durchgeführt. Ausgewählt wurden das Gesundheits- und das Innenministerium. Letzteres war geradezu prädestiniert für den

Modellversuch, da es berühmt-berühmt war für seine frauenfeindliche und autoritäre Atmosphäre. Der neue Innenminister sicherte dem Projekt seine volle Unterstützung zu. Führende Vertreter seines Hauses, die Polizeichefs aller Landesbezirke und Mitarbeiter zahlreicher Kommissariate bearbeiteten in verschiedenen Veranstaltungen das Thema häusliche Gewalt gemeinsam mit einer Expertengruppe aus Gender-SpezialistInnen, MedizinerInnen und PsychologInnen. Die Sensibilisierung der Verantwortlichen im Ministerium und bei den Sicherheitskräften ist ein erster entscheidender Schritt zur Enttabuisierung des Themas.

Das zweite Pilotprojekt lief im Gesundheitsministerium. Auch hier fand das Projekt die Zustimmung der Führung. Ziel der Maßnahmen war es, das Phänomen der häuslichen Gewalt als zentrales Arbeitsfeld der Gesundheitspolitik durchzusetzen. So sollen künftig in die Krankenakten der Patientinnen Anzeichen für häusliche Gewalt aufgenommen und auf diesem Wege die Identifizierung und Behandlung von Opfern erleichtert werden. In zwei Krankenhäusern laufen Modelle.







Israelische Frauen demonstrierten in schwarzer Kleidung für den Frieden mit den Palästinensern.

## Mittlerer und Naher Osten, Nordafrika

### Jerusalem/Ramallah: Mit zähem Willen und dickem Fell lernen Palästinenserinnen Unabhängigkeit

In den palästinensischen Gebieten ist es keine Selbstverständlichkeit, dass Frauen politisch aktiv werden und sich öffentlich für ein Ziel einsetzen. Als Gründe machen viele Frauen seltener religiöse Argumente geltend, sondern viel häufiger hindert sie familiärer Druck, soziale Kontrolle, mangelnde Kenntnisse und Erfahrungen, aber auch finanzielle Aspekte daran, sich politisch zu engagieren. Frauen und Männer müssen gemeinsam überkommene Vorstellungen auf den Prüfstand stellen, um ein traditionelles Rollenverständnis schrittweise zu verändern. Gleichzeitig ist es wichtig, Frauen zu schulen, damit sie sich auf der politischen Bühne durchsetzen können. Darüber hinaus müssen Aktivistinnen ein Netzwerk knüpfen. Das gilt sowohl für die Politikerinnen von morgen als auch für die Frauen, die sich mit zähem Willen und dickem Fell bereits politisch engagieren: Dabei kann die FES sie unterstützen, wie zwei Beispiele aus der Arbeit des FES-Büros in den Palästinensischen Autonomiegebieten zeigen:

#### Politische Jugendorganisationen fördern weiblichen Nachwuchs

„Politics – the Palestinian Woman’s way“ – unter diesem Motto führte die FES 2005 in Zusammenarbeit mit dem Willy-Brandt-Zentrum in Jerusalem ein Programm für politisch aktive junge Frauen durch. Die Idee war, den jungen Frauen ein besseres Profil innerhalb politischer Jugendorganisationen zu geben. Denn weibliche Mitglieder der „Shabibet Fatah“, der Jugendorganisation der Fatah-Bewegung, spielen zumeist eine eher marginale Rolle.

Um dem Programm eine nachhaltige Wirkung zu verleihen, wurden einer 14-köpfigen Kerngruppe in einer ersten Trainingsphase die Instrumente an die Hand gegeben, mit denen sie zukünftig mit jungen Frauen arbeiten können. Die Studentin Hiba z. B. ist 22 Jahre alt und stammt aus Bethlehem. Andere Multiplikatorinnen kommen aus Ramallah und Nablus. Hiba studiert Sozialwissenschaften und engagiert sich wie die

meisten nebenher gesellschaftspolitisch. Sie ist Mitglied der Fatah-Jugendgruppe in Bethlehem. Die Teilnehmerinnen kamen aus Städten, aber auch aus Flüchtlingslagern und aus ländlichen, zum Teil sehr konservativen Regionen.

Schon die Einführungsfrage: „Wie sehe ich meine Rolle als Frau in der Politik und Öffentlichkeit?“ bereitete den meisten großes Kopfzerbrechen. Trotz ihrer Aktivitäten hatten sie sich diese Frage noch nie gestellt. Trainingsinhalte waren: Wie beeinflusst das Rollenverständnis von Männern und Frauen die Politik? Können politische Entscheidungen unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer haben? Es ging aber auch um ganz konkrete Fähigkeiten, wie Gruppenleitung oder Konfliktlösung. Besonders interessiert waren die Teilnehmerinnen an Erfahrungsberichten von politisch aktiven Frauen.

Nach den Sommerferien kam die Probe aufs Exempel: Jeweils zu zweit organisierten die jungen Frauen sieben lokale Arbeitsgruppen junger Aktivistinnen. Bei der Auftaktveranstal-

tung der Nablus-Gruppe erzählten die Teilnehmerinnen von Schwierigkeiten und Hindernissen: Dass es hart ist, für Akzeptanz ihrer Tätigkeit in der Familie zu kämpfen. Was es heißt, in eine Männerdomäne einzudringen und sich hier durchsetzen zu müssen. Fast erscheint es, als hätten die jungen Frauen nur auf die Gelegenheit gewartet, ihre Unzufriedenheit über ihre Situation auszusprechen: Schließlich kamen sogar Themen wie häusliche Gewalt und Ehrenmorde auf den Tisch.

Vier Wochen später haben die meisten Gruppen ein Aktionsprogramm aufgestellt: In ein paar Monaten gibt es Parlamentswahlen, und sie wollen sich dafür einsetzen, dass mehr Frauen zur Wahl gehen. Ein erster Schritt. Einmal haben sich schon alle Gruppen gemeinsam in Bethlehem getroffen, obwohl die Gruppe aus Nablus für die Fahrt insgesamt über sechs Stunden benötigte und nur zwei Stunden bleiben konnte. „Aber sie haben es geschafft!“, sagt Hiba aus Bethlehem „Als sie kamen, haben alle anderen applaudiert. Das Wichtigste ist doch zu wissen, dass wir auf dem beschwerlichen Weg nicht allein sind.“

### **Kommunalpolitik mitbestimmen: Frauen erobern die Gemeinderäte**

Ramallah 2003: Eine Gemeinderätin erzählt, wie sie zu ihrem Amt gekommen ist: Es habe einen Aufruf in der Moschee gegeben, dass Frauen für den Gemeinderat gesucht würden. Interessierte sollten sich melden. Und sie hatte sich gemeldet. Und dann berichtet sie kopfschüttelnd von den vielen Steinen, die sie als frisch ernanntes Ratsmitglied auf ihrem Weg vorfand: Der Einstieg wurde ihr nicht leicht gemacht. Sie habe damals keine Ahnung gehabt, was ihre Rechte und Aufgaben waren, und niemand hatte ihr das gesagt. Schnell hatte sie festgestellt, dass die Männer ein festes Netzwerk bildeten, von dem sie ausgeschlossen war. Informationen wurden nicht an sie weitergeleitet. Sogar die Gemeinderatssitzungen wurden neuerdings spät am Abend angesetzt, offenbar in der Absicht, die Frau, die sich abends nicht mehr auf der Straße zeigen kann, auszuschließen.

Seit Ende 2004 finden in den verschiedenen Bezirken der West Bank und des Gazastreifens zum ersten

Mal Kommunalwahlen statt. Diesen Prozess aktiv zu begleiten, hat sich die Dachorganisation der palästinensischen Frauenverbände, WATC (Womens Affairs Technical Committee), zur Aufgabe gemacht. Die wichtige Partnerorganisation der FES will mehr Frauen ermutigen, für ihren Gemeinderat zu kandidieren und die gewählten Gemeinderätinnen in ihrem neuen Amt begleiten. Ein bedeutender Schritt ist die Einführung einer Frauenquote gewesen. Ein entsprechender Absatz im Kommunalwahlgesetz musste vom Parlament verabschiedet werden. WATC hat im Vorfeld dafür viel Lobbyarbeit gemacht: „Wir haben fast jedes Parlamentsmitglied kontaktiert“, erzählt die Geschäftsführerin der Organisation, Rose Shomali. „Viele standen der Quote am Anfang skeptisch gegenüber, und sie waren nicht leicht zu überzeugen.“ Wie umstritten die Frage tatsächlich ist, zeigt der holprige Weg, den das Gesetz nahm: Nachdem es im Herbst 2004 die zweite Lesung passiert hatte, gelang es einem losen Zusammenschluss von Quotengegnern, es in der dritten Lesung mit einer Stimme Mehrheit zu kippen. Nur durch direkte Intervention von Präsident Jasser Arafat,







den die Frauengruppen für sich gewonnen hatten, konnte es wenige Wochen vor dessen Tod noch verabschiedet werden:

**In jeden Gemeinderat, egal welcher Personengröße, sind zwei Plätze für Frauen reserviert, sofern es genug Kandidatinnen gibt. Das entspricht in etwa einer Quote von 20%.**

Die Gegner des Gesetzes gaben sich jedoch nicht zufrieden und machten Anfang September 2005 rechtzeitig vor den wichtigen Kommunalwahlen in den großen Städten noch einen

Versuch, die Quotenregelung klammheimlich zu annullieren, was wiederum von Frauen- und anderen zivilgesellschaftlichen Verbänden scharf kritisiert wurde. Erst dank der Intervention des Reformpräsidenten Mahmoud Abbas wurde das Gesetz verabschiedet.

Rose Shomali von WATC hält das Gesetz für einen wichtigen Schritt in Richtung zu mehr Demokratie. Als bekannt wurde, dass es die Quote gibt, so berichtet sie, sei die Zahl der Kandidatinnen sprunghaft in die Höhe gegangen. Viele Frauen hätten sich erst nominieren lassen, als sie

abschätzen konnten, dass sie mit der Quote eine reale Chance hätten, in den Rat gewählt zu werden.

Tatsächlich führte die größere Zahl von Kandidatinnen dazu, dass mehr Frauen gewählt wurden: Und fast die Hälfte aller neugewählten Gemeinderätinnen konnte sich ohne Hilfe der Quote durchsetzen. Die Zahl der weiblichen Kommunalvertreter hat sich nach den bisher stattgefundenen Kommunalwahlen gegenüber 2003 mehr als vervierfacht. Auch im Gazastreifen sind mittlerweile Frauen in Gemeinderäten vertreten.

Um diesen Frauen den Einstieg in ihr neues Amt zu erleichtern, bietet die Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit WATC ein Trainingsprogramm an. Neben Expertise und Fachkompetenzen bietet das Training den Frauen auch den notwendigen Austausch mit anderen neugewählten kommunalen Vertreterinnen und fördert deren Netzwerkbildung untereinander. Weitere Themen sind: Organisation von Kampagnen, Lobbyarbeit, Grundlagen des Gender Mainstreaming. Besonders wichtig empfanden viele der Teilnehmerinnen z.B. die Einheit über gendersensibles Lesen von Budgets, geht es in den Kommunalräten doch um die Verteilung von viel Geld.

## Ägypten: MONA\* Frauen-Kalender 2006

Zum vierten Mal publiziert das Ägypten-Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung einen Frauenkalender für die arabische Region, der nützliche Information bietet für jene, die im Frauenentwicklungsbereich tätig sind. Die bisherigen Themen waren: „Frauenrecht“, „Frau und Gewalt“ und „Frau

und Kultur“. Der nächstjährige Kalender hat den Schwerpunkt „Frau in der Gesetzgebung“. Es werden Gesetze aus jeder Subregion (Mashreq, Maghreb, Golfregion) vorgestellt, die Frauen betreffen. Daneben werden NGOs der Region präsentiert, die den Frauen juristische Beratung an-

bieten. Über unser Landesbüro in der Region wird der Frauenkalender verteilt.

\* Anmerkung der Redaktion: MONA steht für das Referat *Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika* der FES.



## Afrika

### Ghana: Spezifisch afrikanische Gender-Konzepte gesucht

Ellen Johnson-Sirleafs Wahlerfolg in Liberia hat nicht nur für die nach Geschlechtergerechtigkeitstrebenden Frauen und Männer in ganz Afrika ein Zeichen gesetzt: Ein weibliches Staatsoberhaupt in Afrika. Endlich. Kann Ellen Johnson-Sirleaf das Vorbild sein, nach dem sich die afrikanische Frauenbewegung so sehr sehnt? Der sichtbare Beweis für Politikerinnen und Aktivistinnen, dass sich Frauen nicht nur gegenüber Männern behaupten, sondern auch gleichzeitig Genderfragen im Blick behalten können? Abgesehen von diesen noch unbeantworteten Fragen lässt sich zumindest eines feststellen: Ellen Johnson-Sirleaf scheint Motivation und neue Tatkraft in die afrikanische Frauenbewegung gebracht zu haben. Dies könnte vielleicht bereits als ihr erster Erfolg verbucht werden. Wohin nun mit diesem neuen Enthusiasmus? Nach wie vor erscheinen die Forderungen von Peking gerade in afrikanischen Ländern so notwendig und dringend wie nie. Und nach wie vor

sind die Fortschritte, so weit es sie überhaupt gibt, schleppend.

„Promoting Gender through Policy Advocacy: Are we making a difference?“ – fragte deshalb die FES Ghana und ABANTU for Development Ende 2005 und verschickte Einladungen in zehn verschiedene Länder Afrikas.

In Accra trafen sich 44 Frauen aus Nigeria, Kenia, Uganda, Botswana, Senegal, Mosambik, Südafrika, Liberia, Tanzania, Benin und Ghana. Man kannte sich zum großen Teil bereits. Genau ein Jahr zuvor hatten viele der Teilnehmerinnen in Accra gemeinsam gearbeitet. Sie hatten diskutiert, wie die Partizipation von Frauen in Politik und wie Gendergerechtigkeit in Politikfeldern Afrikas nachhaltig gerecht gestaltet werden kann und muss.

Was machte ein zweites Treffen so erstrebenswert und nötig?

Zum Zeitpunkt der ersten Konferenz im November 2004 standen in Ghana die Parlamentswahlen kurz bevor. Damals war es einer Koalition

verschiedener Frauenorganisationen unter maßgeblicher Mitwirkung von ABANTU gelungen, das „Women’s Manifesto for Ghana“ zu veröffentlichen. Das Manifesto wurde von Männern und Frauen aus Politik und Zivilgesellschaft beeindruckend positiv aufgenommen – ein Erfolg und eine Erfahrung, an der man Genderaktivistinnen aus ganz Afrika teilhaben lassen wollte.

Der Trend war bisher, nur kurz vor Wahlen aktiv zu werden, um Frauen bei der Kandidatur zu unterstützen und Genderthemen zu promoten. Beispiele aus Botswana oder dem Gastgeberland Ghana zeigten, dass diese Strategie oftmals nur zu kurzfristigen Erfolgen führte. Außerdem berichteten Teilnehmerinnen, dass Frauen in politischen Ämtern angesichts des immensen Drucks durch männliche Kollegen Genderthemen aus den Augen verlieren und von ihrer Agenda streichen, um sich konkurrenzfähig zu fühlen.

Deshalb kamen die Frauen zu dem Schluss: Es bedarf einer Neuorientierung der Genderaktivisten, weg vom kurzfristigen wahlorientierten Aktivismus, hin zu einer langfristigen und nachhaltigen Transformation von Politik.

Genderthemen müssen in der politischen Arena permanent präsent sein. Nicht nur Männer in politischen Ämtern, sondern gerade auch Frauen müssen kontinuierlich mit fachlichen Informationen versorgt und unterstützt werden. Es wurde deutlich, wie wichtig Austausch und Netzwerkbildung innerhalb des afrikanischen Kontinents sind, um eigene Wege zu mehr Geschlechtergerechtigkeit erfolgreich zu beschreiten.

In vielen Fällen wurde während der zweiten Konferenz deutlich, dass

**Kann Ellen Johnson-Sirleaf das Vorbild sein, nach dem sich die afrikanische Frauenbewegung so sehr sehnt?**



theoretische Ansätze gar nicht angewendet werden, was vor allem für nicht-wissenschaftliche Aktivistinnen und Politikerinnen galt. Zwei Erkenntnisse folgten dem auf dem Fuße: Genderadvokaten in afrikanischen Ländern mühen sich mit Konzepten, die vor allem in Ländern des Nordens entwickelt worden – und für Afrika nur bedingt tauglich – sind. Kein unbekanntes Problem. Deutlich vernehmbar war somit der Ruf nach spezifisch afrikanischen Ansätzen, von Afrikanerinnen entwickelt. Die zweite Erkenntnis war: Die unterschiedliche Nutzung von Konzepten in Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik, beweist, dass Netzwerkbildung mit gegenseitigem Informationsaustausch und Beratung unumgänglich ist.

Auch die praktische Arbeit der Genderadvokaten wird vor allem durch mangelnde Kommunikation und Zusammenarbeit behindert. Wie die Teilnehmerinnen berichteten, ist besonders die Kooperation zwischen Parlamentarierinnen und akademischen sowie zivilgesellschaftlichen Aktivistinnen selten und von gegenseitiger Scheu gekennzeichnet. Ein Modell das dem direkten Austausch aller Beteiligten zu Gute kommt ließ sich in Mozambique finden. Dort werden regelmäßig Foren initiiert, an denen Vertreter aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik teilnehmen, um Information und Austausch zu ermöglichen. FES und ABANTU konnten die wichtigsten Stichworte der Konferenz – Netzwerke, Information und Kommunikation – aufgreifen und zunächst für den Kreis der Teilnehmerinnen umsetzen. ABANTU wird zukünftig als Koordinationsstelle und Informationsquelle dienen, um die auf den Konferenzen geknüpften Netze und Kontakte zu stärken.

## Uganda: Frauen als Friedensstifter

Unter dem Titel „The Special Role of Women in Conflict and Possibilities of their Involvement in Peace Building and Reconstruction Processes“ fand in Kampala/Uganda 2005 eine Konferenz mit TeilnehmerInnen aus Uganda, Kenia und dem Sudan statt. Die Vorbereitung dieser Konferenz erfolgte in enger Abstimmung der drei FES-Büros in Khartoum, Kampala und Nairobi sowie in Zusammenarbeit mit der Fakultät für Frauen und Genderstudien, der Philosophischen Fakultät und dem Zentrum für Frieden und Konfliktforschung der Makerere Universität in Kampala.

Viele TeilnehmerInnen hatten praktische Erfahrungen im Umgang mit Konfliktsituationen, einschließlich kriegerischer Auseinandersetzungen im Südsudan oder im Norden Ugandas. Das Hauptaugenmerk der Diskussion richtete sich dabei auf die Analyse des Verlaufs der verschiedenen Konflikte in der Region und dem Versuch, Vorschläge für eine zukünftige stärkere Beteiligung von Frauen bei Friedensverhandlungen zu entwickeln. Was sind die besonderen Fähigkeiten und Erfahrungen von Frauen in Konflikten und bei friedensschaffenden Prozessen?

Die Berichte zeigten, dass Frauen nur in Ausnahmefällen bei friedensschaffenden Maßnahmen berücksichtigt werden, vielfach auch nur um Auflagen zu erfüllen. Die Rolle der Frauen wird nicht selten trivialisiert. Weiterhin wurde die häufig angewandte Praxis der ad-hoc-Nominierung zu Friedensmissionen und die häufige Rotation der wenigen in Friedensprozessen erfahrenen Frauen kritisiert. Durch diese Praxis werden positive Langzeiteffekte erschwert.

Durch die Teilnahme von Frauen, die persönlich militärische Auseinandersetzungen erlitten haben, konnten Grundprobleme bei friedensschaf-

fenden Maßnahmen angesprochen werden. So werden Friedensmissionen häufig von Individuen oder einzelnen Gruppen bestimmt, anstatt sie als kollektive Anstrengung aller Beteiligten zu sehen. Dadurch wird auch die Information einer möglichst breiten Bevölkerungsschicht und eine Einbeziehung der lokalen Ebenen in den Friedensprozess vernachlässigt. Die zwangsläufige Folge ist: Die Identifizierung einer Mehrheit der Bevölkerung mit Friedensabkommen wird erschwert. Zu häufig enden Friedensmissionen mit der Unterzeichnung eines Friedensvertrages, aber der ebenso notwendige Aussöhnungsprozess der Konfliktbeteiligten wird nicht mit der gleichen Energie betrieben. Die Teilnehmerinnen, die sich aktiv an Konflikten beteiligt hatten, leiteten aus dem Kampf von Männern und Frauen die Notwendigkeit einer gleichberechtigten Beteiligung an einer späteren Regierungsbildung ab.

Auch wenn Frauen durch ihre speziellen Rollen als Mütter, Vermittlerinnen und Managerinnen der wenigen verbliebenen Ressourcen zum Überleben eine besondere Eignung für die Schaffung von Frieden mitbringen, sind die Rahmenbedingungen für ihre Beteiligung zumeist schlecht. Die rechtlichen Voraussetzungen für eine Gleichbehandlung der Geschlechter sind oft nicht gegeben. In vielen Fällen bestimmen immer noch archaische Traditionen die Rolle der Frauen in der Gesellschaft. Deshalb müssen sie von starken, solidarischen Frauennetzwerken unterstützt werden. Foren, wie diese Veranstaltung, tragen zu einer stärkeren Vernetzung von Frauen besonders bei der gleichzeitigen Betrachtung unterschiedlicher Aktionsfelder wie Gender und Konfliktforschung bei.



## Asien

### Zentralasien: Frauen sind die Verliererinnen des Wandels

In allen Verfassungen der Staaten Zentralasiens steht es geschrieben, am deutlichsten in Artikel 46 des usbekischen Grundgesetzes: „Frauen und Männer sind vor dem Gesetz gleich.“ Doch de facto zeigt sich ein anderes Bild. Tatsächlich hat sich die Situation der Frauen seit der Unabhängigkeit 1991 nicht verbessert, häufig sogar verschlechtert. Grund ist, wie eine usbekische Politikerin es treffend beschreibt, dass „Frauen zu Opfern der eigenen Landestradi­tionen werden“. So ist die große Masse der Frauen in Zentralasien zu Verliererinnen der Unabhängigkeit und der damit einhergehenden Globalisierung geworden. Und da die Globalisierung vom Staat als etwas Fremdes und Unheimliches dargestellt wird, ist die Rückbesinnung auf traditionelle Werte auch als Trotzreaktion zu verstehen. Gleichwohl gibt es in jedem Land Frauen, die zivilgesellschaftliche Courage in der Politik zeigen. Denn es hat eine Polarisierung der Frauen am unteren

und oberen Ende der Hierarchie des Arbeitsmarktes stattgefunden. Nur einige sind zu Gewinnern der Globalisierung geworden, sowohl wirtschaftlich als auch gesellschaftlich. Mit ihnen arbeitet die FES, um anderen Frauen ihre Rechte und vor allem Chancen aufzuzeigen.

Um die Probleme zu lösen, die einhergehen mit der Umsetzung der in den Verfassungen garantierten Geschlechtergleichheit, arbeitet die FES in Taschkent mit einer Berufsschule für Sozialpädagoginnen zusammen. Den meist noch sehr jungen Schülerinnen werden Sonderkurse zum Thema Gewalt in der Familie angeboten. Gerade hier spielt die Tradition eine entscheidende Rolle, werden junge Frauen noch immer unter Zwang verheiratet. Im Jahr 2005 hat deshalb die FES gemeinsam mit einer lokalen NGO ein Handbuch zur Lösung von Krisen herausgegeben. Sehr hilfreich ist bei der gemeinsamen Arbeit eine vor zwei Jahren geschlos-

sene Partnerschaft mit einer Schule in Lüneburg. Bisher kam es zu einem Austausch der Lehrerinnen.

Sehr viel praktischer geht an diese Problematik eine usbekische NGO in Buchara heran. Gemeinsam mit der lokalen Polizei werden Seminare ausgerichtet, um den bisweilen sehr jungen, unerfahrenen und selbst tief in der Tradition verwurzelten Beamten Sensibilität zu vermitteln. Noch viel zu häufig steht die Schuld etwa bei Gewaltdelikten von vornherein fest: Die Verantwortung liegt meist bei der Frau.

Um auch den Politikerinnen ein besseres Verständnis von Politik und Demokratie zu geben, veranstaltete die FES in Usbekistan und Tadschikistan Seminare und Konferenzen, nicht nur in den Städten, sondern auch in den Dörfern. Gerade in Tadschikistan hat die Verantwortung, die Frauen alleine tragen müssen, enorm zugenommen. Von etwa sechs Millionen Einwohnern arbeitet ein Sechstel in



anderen Ländern. Die in den Städten und Dörfern zurückgebliebenen Frauen sind allein zuständig für Kindererziehung, für Broterwerb und soziales Engagement.

Dabei kommt der Religion, in Zentralasien der Islam, eine entscheidende Rolle zu. Wie ist die Rolle der Frau in einem säkularen Staat mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit? Zu diesem Thema richtete die FES im September die IV. Samarkander-Konferenz „Islam und Staat“ aus. Es waren Wissenschaftlerinnen, Politikerinnen und Vertreterinnen von NGOs aus Zentralasien, Europa und Afrika eingeladen. Professor Gudrun Krämer sprach dabei von einer großen Verantwortung des Staates. Er solle neutral bleiben und keinen aggressiven Säkularismus betreiben.

Um all diesen Arbeitsfeldern eine gemeinsame Plattform zu geben, lud die FES im Herbst zu einer Konferenz der Frauen-NGOs in Zentralasien ein. Thema war eine mögliche Vernetzung und Intensivierung der vorhandenen Kontakte. Es stellt sich in Zentralasien die Frage, inwieweit die dramatische Transformation nach der Unabhängigkeit zu einem stabilen Anstieg des politischen Engagements von Frauen geführt hat. Bisher ist darauf keine endgültige Antwort möglich. Es erscheint fraglich, ob Frauen in Zentralasien kurzfristig mehr am öffentlichen Leben teilhaben werden. Denn sie sitzen zwischen allen Stühlen: Tradition, Religion und nationale Identität bestimmen das politische und ökonomische Leben. Frauen kommen dort als Entscheidungsträger kaum vor.

## Philippinen: Zehn Jahre nach Peking

Keine Demokratie ohne eine gerechte Beteiligung von Frauen! Der zehnte Jahrestag der UN-Weltfrauenkonferenz in Peking war der Anlass für eine internationale Konferenz mit TeilnehmerInnen aus Südost-, Süd- und Zentralasien sowie Europa. Veranstalter waren Friedrich-Ebert-Stiftung, NRO Isis International und das regionale Netzwerk Southeast Asian Women Watch (SEAWWatch). Es ging um die politische Beteiligung von Frauen in Asien und einen Vergleich mit der Situation in Europa. Die Veranstaltung sollte jedoch über die erwartbare Feststellung hinausgehen, dass Frauen auch noch zehn Jahre nach Verabschiedung der Pekinger Aktionsplattform in der Politik unterrepräsentiert sind. Zunächst wurden von den Teilnehmerinnen Faktoren diskutiert, welche die politische Beteiligung von Frauen beeinflussen. Erfahrungen mit Quotierungen für Frauen in verschiedenen Ländern wurden ausgetauscht und es herrschte Einigkeit darüber, dass Frauenquoten durchaus einen positiven Einfluss auf die Repräsentanz von Frauen in politischen Ämtern haben. Dass Frauen in Entscheidungspositionen gelangen, ist jedoch nur der erste Schritt zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft. In einem zweiten Schritt müssen gemeinsam mit den Männern Strategien entwickelt werden, welche die Interessen und Probleme von Frauen und Männern gleichermaßen berücksichtigen. Gender-Mainstreaming scheitert oftmals daran, dass nicht immer sofort erkenn-

bar ist, wo die Gender-Relevanz in bestimmten Politikbereichen liegt. Deshalb wurden verschiedene Politikfelder, wie Wirtschaft, Verfassungsreform, Arbeit, Sicherheit und Internationales Recht untersucht, um gemeinsam Ideen und Strategien für geschlechtergerechte Politiken zu entwickeln.

Themen waren weiter die zunehmende Bedeutung des Welthandels – mit den teilweise dramatischen Auswirkungen auf Frauenerwerbsarbeit und die zunehmende weibliche Arbeitsmigration. Während für viele Länder diese Art der Migration eine willkommene Möglichkeit darstellt, die Arbeitslosigkeit im eigenen Land zu reduzieren und ausländische Devisen ins Land fließen zu lassen, werden die Risiken und die sozialen Kosten der Arbeitsmigration oft unterschätzt. Die Philippinen sind hierfür ein besonders eindrucksvolles Beispiel: Etwa zehn Prozent der 80 Millionen Filipinos leben und arbeiten im Ausland, 70 Prozent von ihnen Frauen. Und diese befinden sich besonders häufig in unregulierten, risikobehafteten und schlechtbezahlten Arbeitsverhältnissen, z. B. als Haushaltshilfen, in Pflegeberufen oder im Unterhaltungssektor.

Bereits seit Jahren nimmt Migration weltweit ein weibliches Gesicht an. Sie kann Frauen Möglichkeiten zur ökonomischen und persönlichen Entwicklung bieten, jedoch nur dann, wenn Migrantinnen ausreichend geschützt werden und der Wert ihrer Arbeit anerkannt wird.



## Kambodscha, Indonesien, Thailand, Malaysia: Die mühselige Eroberung der Männerwelt

Auf der 4. UN Weltfrauenkonferenz 1995 einigten sich die teilnehmenden Regierungen darauf, Maßnahmen zur Verbesserung des Status von Frauen zu ergreifen und sich zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit zu verpflichten. Dazu wurde ein Maßnahmenkatalog, die Pekinger Aktionsplattform, erstellt, zu deren 12 Schlüsselbereichen auch die Förderung von Frauen in Macht- und Entscheidungspositionen gehört. Zu den 189 unterzeichnenden Staaten gehörten auch Kambodscha, Indonesien, Malaysia, die Philippinen und Thailand – die fünf Länder Südasiens, in denen das Regionale Genderprojekt der Friedrich-Ebert-Stiftung derzeit tätig ist.

10 Jahre nach der Weltfrauenkonferenz lässt sich feststellen, dass weltweit nur zwei Länder, nämlich Schweden und Ruanda, eine gerechte Repräsentation von Frauen in den jeweiligen nationalen Parlamenten erreicht haben. Weltweit liegt der Anteil von Frauen in Nationalparlamenten bei 15%. Diesen Durchschnittswert erreichen auch die Länder Asi-

ens. Auch wenn die Länder Südasiens in ihrer Geschichte, ihren Kulturen und Religionen sehr unterschiedlich sind, ist ihnen doch gemeinsam, dass Frauen in der Politik deutlich unterrepräsentiert sind. In den Nationalparlamenten der oben genannten Ländern sind Frauen mit 10,5 (Malaysia) bis 15,3 Prozent (Philippinen) vertreten. Abgesehen von Indonesien, welches heute einen leicht geringeren Frauenanteil hat als 1995, verzeichnen die Länder einen Anstieg von 3 bis 5 Prozent. Dennoch sind sie noch weit von der 30-Prozent-Marke entfernt, auf die sie sich 1995 verpflichtet haben.

**Ein Hauptgrund für die noch immer geringe politische Partizipation von Frauen ist in den patriarchalen Gesellschaftsstrukturen und Werten zu finden. Frauen gelten als die Unterstützer der Männer, nicht als kompetente Führungskräfte. Ihr Verantwortungsbereich sind die Haushalte und Familien. Diese Rollenverteilung wird auch von den meisten Frauen nicht angezweifelt.**

Dazu kommt: Wer nicht aus der „richtigen“ Familie stammt, hat kaum eine Chance auf eine politische Karriere. Dies hängt allerdings nicht nur mit den astronomischen monetären Kosten politischer Karrieren und Wahlkämpfe zusammen, sondern auch mit den äußerst personalisierten Wahlprozessen. So werden z. B. auf den Philippinen auf Stimmzetteln keine Parteien genannt, sondern nur die Namen der Kandidaten. Auf diese Weise kann ein berühmter Familienname wahlentscheidend wirken, wie auch das Beispiel der ehemaligen indonesischen Präsidentin Megawati Soekarnoputri, Tochter des ersten indonesischen Präsidenten, zeigte.

Viele Frauen betrachten eine politische Beteiligung auf lokaler Ebene als eine Möglichkeit, direkten Einfluss auf die Lebensumstände ihrer Familien und Gemeinden nehmen zu können. Dennoch sind Frauen in der Lokalpolitik noch schlechter vertreten als auf nationaler Ebene. Die Gründe dafür sind vielfältig: Zum einen sind die zeitlichen Reserven vie-

ler Frauen, besonders der ärmeren Schichten, stark eingeschränkt durch die traditionelle Rollenverteilung, die ihnen die alleinige Verantwortung für Heim und Kinder aufbürdet, ihnen aber zudem auch abverlangt, zum Familieneinkommen beizutragen, sei es durch Lohnarbeit oder unbezahlte Familienarbeit (z. B. in der Landwirtschaft). Daneben obliegt den Frauen auch die Pflege alter und hilfsbedürftiger Angehöriger.

Die Politik hingegen liegt außerhalb der Welt dieser Frauen. Hartnäckig hält sich die Konzeption von Politik als die rauhe Welt hartgesotterer Männer, der eine Frau nicht gewachsen sei. Und in der Tat kommt es besonders während Wahlkämpfen immer wieder zu politisch motivierter Gewalt, die dieses Image von Politik weiter verstärkt und Frauen vor politischer Aktivität zurückschrecken lässt. Zudem gerät eine Frau, die zu abendlicher Stunde an Parteisitzungen oder Wahlkampfveranstaltungen teilnimmt, schnell in den Verdacht der moralischen Zweifelhaftigkeit.

Ein weiterer Grund für die unzureichende Repräsentanz von Frauen in politischen Machtpositionen liegt in den von Männern dominierten Parteien. Auch wenn in vielen Parteiprogrammen das Stichwort Geschlechtergerechtigkeit erscheint, sind Frauen nur selten in den Führungsriege politischer Parteien anzutreffen und bestenfalls auf den unteren Rängen ihrer Wahllisten zu finden. Viele Parteien fürchten um die Stimmen ihrer Wähler, wenn sie weibliche Kandidaten nominieren. Indonesien hat als einziges der fünf genannten Länder eine Frauenquote von 30 Prozent für Parteilisten eingeführt. Allerdings trifft das entsprechende Gesetz keine Aussagen darüber, auf welchen Listenplätzen die Kandidatinnen ste-

hen sollen, so dass es den Parteien noch immer offen steht, Frauen auf den unteren Rängen zu platzieren oder sie in Provinzen antreten zu lassen, in denen sie völlig unbekannt sind oder die jeweilige Partei besonders wenige Anhänger hat. Des Weiteren zieht die Nichterfüllung der Quote keinerlei Sanktionen nach sich, und wurde deshalb bislang kaum eingehalten. Besonders nach den letzten Senatswahlen in Indonesien 2004 wurde deutlich, wie sehr Parteien die politischen Karrieren von Frauen hemmen, obwohl viele Wähler inzwischen auch Frauen die nötige Kompetenz zusprechen: Zur direkten Wahl standen – anders als bei Parlamentswahlen – parteiunabhängige KandidatInnen; 21 Prozent der Senatssitze wurden von Frauen errungen (zum Vergleich: im Nationalparlament sind es 11,9 Prozent und auf Provinzebene nur ca. 3 bis 6 Prozent).

Auf den Philippinen und in Thailand gibt es keine Quotengesetze, nur einzelne Oppositionsparteien haben interne Frauenquoten eingeführt. Kei-

nerlei Frauenquoten gibt es in Kambodscha und Malaysia. Die Frauenbewegung Kambodschas kämpft für eine Quote, die jede zweite Position auf den Parteilisten einer Frau zuspricht. Ein vom Regionalen Genderprojekt Südostasien der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführtes Diskussionsforum zum Thema zeigte jedoch, dass die männlichen Vertreter der drei Parteien Kambodschas – trotz ihrer generellen Befürwortung der Frauenförderung – die Einführung jeglicher Quoten ablehnen.

Nicht selten fehlt es Frauen an Wissen um die Auswirkungen politischer Entscheidungen auf die Lebenswelten ihrer Geschlechtsgenosinnen. Die Einführung von Gender-Mainstreaming, zu der sich die Regierungen mit der Unterzeichnung der Pekinger Aktionsplattform verpflichtet haben, verläuft schleppend, was auf die knappen Budgets, mangelnde Weiterbildungsmöglichkeiten zum Thema Gender und den schlichten Unwillen der Akteure zurückzuführen ist.

**Die Frauenbewegung Kambodschas kämpft für eine Quote, die jede zweite Position auf den Parteilisten einer Frau zuspricht. Ein Diskussionsforum der FES zum Thema zeigte jedoch, dass die männlichen Vertreter der drei Parteien Kambodschas – trotz ihrer generellen Befürwortung der Frauenförderung – die Einführung jeglicher Quoten ablehnen.**





## Indien: Gender Mainstreaming ist die alternativlose Strategie

Zehn Jahre nach der erfolgreichen Verabschiedung der Peking Aktionsplattform wurde wie überall auf der Welt auch in Südasien Bilanz gezogen. Wie sieht es denn nun aus mit der Überwindung der fortschreitenden Armut von Frauen in der Region? Was konnte zur Verhinderung von Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen erreicht werden? Haben mehr Frauen Anteil an Entscheidungsprozessen im politischen und wirtschaftlichen Bereich? Und vor allem, gibt es Fortschritte bei der Implementierung von Gender Mainstreaming in den sechs Mitgliedstaaten des regionalen Bündnisses der südasiatischen Staaten, kurz SAARC?

Vor allem die zuletzt genannten beiden zentralen Fragen stellten sich VertreterInnen aus Politik und Wissenschaft, Gewerkschaften und Medien aus Indien, Nepal, Pakistan, Sri Lanka, Bangladesh und Afghanistan auf der regionalen Konferenz zum Thema „Gender Mainstreaming and

Women's Advancement in South Asia“ im September in Neu Delhi. Die von der FES Indien gemeinsam mit dem Centre for Development Studies and Action veranstaltete Konferenz bildete eine wichtige Zäsur im Sinne von Frauenförderung und Gender Mainstreaming in der Region Südasien. Beim Bilanzieren wurde relativ schnell klar, dass es in einzelnen Ländern wichtige Fortschritte in Richtung höherer quantitativer politischer Repräsentanz, gesetzlicher Gleichstellung und Schutz von Frauen gibt. Gleichzeitig musste allerdings festgestellt werden, dass sich in der gesamten Region die alltägliche Situation von Frauen kaum verbessert, ja, zum Teil sogar verschlechtert hat. Die Zahlen des Human Development Reports 2005 sprechen hier eine deutliche Sprache. Bis auf Nepal und Sri Lanka wurden in den genannten Ländern entweder auf lokaler oder nationaler Ebene Quotenregelungen eingeführt. Entsprechend

ist die anteilmäßige Repräsentation von Frauen in Nepal mit 5,9% im Unterhaus und 8,3% im Oberhaus sowie in Sri Lanka mit lediglich 4,9% im Unterhaus marginal. Aber auch in den übrigen Ländern geht der Anteil nicht über die vorgeschriebene Quote hinaus. Das heißt, im Durchschnitt liegt der Anteil von Frauen in den Parlamenten der Region mit lediglich 15,2% um mehr als die Hälfte niedriger als die von der UN als kritische Masse geforderten 33%.

**Das zeigt, ohne und außerhalb der Quote gibt es kaum bis keine weibliche politische Repräsentanz und innerhalb der Quote wurde die für einen spürbaren politischen Einfluss notwendige kritische Masse bisher nicht erreicht.**

Doch blieb es auf der Veranstaltung nicht bei der Auflistung von Fortschritten, Defiziten und Rückschlägen. Man fragte: Was kann und muss gemeinsam getan werden, um die Lücken zu schließen zwischen progressiven und weniger progressiven gesetzlichen Regelungen sowie zwischen Gesetzgebung und tatsächlicher Umsetzung der Gesetze und Regelungen zum Schutz und zur Förderung von Frauen in den einzelnen Ländern? Im Mittelpunkt aller Diskussionen stand die Frage, wie kann, mit der bestmöglichen Nutzung aller Kräfte, Erfahrungen und Expertise des breiten Netzwerkes der FES in Asien und weltweit, den Frauen gezielter und effektiver geholfen werden? Wie kann in der notorisch patriarchalisch und paternalistisch geprägten Region Südasien die eklatante Benachteiligung und Unterdrü-

**Die politische und wirtschaftliche Integration von SAARC kann einzig und allein auf der individuellen Projektebene vorangebracht werden. Das Bild zeigt eine Tagung von SAARC im letzten Jahr.**



ckung von Frauen sukzessive und nachhaltig abgebaut werden? Hierzu wurden der Genderansatz und das Instrument des Gender Mainstreaming als die bisher alternativlosen und besten Strategien bewertet. Deren Potenziale allerdings sind, da waren sich alle einig, bisher noch überhaupt nicht erschöpfend genutzt worden: weder in dem von Dauerkonflikten und Armut gezeichneten und bisher nur teildemokratisierten Südasien noch im durchgehend demokratisch gefestigten Europa.

Dr. Barbara Stiegler von der FES Bonn machte unmissverständlich klar, dass nur dort, wo bereits gefestigte demokratische Strukturen existieren, das Instrument des Gender Mainstreaming Anwendung finden kann. Dies bestätigten denn auch die Erfahrungen aus Ländern wie Indien im Vergleich zu Afghanistan: Während aus dem demokratisch stabilen Indien und in Ansätzen auch aus Bangladesh erste Erfolge vermeldet werden konnten, ist dieses Instrument für Afghanistan, wo sich demokratische Strukturen gerade erst unter schwersten Bedingungen entwickeln, noch viel zu anspruchsvoll. Sehr wohl sind jedoch, nicht zuletzt durch die von der FES vor Ort gestützten Strategien zur Förderung von Frauen, auch in diesem von andauernden Konflikten erschütterten Land deutliche Erfolge erzielt worden: Potenzielle Kandidatinnen wurden im Wahlkampf gezielt gefördert.

Nach den ersten demokratischen Wahlen in Afghanistan sind Frauen im Unterhaus nun mit 27,3% und im Oberhaus mit 25% vertreten. In Indien hat die Einführung der 33%-Quote auf lokaler Ebene insgesamt eine Millionen Frauen in die zuvor rein männlichen Dorfräte gebracht.

Die Situation in der Region könnte kaum heterogener sein. Während in Indien über die Einführung des Gender Budgetings diskutiert wird, muss für Sri Lanka eine Strategie zur generellen Einführung der Quote entwickelt werden. In Afghanistan gilt es, das bisher Erreichte erst einmal zu wahren und dafür zu sorgen, dass beim Aufbau demokratischer Institutionen in den grundlegenden Bereichen Bildung, Wohnung, Energieversorgung, Gesundheit, sowie Wirtschaft und Arbeit der Genderfaktor berücksichtigt wird. Nepal wiederum steht am Rande des Zusammenbruchs seines derzeitigen politischen Systems, einer parlamentarischen Monarchie. Forderungen nach einer neuen demokratisch verfassten Republik werden von Seiten der Maoisten laut. Der König, der mit einem Marionettenkabinett seit dem letzten Jahr das Himalayareich regiert, ist hingegen lediglich zu marginalen Verfassungsänderungen bereit.

Die politische und wirtschaftliche Integration von SAARC kann einzig und allein auf der individuellen Projektebene vorangebracht werden. Eines dieser wichtigen Projekte, das ein gemeinsames regionales Interesse kennzeichnet, ist die Überwindung der Differenzen zwischen den Geschlechtern mit all seinen eklatanten Folgen für die Gesellschaften Südasiens. Nur durch einen grenz- und kulturüberschreitenden Erfahrungs- und Informationsaustausch sowie gemeinsame Kampagnen können die gesellschaftlichen Strukturen und vor allem die Einstellungen in den patriarchalisch und zum Teil auch chauvinistisch geprägten Köpfen von Männern und Frauen verändert werden. Das vorrangige Ziel ist, Unterdrückung, Gewalt und Benachteiligung von Frauen abzubauen und

dem langfristigen Ziel, die ungleichen Verhältnisse in allen gesellschaftlichen Bereichen zwischen den Geschlechtern dauerhaft auszugleichen. Das vom FES-Büro Indien geleitete regionale Genderprogramm greift dieses wichtige Projekt auf und leistet hierdurch einen Beitrag zur regionalen Integration in Südasien. Ein elementares Element dieses Konzepts ist der geplante Gender Hub.

## Gender Hub

Der Gender Hub Asia wird derzeit innerhalb des Genderkonzeptes für Gesamtasien als Instrument entwickelt, welches bestehende Strukturen innerhalb der Friedrich-Ebert-Stiftung zielgerichtet vernetzt und einbindet. Das Gender Konzept Asien umfasst das bereits bestehende regionale Genderprogramm Südostasien und das neue regionale Genderprogramm Südasien. Ersteres wird ab 2006 vom Büro Indonesien, das zweite vom Büro Indien verantwortet. Erfahrungen aus den nationalen und regionalen Projekten sowie den regionalen Genderprogrammen sollen gebündelt, durch externe Expertise ergänzt werden und MitarbeiterInnen sowie Partnern der FES Büros als Erfahrungspool dienen.

Der Gender Hub bietet somit eine Servicestelle an, die den Büros beratend zur Seite steht und abteilungs- und institutionsübergreifend aufgestellt ist. Ziel des Gesamtkonzepts ist es, die Genderintegration in der FES-Entwicklungszusammenarbeit in Asien effektiv und umfassend umzusetzen.

# DIE FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG





# WELTWEIT



Stand: Januar 2006

# KOORDINATION

Ansprechpartnerinnen:

## FRAUEN & GENDER POLITIK & POLITIK

### Wissenschaftliche Arbeit

#### Dr. Barbara Stiegler

Wirtschafts- und sozialpolitisches  
Forschungs- und Beratungszentrum  
Arbeit und Sozialpolitik  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn  
Telefon 0228 883-270  
Barbara.Stiegler@fes.de

#### Dr. Gisela Notz

Historisches Forschungszentrum  
Sozial- und Zeitgeschichte  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn  
Telefon 0228 883-467  
Gisela.Notz@fes.de

#### Dr. Manuela Erhart

Studienförderung  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn  
Telefon 0228 883-649  
Manuela.Erhart@fes.de

#### Maria Holona

Studienförderung  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn  
Telefon 0228 883-636  
Maria.Holona@fes.de

### Politische Bildung

#### Kathrein Hölscher

Dialog Ostdeutschland  
Forum Politik und Gesellschaft  
Hiroshimastraße 17  
10785 Berlin  
Telefon 030 26935-834  
Kathrein.Hoelscher@fes.de

#### Anne Seyfferth

Dialog Ostdeutschland  
Forum Politik und Gesellschaft  
Hiroshimastraße 17  
10785 Berlin  
Telefon 030-26 935-832  
Anne.Seyfferth@fes.de

#### Dr. Eva Brehm

Politische Akademie  
BayernForum  
Elisenhof, Prielmayerstraße 3  
80335 München  
Telefon 089 51 55 52-43  
Evamaria.Brehm@fes.de

Koordinatorin (bis 31.03.2006): **Dr. Ursula Mehrländer**  
Wirtschafts- und sozialpolitisches Forschungs- und Beratungszentrum  
Leiterin der Abteilung Arbeit und Sozialpolitik  
Godesberger Allee 149, 53175 Bonn  
Telefon 0228 883-245, Telefax 0228 883-398

Sekretariat (bis 31.03.2006):  
**Gisela Ehlen**  
Telefon 0228 883-246  
Telefax 0228 883-398  
www.fes.de/gender

### **Brigitte Juchems**

Politische Akademie  
Akademie Management  
und Politik  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn  
Telefon 030 883-329  
Brigitte.Juchems@fes.de

### **Internationale Arbeit**

#### **Pia Bungarten**

Internationaler Dialog  
Hiroshimastraße 17  
10785 Berlin  
Telefon 030 26935-815  
Pia.Bungarten@fes.de

### **Christiane Kesper**

Internationale  
Entwicklungszusammenarbeit  
Entwicklungspolitik  
Hiroshimastraße 17  
10785 Berlin  
Telefon 030 26 935-918  
Christiane.Kesper@fes.de

### **Magda Schirm**

Gesellschaftspolitische Information  
Regionalbüro Rheinland-Pfalz  
Große Bleiche 18-20  
55116 Mainz  
Telefon 06131 96 06 70  
Magda.Schirm@fes.de

### **Judith Schwethelm**

Internationaler Dialog  
Westliche Industrieländer  
Mittel- und Osteuropa  
Hiroshimastraße 17  
10785 Berlin  
Telefon 030 26935-816  
Judith.Schwethelm@fes.de

### **Astrid Ritter-Weil**

Internationale  
Entwicklungszusammenarbeit  
Entwicklungspolitik  
Gender-/Frauenförderung  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn  
Telefon 0228 883-502  
Astrid.Ritter-Weil@fes.de

### **Akademie Frankenwarte**

#### **Katrin Fohmann**

Gesellschaft für politische Bildung e.V.  
Akademie Frankenwarte  
Leutfresserweg  
97082 Würzburg  
Telefon 0931-804 64-0  
Katrin.Fohmann@fes.de

#### **Dr. Beate Bartoldus**

Internationale  
Entwicklungszusammenarbeit  
Asien und Pazifik  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn  
Telefon 0228 883-516  
Beate.Bartoldus@fes.de







[www.fes.de](http://www.fes.de)

